

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Innenausschuss
Haushalts- und Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
Rechtsausschuss

6. Sitzung am 08.09.2016
6. Sitzung am 08.09.2016
7. Sitzung am 08.09.2016
6. Sitzung am 08.09.2016
– **Gemeinsame öffentliche
Sitzung** –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 09:01 Uhr

Ende der Sitzung: 12:29 Uhr

Einzigter Punkt:

Verantwortung der Ministerpräsidentin für den gescheiterten Verkauf des Flughafens Frankfurt-Hahn an die SYT
Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner, Christian Baldauf, Bernhard Henter, Gerd Schreiner, Dr. Adolf Weiland, Anke Beilstein, Matthias Lammert, Alexander Licht, Ralf Seekatz, Josef Dötsch, Thomas Weiner, Gabriele Wieland, Marlies Kohnle-Gros und Gordon Schnieder (CDU) gemäß § 76 Abs. 2 i.V.m. § 77 Abs. 1 Satz 3 der Vorl. GOLT
– Vorlage 17/250 –

Ergebnis:

Erledigt
(S. 2 – 55)

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Minister und Staatssekretäre, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur jeweils 6. Sitzung von Innenausschuss, Haushalts- und Finanzausschuss und Rechtsausschuss sowie der 7. des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr hier im Plenarsaal willkommen heißen. Ich darf Sie fragen, ob es zur Tagesordnung Änderungswünsche gibt. Wir haben ja nur einen Tagesordnungspunkt. – Das ist nicht der Fall. Ich darf damit die Feststellung der Tagesordnung als gegeben darstellen.

Wir haben eine große Anzahl von Medienvertretern hier. Es findet keine Liveübertragung statt, wie das ursprünglich einmal angedacht war. Aber dennoch bitte ich auch die Medienvertreter, dass der ordnungsgemäße Ablauf der Sitzung stets gewährleistet bleibt.

Darüber hinaus habe ich den Hinweis auch an die Medien, das ist eine übliche Ausschusssitzung. Das heißt, wir verfahren nach den üblichen Kriterien, die wir in den Ausschüssen haben. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, dass wir uns auch zeitlich in einem Maß halten, wie wir das auch beim letzten Mal gut praktiziert haben, dass man mit einer Antragsbegründung auch in fünf Minuten klarkommen kann und wir bei Fragestellungen durchaus auch in drei Minuten die drei Fragen stellen kann. Das ist eine gute Erfahrung, die wir gemacht haben.

(Frau Abg. Klöckner: Nein, nein, Sie persönlich! –
Herr Abg. Weiner, CDU: Herr Kollege!)

– Ja gut, so.

Herr Abg. Weiner: In Ausschusssitzungen darf auch – – –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Die Sitzungsleitung obliegt dem Vorsitzenden. Das ist Ihnen bekannt. Wir haben das alles gut gemacht. Ich habe die Verantwortung dafür. Ich sehe Signale und nehme an, dass das okay ist. Ansonsten haben Sie die Möglichkeit, sich beim Präsidenten oder beim Landtag über die Sitzungsleitung entsprechend zu beschweren.

(Herr Abg. Haller, SPD: Darf ich gerade einmal, Herr Vorsitzender?)

– Bitte schön, Herr Haller.

Herr Abg. Haller: Ich möchte, wenn es hier jetzt schon so anfängt, dass im Vorfeld der Sitzung irgendwie signalisiert wird, dass Sie in der Vergangenheit nicht zu ihrem Recht als Opposition gekommen sind, dass das hier dann geklärt wird, und zwar mit Wortmeldungen geklärt wird, und nicht mit Zwischenrufen der Vorsitzende im Vorfeld der Sitzung, einer Sitzung, die wir schon mehrfach so, wie er es vorgeschlagen hat, durchgeführt haben, kritisiert wird. Wenn, dann ordnungsgemäß.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Gut. Herr Kollege Weiner, Herr Baldauf.

Herr Abg. Weiner: Guten Morgen, Herr Vorsitzender Kollege. Im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss ist es nicht üblich, dass man von vornherein die Wortmeldungen auf Fragen beschränkt oder zeitlich limitiert. Wir sind in der letzten Woche in der Sitzung mit zwei Stunden Sitzungsdauer gut ausgekommen. Danke schön.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Danke für den Hinweis. – Herr Baldauf.

Herr Abg. Baldauf: Herr Vorsitzender, es ist richtig, wir wollen einen ordentlichen Sitzungsablauf haben. Ich wüsste von Ihnen aber ganz gern, wo das eigentlich steht, dass ich nur drei Minuten fragen darf. Das würde ich gern wissen, weil ich glaube, dass wir gerade heute schauen müssen, dass wir es transparent machen. Sie dürfen davon ausgehen, dass hier keiner fünf Stunden sitzen will. Aber das wüsste ich gern von Ihnen, wo das steht.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Das steht nirgendwo geschrieben, dass es drei Minuten gibt,

(Herr Abg. Baldauf: Aha!)

es steht aber auch nicht geschrieben, dass wir uns nicht gemeinsam daran halten. Sie kennen meine Sitzungsleitung, dass jeder stets ausreichend das Wort bekommen hat. Sie haben stets die Möglichkeit, sich wiederholt zu melden. Sie wissen auch, dass es dabei nicht auf die Sekunden ankommt, sondern es geht darum, dass alle Kollegen, die hier im Raum sind, ausreichend ihre Fragerechte haben und nicht einer oder mehrere allein die Sitzung gestalten, sondern jede Fraktion hat gleichermaßen das Recht. Wir haben damit gerade auch in solchen Sitzungen gute Erfahrungen gemacht.

Lassen Sie uns es einmal angehen. Wir werden das Ganze schon gehändelt bekommen. Ich darf darauf hinweisen auch aus technischen Gründen heraus – Sie haben das eben schon insoweit gemerkt –, wir sitzen hier auf den Plätzen, und nicht jeder hat unbedingt den Platz, den er üblicherweise in der Plenarsitzung hat. Das heißt, dass Sie bei der Wortmeldung dann bitte die Meldetaste drücken, damit Sie die Technik entsprechend freischalten kann.

Ich darf noch darauf verweisen, dass wir den einzigen Tagesordnungspunkt „Verantwortung der Ministerpräsidentin für den gescheiterten Verkauf des Flughafens Frankfurt-Hahn an die SYT“ haben, dass wir bei diesem Thema bleiben und uns nicht über allgemeine Themen unterhalten werden.

Ich darf dann in die Sitzung einsteigen und rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Verantwortung der Ministerpräsidentin für den gescheiterten Verkauf des Flughafens Frankfurt-Hahn an die SYT

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner, Christian Baldauf, Bernhard Henter, Gerd Schreiner, Dr. Adolf Weiland, Anke Beilstein, Matthias Lammert, Alexander Licht, Ralf Seekatz, Josef Dötsch, Thomas Weiner, Gabriele Wieland, Marlies Kohnle-Gros und Gordon Schnieder (CDU) gemäß § 76 Abs. 2 i.V.m. § 77 Abs. 1 Satz 3 der Vorl. GOLT
– Vorlage 17/250 –

Ich darf darauf verweisen, dass in einer Vorlage 17/251 der Schriftverkehr zwischen Landesregierung und KPMG entsprechend veröffentlicht worden ist. Herr Kollege Wansch zeigt mir bereits, dass wir eine erste Wortmeldung von der Landesregierung haben. – Herr Brandl meldet sich zur Geschäftsordnung. Herr Brandl hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Herr Abg. Brandl: Herr Vorsitzender, es ist eigentlich Usus, dass die beantragende Fraktion eine entsprechende Begründung liefern kann und in die Thematik einführen kann, inwiefern an der Stelle die Ministerpräsidentin persönlich und operativ eingegriffen hat. Es ist auch Usus, dass die beantragende Fraktion in solchen Ausschüssen dann Wortprotokoll beantragt. Das sind Dinge, die ich hier für meine Fraktion noch einmal reklamieren will; denn es ist aus unserer Sicht alles andere als üblich, dass die beantragende Fraktion ihren Antrag nicht begründen darf, bevor man in den Tagesordnungspunkt einsteigt.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich denke, das Thema mit der wörtlichen Protokollierung ist eine Selbstverständlichkeit bei einer solchen Sitzung.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, dass der Tagesordnungspunkt abweichend von § 82 Abs. 1 Satz 2 Vorl. GOLT wörtlich protokolliert wird.

Ich darf darauf verweisen, dass wir in der Geschäftsordnung eine ausdrückliche Regelung haben, dass wann immer die Landesregierung sich zu Wort meldet, ich auch das Wort an die Landesregierung zu erteilen habe.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Nachdem der Antrag begründet ist!)

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Das heißt also, dass ich die Situation habe, dass wir eine eindeutige Regelung in der Geschäftsordnung haben. Wir sind momentan dabei, mit einer Vorläufigen Geschäftsordnung zu arbeiten. Soweit dort Veränderungswünsche für die Zukunft angedacht sind, muss das in der Geschäftsordnung geregelt werden.

(Frau Abg. Kohnle-Gros: Aber Herr Kollege! –
Herr Staatsminister Lewentz: Die Landesregierung verzichtet! –
Frau Abg. Kohnle-Gros: Gut, hat sich erledigt!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Gut. Dann ist diese Wortmeldung der Landesregierung zunächst nicht gegeben.

(Herr Staatsminister Lewentz: Danach!)

Dann steigen wir in den Tagesordnungspunkt 1 ein: Antragsbegründung von Ihnen, Herr Brandl. – Ich würde Sie herzlich darum bitten, dass wir den Zeitrahmen von etwa fünf Minuten einhalten können, sodass wir in der anschließenden Debatte ausreichend Möglichkeiten haben, jeweils das Thema zu erörtern. Sie haben das Wort.

Herr Abg. Brandl: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch für die Einigung jetzt zu Beginn der Sitzung. Ich denke, es ist wichtig, dass wir uns an der Stelle auch weiter an die Gepflogenheiten hier im Haus halten.

Frau Ministerpräsidentin, es geht heute Morgen darum, Sie zu den Vorgängen um den geplatzten Verkauf des Hahn an die chinesische Firma SYT zu befragen. Es geht darum, Ihre Rolle in diesem Zusammenhang zu beleuchten, und es geht darum, endlich auch mehr Transparenz und Aufklärung in diese Geschichte zu bringen.

Sie hatten den Hahn zu Beginn Ihrer Amtszeit zur Chefsache gemacht. In einer Regierungserklärung zum Nürburgring im Jahr 2014 haben Sie gesagt: Der Ausbau des Nürburgrings war ein Fehler, und solche Fehler wird es unter meiner Führung nicht mehr geben.

Nun, nachdem der Verkauf des Flughafens Hahn in einem ersten Anlauf spektakulär gescheitert ist, wollen Sie damit nichts mehr zu tun haben. Die Beratungsfirma KPMG sei schuld, hieß es zunächst. Dann, als die Hinweise in Richtung Landesregierung immer deutlicher wurden, hieß es, KPMG und das Innenministerium hätten nicht richtig hingeschaut. Sie und Ihr Umfeld haben in den letzten Wochen versucht, den Eindruck zu erwecken, dass Sie selbst mit den Vorgängen, die wir insbesondere in den letzten Monaten zu beleuchten haben, kaum befasst gewesen seien. Nun stellt sich die Frage: Stimmt das auch?

Denn am Anfang des Verfahrens haben Sie den Hahn zur Chefsache gemacht, und jetzt tun Sie es auch wieder und führen persönlich Willkommensgespräche mit den einzelnen Bietern. Aber dazwischen, in diesen wenigen Monaten, an den Punkten, bei denen es trotz deutlicher Hinweise und massiver Zweifel innerhalb der Landesregierung klare Fehlentscheidungen gab, da wollen Sie nichts gewusst haben, nicht beteiligt gewesen sein und keine Entscheidungen getroffen haben. Das bedarf dringend einer klaren Aufklärung.

In der vergangenen Woche wurde dann der Brief der Beratungsfirma KPMG bekannt, der einen anderen Schluss nahelegt, der eine gänzlich andere Geschichte erzählt als die, die Sie erzählen, und die auch an entscheidenden Punkten von Ihren Ministern und Staatssekretären nicht dementiert wurde.

Das Land habe allein entschieden, ob und an wen es den Hahn verkauft, heißt es da. Von der KPMG erstellte Informationen seien vom Land nicht zur Kenntnis genommen worden, heißt es weiter, und auch, dass Sie persönlich vom zuständigen Staatssekretär am 24. Mai ausführlich über den Sachstand informiert worden seien. Sie hätten ihm gegenüber auf Zeitdruck hingewiesen, und Ihre Staatskanzlei hätte vorgegeben, dass der Beurkundungstermin bereits festgelegt wurde, obwohl die Geschäftspartner noch

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

nicht richtig überprüft worden waren. Aufgrund des Zeitdrucks sei auch auf das Einholen einer Bankbürgschaft verzichtet worden, und es gibt noch eine Reihe weiterer Vorwürfe, die zum Beispiel auch im Antwortbrief von Herrn Lewentz ausdrücklich nicht zurückgewiesen worden sind, die auch des Weiteren nicht als Lüge oder Ähnliches bezeichnet werden, sondern in dem dieses geflügelte Wort der anderen Wahrnehmung Einzug hält und Tür und Tor aufhält in Ihrer Landesregierung und an verschiedenen Stellen immer wieder auftaucht.

Wir haben deshalb heute diese Sondersitzung beantragt. Uns geht es darum zu klären, wie stark Sie selbst operativ am Hahn-Verkauf beteiligt waren. Es geht darum, wie Sie selbst Ihre Unterrichtung organisiert hatten und wie Sie mit den Informationen umgegangen sind, die Sie erhalten haben.

Es geht auch darum, ob Sie dem Parlament und der Öffentlichkeit immer die Wahrheit gesagt haben, darum, wie Ihre Aussagen weiterhin zu gewichten sind, der Wahrheitsgehalt Ihrer Aussagen zu bewerten ist. Das betrifft die Aussagen, die Sie in der Vergangenheit getroffen haben und die Sie heute treffen.

Selbstverständlich haben Sie heute die Möglichkeit, die zusammengetragenen Fakten und Ihre Antworten in Einklang zu bringen. Aktuell passt vieles nicht zusammen. Die Abläufe, die unbestritten sind,

(Herr Abg. Dr. Braun: Das ist die Wahrnehmung der CDU!)

passen nicht zu den Äußerungen der Landesregierung im Mai, Juni und darüber hinaus. Deshalb will ich zu Beginn drei Fragen formulieren:

1. Inwieweit war die Staatskanzlei in den Verkaufsprozess involviert, wie hatten Sie Ihre Unterrichtung organisiert, und wie sind Sie mit diesen Informationen umgegangen?

2. Hat es innerhalb der Regierung Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf das Vorgehen gegeben? Gab es Diskussionen über das weitere Vorgehen Ende April, am 23. und 24. Mai, am 30. Mai, am 7. Juni und am 14. Juni? Das sind alle Daten, an denen das Kabinett Entscheidungen zum Hahn getroffen hat, obwohl es zu dieser Zeit massive Zweifel innerhalb der Regierung und von außerhalb gab. Deshalb ist für uns bei dieser Frage wichtig, ob es Bedenken anhand dieser vorhandenen Zweifel gab, die aufgrund nicht vorhandener Fakten zum Bieter aufkamen.

3. Wie hoch sind die Kosten, die das Land bislang an das Beratungsunternehmen KPMG gezahlt hat, inklusive der Kosten für die Reise nach Shanghai? Sie lagen Ende Juni bei 6,25 Millionen Euro. Uns interessiert nun, wie sich die Kosten weiter entwickeln und welchen Schaden das Land zu tragen hat.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Brandl. Sie haben Fragen an die Landesregierung gestellt, und die Landesregierung hatte sich auch zu Wort gemeldet. So wie ich das Signal verstehe, haben Sie, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, das Wort.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, ein paar einordnende Sätze vorab zu sagen, bevor ich die Fragen beantworte oder gleichzeitig mit beantworte. Sie wissen – das ist nach wie vor so – dass der Hahn und die Entwicklung der Region für uns eine ganz besondere Bedeutung hat. Das ist auch der Grund, warum die Regierung seit der Umwandlung der militärischen Liegenschaften in die zivile Nutzung immer zum Hahn gestanden hat. Das ist auch heute noch so.

Als ich im Jahr 2013 Ministerpräsidentin wurde, war ich mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Gemeinsam mit meinen Kabinettskollegen und -kolleginnen haben wir diese Schritt für Schritt in Angriff genommen, um dem Hahn auch eine Zukunft zu ermöglichen. Ich zähle Sie ihnen auf: Dazu gehörten die Beihilfefragen. Dazu gehörten die Flughafenleitlinien. Dazu gehörte das Dauerthema Überschuldung und Liquidität. – Seit es die EU-Flughafenleitlinien gibt, wissen wir, dass es keine staatliche Dauerfinanzierung eines Flughafens mehr kann und darf und der Markt zeigen muss, ob und in welchem Umfang heute noch Geschäftsmodelle für Regionalflughäfen tragfähig sind.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Es war von Anfang klar – ich habe das von Anfang auch betont –, dass der Weg in eine Zukunft für den Hahn schwierig wird und wir den Erfolg nicht garantieren können, aber dass wir umgekehrt alles daran setzen, dass es uns gemeinsam gelingt. Ich habe in den letzten Jahren auch persönlich intensiv dafür gearbeitet, dieses Ziel zu erreichen. Noch bevor ich 2013 das Amt der Ministerpräsidentin angetreten habe, war es einer meiner allerersten Schritte, den engen Kontakt zur EU-Kommission herzustellen und tatsächlich auch wieder ein gutes Arbeitsverhältnis mit der Kommission aufzubauen.

Ich wollte damals einen Neuanfang in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Das ist uns auch gelungen. Dafür bin ich dankbar, dass bis zum heutigen Tag die Zusammenarbeit mit der Kommission eine sehr konstruktive ist. Zur Unterstützung dieses Prozesses habe ich die Staatskanzlei auch auf Zeit operativ verstärkt. Für die Begleitung des Beihilfeverfahrens habe ich damals auch ein Beihilfeteam in der Staatskanzlei sowie eine Task Force unter Federführung des Innen- und Finanzministeriums eingerichtet – bzw. die Kollegen.

Es war ein wichtiger Erfolg, dass das Beihilfeverfahren am 1. Oktober 2014 dann auch positiv entschieden wurde. Der Weg dahin war zuweilen steinig und schwer, und er war auch von sehr vielen Störfeuern begleitet. Aber am Ende hat es sich doch gelohnt.

Mit der Beihilfeentscheidung und auch mit der Umschuldung, die die damalige Koalition vorgenommen hat, waren wesentliche Voraussetzungen für die Privatisierung geschaffen worden. Eine solche Privatisierung unterliegt strengen formalen Vorgaben. Das Verkaufsverfahren ist kompliziert und komplex. Deshalb war auch klar, dass ab dieser Phase eine aktive Rolle, ein politisches Agieren von mir als Ministerpräsidentin ab dieser Phase weder gefragt noch geboten war. Wir sind von der Ausnahmesituation zum üblichen Ressortprinzip zurückgekehrt. Das war auch von Anfang an transparent. Das ist immer sehr deutlich gewesen, dass das Innenministerium die Federführung für das Verkaufsverfahren hat und zur Unterstützung auf KPMG zurückgegriffen hat.

Dafür hatte das Innenministerium dann auch diese Leistung ausgeschrieben; denn weder der Betrieb noch der Verkauf eines Flughafens gehören zu den Kernkompetenzen der Landesregierung. Selbstverständlich wurde ich über wesentliche Schritte im Fortgang des Verkaufsverfahrens informiert. Das ist auch das ganz normale Regierungshandeln – Herr Brandl, Sie haben diese Frage gestellt –, dass ich in allen wichtigen Fragen regelmäßig über den Sachstand informiert werde. So funktioniert Regierungsarbeit, und so sieht es auch die Geschäftsordnung vor, dass ein Ressortprinzip zählt und natürlich über wesentliche Dinge tatsächlich unterrichtet und informiert wird.

Es ist aber auch eine Selbstverständlichkeit, dass man als Regierungschefin nicht mit operativen Details einzelner Verfahren befasst ist, es sei denn in ganz besonderen Sondersituationen. Das war als Beispiel damals die große Beihilfeproblematik. Wenn ich an Ihre Worte oder an die Worte von Frau Klöckner erinnern darf, die hier das Parlament ja getrieben hat, weil mein Vorgänger damals wenig Kontakt zur Kommission hatte, es war vollkommen klar, dass dieses Thema stärker oben angesiedelt werden muss, als es normalerweise eigentlich üblich ist.

Ein anderes Beispiel könnte ich auch anführen. Das ist das Thema Flüchtlinge. Da war irgendwann die ganze Landesregierung gefordert gewesen. Selbstverständlich habe ich bei dieser großen Herausforderung auch viele Dinge getan, die man normalerweise eigentlich in einem oder zwei Ressorts abschließen in der Federführung hat.

Ich selbst habe mich im Verkaufsverfahren noch einmal explizit als Ministerpräsidentin in das Verfahren eingeklinkt, als es darum ging, von der EU-Kommission grünes Licht zum Abschluss des Verkaufs zu bekommen. Damals habe ich mich in einem Brief, und zwar auf Anraten der Beihilfemitarbeiter, an den zuständigen Generaldirektor der EU-Kommission gewandt mit der Bitte um eine zügige Entscheidung über die Diskriminierungsfreiheit des Verfahrens. Wir hatten zum damaligen Zeitpunkt – bzw. die Mitarbeiter – alle Fragen abschließend mit Brüssel geklärt. Wir hatten damals das Ziel, das Verfahren noch vor der Sommerpause abzuschließen. Deshalb diente dieser Brief dazu zu bitten, dass wir den Comfort Letter, der das bestätigt, auch rechtzeitig in das Verfahren einspeisen können.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Die Landesregierung hat die entscheidenden Schritte im Prozess aufs Engste mit der Kommission abgestimmt, aber bewusst auch Abstand von Details des Verkaufsprozesses genommen, um jedem Anschein politischer Einflussnahme vorzubeugen. Das gilt zum Beispiel auch für die Frage, ob andere Kriterien als der Kaufpreis einen Einfluss bei der Wahl des Käufers haben dürfen.

Unser Abstimmungsprozess mit der Europäischen Kommission hat klar ergeben, dass unser ursprünglicher Wunsch, nämlich etwa Investitionszusagen oder auch die Fortführung des Flughafens als Kriterium, nicht akzeptiert werden, sondern dass der Kaufpreis das maßgebliche Kriterium ist.

Sie sprechen in Ihren Fragen das Thema Zeit an. Gern möchte ich auch dazu ein paar Sätze sagen, auch zu der Behauptung, ich hätte Zeitdruck auf das Verfahren ausgeübt. Selbstverständlich hatte die Landesregierung ein Interesse am zügigen Verkauf. Das hat sie auch weiterhin. Der Flughafen kostet jeden Monat Geld und wird, wenn das eigene Geld des Flughafens aufgebraucht ist, auf das Gesellschafterdarlehen zurückgreifen müssen. Deshalb kann jeder Bürger und jede Bürgerin von mir als Ministerpräsidentin erwarten, dass wir den Flughafen – wenn möglich – zügig verkaufen. Aber ich sage auch ganz klar und deutlich, zu keinem Zeitpunkt habe ich zeitliche Vorgaben gemacht oder den Vertragsabschluss beschleunigt. Derartige Behauptungen sind einfach falsch, und ich weise sie auch ganz deutlich zurück, auch mit Bezug auf den 19. Mai. Es hat nie aus der Verhandlung heraus einen Kontakt mit der Staatskanzlei gegeben, um deutlich zu machen – –

(Herr Abg. Brandl: Das hat auch nie jemand behauptet!)

– Ich nehme Bezug auf Berichterstattung. Es hat da nie einen Bezug zur Staatskanzlei gegeben, und ich mache sehr, sehr deutlich, dass wir dann mit aller Akribie die Veränderungen, die sich aus diesen Gesprächen ergeben haben, im Kabinett beraten haben, in der Staatssekretärsrunde beraten haben, aber auch bei einem Treffen, auf das Frau Schmitt – sie hat mir das gesagt – noch eingeht, am 23. im Wirtschaftsministerium in Anwesenheit der KPMG. Dort wurden viele, viele Fragen geklärt, und es war immer klar, es wird kein Abweichen von den Standards geben.

Noch den Vorwurf, den Sie artikulieren, oder die Frage – ich sage es jetzt einmal neutral – zu der Information des Landtages: Ich möchte dem entgegenreten, dass wir den Landtag nicht wahrheitsgemäß informiert hatten. Wir haben im Ministerrat den Verkauf erst dann beschlossen, als durch KPMG alle Überprüfungen durchgeführt waren und alle notwendigen Nachweise vorlagen. Dazu gehört Legal Opinion. Dazu gehört der neue Handelsregisterauszug. Dazu gehört der Liquiditätsnachweis. Dazu gehört die neue Gesellschafterstruktur.

Wir haben das Gesetz dem Landtag erst zugeleitet, als die Anwälte der Erwerberseite zudem erklärt hatten, dass das Geld in Kürze auf dem Notaranderkonto eingehen werde. Darauf haben wir uns auch verlassen. Ich sage das auch mit Ärger. Natürlich mag das mit dem heutigen Wissen absurd klingen, wir glaubten daran, einen langfristigen Investor gefunden zu haben; denn dem Käufer waren durch die Teilnahme an dem Verfahren zu diesem Zeitpunkt bereits Kosten in sechsstelliger Höhe entstanden. Darüber hinaus war klar, dass wir das Verfahren zu jeder Zeit noch stoppen konnten, ohne dass irgendein Risiko bestand. Ein Risiko für das Landesvermögen bestand ohnehin zu keinem Zeitpunkt.

Und auch noch ein Wort zur Transparenz. Transparenz ist mir wichtig, und ich habe das auch zum Amtsantritt nochmals betont. Weil mir Transparenz wichtig ist, haben wir in Rheinland-Pfalz auch das Transparenzgesetz eingeführt,

(Abg. Baldauf: Ich habe es dabei!)

übrigens gegen die Stimmen der CDU und übrigens auch nach Aussage von Frau Klöckner das Gesetz, das Sie als Erstes wieder abschaffen wollte – vor der Wahl. Ziel des Gesetzes ist es, das Handeln der Verwaltung öffentlich zu machen, damit sie von Bürgern besser kontrolliert werden kann. Dazu stehe ich auch. Ich kenne auch die Kritik der Opposition, wonach ich angeblich an meinen eigenen Ansprüchen gescheitert sei. Sie werfen der von mir geführten Landesregierung vor, dass Sie die Beraterfirma

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

nicht von der Verschwiegenheit entbunden hat, dass wir nicht alle Schriftwechsel in diesem sehr komplexen Verkaufsprozess offengelegt haben, dass wir die Öffentlichkeit nicht über jeden Verhandlungsschritt informiert haben. Auf den ersten Blick scheint das nachvollziehbar zu sein, aber ich sage, Transparenz bedeutet nicht, wie Sie wider besseres Wissen immer wieder verbreiten, die grenzenlose und schrankenlose Offenlegung von Schriftwechseln. Es gibt natürlich Grenzen auch im Transparenzgesetz, wenn schutzwürdige Interessen Dritter betroffen sind oder bei Beziehungen zu supranationalen Organisationen wie der EU oder wenn es um Kernbereiche des Regierungshandelns geht. Es gibt auch dann Grenzen, wenn durch die vorzeitige Bekanntgabe der Information der Erfolg der Entscheidung gefährdet würde. Deshalb sind beispielsweise auch keine internen Mitteilungen, keine Entwürfe von Entscheidungen und keine Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung zu veröffentlichen. Das können Sie im Transparenzgesetz auch alles nachlesen.

Für das neu gestartete Verfahren haben wir als Landesregierung entsprechende Schlüsse gezogen, indem mit Professor Jonas von der Kanzlei Warth & Klein etwa eine zusätzliche Expertise zur Begleitung des Prozesses hinzugezogen wurde.

Lassen Sie mich auch noch dazu ein Wort sagen, weil Sie das angesprochen haben. Natürlich lasse ich mich aus der Erfahrung des vorhergehenden Verkaufsverfahrens in diesem Verfahren umfänglicher informieren, und ich verschaffe mir auch eigene Eindrücke. Es gab einerseits den Wunsch, und andererseits fanden wir es auch gut, das Angebot zu machen an diejenigen, die Interesse am Flughafen haben, Willkommensgespräche zu führen. Einige der Interessierten haben das auch genutzt. So kann ich mir auch mit Roger Lewentz gemeinsam einen persönlichen Eindruck von den Bietern machen.

Wir sind heute an einem Punkt, an dem wir im Verfahren vielleicht auch wären, wenn es die SYT nie gegeben hätte. Nur wären uns viele Peinlichkeiten erspart worden und auch viele negativen Schlagzeilen. Das finde ich selbst auch mehr als ärgerlich, aber ob der Verkauf gelingt, ist keine Schicksalsfrage für mich und die Regierung. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob es einen Käufer für den Hahn gibt und ob es am Markt ein Geschäftsmodell für diesen Flughafen gibt. Wir arbeiten hart daran, dass der Verkauf gelingt, aber keiner von uns kann eine Garantie dafür abgeben. Aber eines ist auch klar, seit mehr als zwei Jahrzehnten, dass wir nämlich an der Seite der Region stehen und dass wir das auch in Zukunft so machen.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Ich habe von Herrn Lewentz, der vorhin zurückgezogen hat, noch die Wortmeldung. Ich darf Ihnen allen allgemein den Hinweis geben, etwas lauter zu reden, weil die Akustik problematisch ist und mir gesagt wurde, dass auch auf der Tribüne keine Lautsprecher sind und das Zuhören dadurch umso schwieriger ist, zumal auch viele Pressevertreter dort oben sind.

Ich darf Ihnen jetzt schon mitteilen, dass ich mittlerweile 12 Wortmeldungen habe. Ich werde Sie gleich nach der Landesregierung auch einmal verlesen, damit man weiß, wann man entsprechend drankommt.

(Herr Abg. Weiner: Die Fragen sind noch nicht beantwortet, die ersten!)

– Ja, ja, aber die Landesregierung ist ja noch am Reden. So habe ich das verstanden. Dann werde ich das weitergeben, Herr Lewentz. Ich werde darauf achten, dass die Fragen natürlich beantwortet sind, klar.

Herr Lewentz, Sie haben das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Ihnen bekannt ist, hatte sich die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Juli 2016 an die Landesregierung mit der Bitte gewandt, sie vollumfänglich von der im Mandatsverhältnis vertraglich vereinbarten Pflicht zur Verschwiegenheit zu entbinden. Hintergrund war, dass sich KPMG zu der aus ihrer Sicht einseitigen Berichterstattung zulasten des Unternehmens im Zusammenhang mit der Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

an der FFHG äußern wollte. Dazu hatte sich die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Schreiben vom 21., 25. und 26. Juli an mich gewandt. Mit Schreiben vom 25. Juli 2016 hatte ich den Sachverhalt klargestellt. Darüber hinaus fanden in diesem Zeitraum auch zwei persönliche Gespräche mit der KPMG in meinem Büro statt.

Der entsprechende Schriftverkehr zwischen KPMG und der Landesregierung wurde Ihnen mit Zustimmung der KPMG in der vergangenen Woche zugeleitet und auf der Internetseite des Innenministeriums veröffentlicht. Um das weitere Privatisierungsverfahren nicht zu beeinträchtigen, haben wir uns im Juli darauf verständigt, an der bestehenden Vertraulichkeit festzuhalten. In diesem Schreiben hatte KPMG im Wesentlichen seine Sichtweise zu folgenden vier Punkten dargestellt:

1. Das Land habe Verkaufs- und Zeitdruck erzeugt.
2. Hinweise von KPMG seien nicht ausreichend berücksichtigt worden.
3. Die Landesregierung habe das Hahn-Veräußerungsgesetz in den Landtag eingebracht, obwohl SYT mit den Kaufpreiszahlungen für den Housing-Vertrag in Verzug gewesen sei.
4. Die Landesregierung habe keine Erweiterung der von KPMG empfohlenen Integritätsprüfung in Auftrag gegeben.

Zu diesen wesentlichen Punkten der veröffentlichten Korrespondenz wird Ihnen Herr Staatssekretär Stich berichten, insbesondere auch, weil er persönlich an den Beratungen am 19. Mai teilgenommen hat. Das ist ja die Fragestellung, die von Ihnen für den 24. Mai ausgeht, die Basis dafür.

Zuvor möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Es war immer klar, dass die Verfahrenstandards des von KPMG geführten Bieterverfahrens keine Abstriche erfahren dürfen. Ein Vertrag wird nur unterzeichnet, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind. Weder im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung noch anlässlich des Notartermins, bei dem KPMG mit mehreren Vertretern anwesend war, hat KPMG davon abgeraten, den Vertrag zu schließen.

Herr Vorsitzender, die Fragen von Herrn Brandl zum 24. Mai fußen auf dem 19. Mai. Staatssekretär Stich war persönlich am 19. Mai bei den Beratungen anwesend. Ich würde Sie bitten, dass Herr Stich die Situation jetzt aus seiner Sicht darstellen kann.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Minister. Dann Herr Staatssekretär Stich für die Landesregierung.

Herr Staatssekretär Stich: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Herr Vorsitzender! Herr Minister Lewentz hat die wesentlichen vier Punkte, die wesentlichen Vorwürfe der KPMG, aus dem Schreiben schon genannt. Ich will jetzt auf die Punkte einzeln eingehen. Es geht einmal um einen behaupteten Verkaufs- und Zeitdruck. Die Behauptung der KPMG, dass die Landesregierung eigenständig enge zeitliche Vorgaben gesetzt habe, kann ich nach meinem Wissen aus den Verkaufsverhandlungen nicht bestätigen. Insbesondere gab es auch keine Weisung der Ministerpräsidentin an mich, im Interesse eines schnellen Vertragsschlusses Abstriche bei den an SYT gestellten Anforderungen zu machen. Ich will an der Stelle ganz klar betonen, dass die Ministerpräsidentin hier keinerlei Vorgaben gemacht hat oder irgendwie operativ im Rahmen des Verkaufsverfahrens tätig war.

KPMG hat die Entscheidung über den Verkauf der Anteile des Landes Rheinland-Pfalz an der FFHG umfassend vorbereitet. Hier ist noch ein Wesentliches zu sehen. In den beiden ersten Phasen des Verkaufsprozesses hat KPMG die Kommunikation mit den Bietern ohne Beteiligung des Landes geführt. In der dritten Phase des Verkaufsprozesses hat KPMG die Vertreter des Landes punktuell in die Verhandlungen einbezogen. Die Verhandlungen wurden schwerpunktmäßig zwischen den Anwaltskanzleien geführt. Bis dahin hatte KPMG das Verkaufsverfahren strikt terminiert und durchgeführt. Die Vorschläge von KPMG für die zeitliche Planung wurden selbstverständlich mit der Landesregierung abgestimmt.

Auch in der Folge wurden zeitliche Überlegungen für den weiteren Verfahrensablauf einvernehmlich zwischen Land und den Beratern von KPMG abgestimmt und natürlich laufend den Erfordernissen angepasst. Für die Landesregierung hatte oberste Priorität die Durchführung eines ordnungsgemäßen

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Verfahrens. Deshalb wurde bereits im Januar 2016 über die Bereitstellung eines Gesellschafterdarlehens entschieden, um die Liquidität der FFHG bis Ende des Jahres 2017 sicherzustellen. Zudem hat man auch am 19. Mai 2016, als die Käuferseite überraschend eine Änderung in der Gesellschafterstruktur angekündigt hatte, keine Abstriche bei den Voraussetzungen hinsichtlich der vom Bieter vorzulegenden Belege gemacht.

Mit dieser Maßgabe wurde angestrebt, möglichst vor der Sommerpause den Verkaufsprozess abzuschließen, um das Gesellschafterdarlehen nicht aktivieren zu müssen. Wie in jedem umfangreichen Projekt setzt man sich selbstverständlich Etappenziele. Allerdings wurden zu keinem Zeitpunkt die Anforderungen an den Bieter, an den Käufer hier, reduziert. Der Bieter, Shanghai Trading, musste am Ende alle zuvor im Verfahren bekannt gegebenen und festgelegten Anforderungen erfüllen. Ohne dies wäre der Zuschlag nicht erteilt worden, und ohne dies wäre ein Vertrag nicht unterzeichnet worden.

Natürlich hatte man während des gesamten Verfahrens die Liquiditätssituation der FFHG im Blick. Alles andere wäre nicht ordnungsgemäß gewesen. Mit der Entscheidung des Mehrheitsgesellschafters Rheinland-Pfalz vom Januar 2016, bei Bedarf ein Gesellschafterdarlehen bis zu 34 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, sollte insbesondere der Zeitraum bis zur Übernahme des Geschäftsanteils durch den Erwerber, also bis zum Vollzug des Anteilskaufvertrags, abgedeckt werden. Ich möchte an der Stelle nur noch einmal anmerken, aber ich glaube, das ist klar, dass das Gesellschafterdarlehen bislang von der FFHG noch nicht abgerufen worden ist, auch heute noch nicht. Auch vor diesem Hintergrund ist eben dieser Zeitdruck, der beschrieben worden ist, nicht erkennbar.

Zum zweiten Punkt, der damit zusammenhängt, zur Berücksichtigung von Hinweisen: Die Vertreter der für SYT tätigen Anwaltskanzlei haben nach Abschluss der Verhandlungen am 19. Mai 2016 in der Frankfurter Niederlassung von KPMG erstmals erklärt, dass die ursprüngliche Gesellschafterstruktur geändert werden solle. Die Veränderung in der Gesellschafterstruktur begründete die Kanzlei mit der damit einhergehenden Vereinfachung des Kaufpreistransfers. Das war eine kurzfristige Ankündigung. Diese kurzfristige Ankündigung, dass die Gesellschafterstruktur geändert werden sollte, führte natürlich sowohl bei den Vertretern des Landes als auch bei KPMG zu einer ganz erheblichen Verstimmung.

Nach einer umfangreichen Erörterung wurden die Berater beider Seiten gebeten – das heißt, unsererseits die KPMG, aufseiten der SYT die Anwaltskanzlei, die sie vertreten hat –, die endgültige Gesellschafterstruktur zu klären und zu prüfen, ob auch insoweit die Voraussetzungen für einen Vertragsschluss vorliegen. Die für SYT tätigen Anwälte sollten einen aktuellen Handelsregisterauszug, eine neue Legal Opinion vorlegen. KPMG sollte die Integritätsprüfung bezüglich der neuen Gesellschafter aktualisieren und abschließen. Diese Entscheidung – das betone ich noch einmal ausdrücklich – fiel an diesem Abend ohne Rückkopplung mit der Staatskanzlei und insbesondere natürlich ohne Rückkopplung mit der Ministerpräsidentin, die – das wiederhole ich an der Stelle noch einmal – operativ hier nicht eingebunden war.

Selbstverständlich habe ich in der Folge über den Termin gegenüber der Staatskanzlei berichtet.

(Herr Abg. Schweitzer, SPD: Sie haben gerade gesagt als Zwischenruf
„Das hat keiner behauptet“! –
Zuruf des Herrn Abg. Brandl, CDU)

– Kann ich fortfahren?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, dass Herr Stich weiter ausführen kann. Ich hatte eben auf die Akustik verwiesen, dass wir möglichst auf Zwischenrufe in der Ausschusssitzung verzichten.

Herr Staatssekretär Stich: Gut, vielen Dank. Der Beurkundungstermin am 31. Mai 2016 stand ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass es keine Reduzierung der bisher an das Verfahren angelegten Standards geben werde. Die Beurkundung sollte erst erfolgen, wenn die endgültige Gesellschafterstruktur, und gegebenenfalls für den Vertragsschluss die Voraussetzungen der Folge, geklärt sind. KPMG

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

hat deshalb die Käuferseite mit Schreiben vom 24. Mai 2016 noch einmal näher informiert und einen neuen Zeitplan bis zur Vertragsunterzeichnung vorgelegt; das heißt, KPMG und nicht das Land. Darin werden die erforderlichen Dokumente innerhalb bestimmter, von der KPMG vorgegebener Fristen angefordert. Nach Auskunft von KPMG lagen am 30. Mai 2016 alle Voraussetzungen für die Vertragsunterzeichnung vor. KPMG bestätigte, dass entsprechend der ursprünglichen Verfahrensvorgabe gemäß Ausschreibung der Liquiditätsnachweis – so O-Ton – als ausreichend erachtet werde.

Zu 3: Das ist die Frage zum Beginn des Gesetzgebungsverfahrens. Anders als von KPMG dargestellt, wurde das Gesetzgebungsverfahren nicht aufgrund eines vom Land zu verantwortenden Zeitdrucks eingeleitet. Wenngleich es natürlich im Rahmen der Gesamtplanung des Verkaufsprozesses sinnvoll erschien, das Gesetzgebungsverfahren vor der Sommerpause 2016 durchzuführen, war das nicht zwingend geboten.

Zum Gesellschafterdarlehen hatte ich eben berichtet. Das Verfahren wurde mit Blick darauf eingeleitet, dass die deutsche Rechtsanwaltskanzlei der SYT eine kurzfristige Zahlung der SYT angekündigt hatte und in diesem Zusammenhang auch die einzelnen dazu erforderlichen Schritte detailliert angekündigt hat.

Zu 4: Das war die Frage der Integritätsprüfung. Die Landesregierung ist bei der Beauftragung der Integritätsprüfung vollumfänglich den Handlungsempfehlungen von KPMG zur Überprüfung des finanziellen und wirtschaftlichen Unternehmenshintergrunds gefolgt. Im Rahmen der von KPMG angesprochenen Abstimmung der Ministerratsvorlage für Mai 2016 hat KPMG in der Kommentierung zunächst einmal dargelegt, dass zwar der Umfang der Recherchemaßnahmen im Ermessen des Verkäufers liege – natürlich –, dass im vorliegenden Fall aber eine weitergehende Integritätsprüfung erforderlich sei, das hat niemand gesagt, und das hat auch KPMG nicht dargelegt. Vielmehr muss man sehen, dass das Angebot von KPMG gemäß der auf der Internetseite des Innenministeriums eingestellten Mail vom 12. August 2015 beinhaltet, eine umfassende Recherche bzw. – so O-Ton – eine intensive Recherche zu näher bezeichneten Aspekten, die dort durchgeführt werden soll.

Überdies hat KPMG im Rahmen der Abstimmung der Ministerratsvorlage von Mai 2016 ausgeführt, dass KPMG im Blick auf die Sicherstellung der Kaufpreiszahlung die getroffenen Maßnahmen auch vor dem Hintergrund vergleichbarer Verfahren als angemessen erachte, um aus Sicht des Käufers eine hinreichende Sicherheit bezüglich der Kaufpreiszahlung zu erzielen. KPMG macht damit deutlich, dass mit der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen alles Erforderliche getan wurde.

Am 28. Mai 2016 weist KPMG darauf hin, dass es SYT nun mehr abweichend von der zwischenzeitlich diskutierten Struktur ausschließlich natürliche Personen als Gesellschafter habe. Dadurch werde aus Sicht der KPMG die Integritätsprüfung allenfalls vereinfacht – so der Originalton. KPMG hat mit dieser Aussage unmittelbar vor Vertragsschluss offene Fragen hinsichtlich der Integrität des Bieters infolge des Gesellschafterwechsels geklärt. Am 30. Mai 2016, und damit vor Vertragsschluss, teilte KPMG mit, dass nunmehr alle Voraussetzungen für die Vertragsunterzeichnung vorliegen. Der Notartermin zur Beurkundungen des Vertragswerks am 2. Juni 2016 fand übrigens in umfangreichem Beisein von Vertretern der KPMG statt.

Mit der Zuleitung des Abschlussberichts über die Integritätsprüfung bestätigte KPMG nochmals, dass die in dem Berichtsentwurf vom 20. April 2016 genannten Abweichungen zwischenzeitlich mit dem Käufer geklärt werden konnten, nachdem der Käufer Änderungen im chinesischen Handelsregister eingetragen hatte und diese Änderungen durch einen aktuellen Registerauszug und eine Stellungnahme einer chinesischen Großkanzlei auch nachgewiesen habe. Aufgrund dieser Darstellung von KPMG bestand für das Innenministerium keine Veranlassung, weitergehende Recherchemaßnahmen in Auftrag zu geben.

Angesichts der engen Abstimmung mit KPMG während des Ausschreibungs- und während des Verkaufsprozesses konnte davon ausgegangen werden, dass KPMG im Rahmen der Integritätsprüfung mögliche Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Integrität einzelner Bieter klärt oder vor allem in

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

der sensiblen Phase gerade vor dem Vertragsschluss auf etwaige fortbestehende Unstimmigkeiten hinweisen würde.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich habe nach meinen eigenen Notizen jetzt noch keine konkrete Beantwortung auf die Frage gehört, ob es Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Landesregierung gegeben hat. Da würde ich die Landesregierung bitten, konkret zu antworten und auf die Kostensituation der 6,25 Millionen Euro einzugehen, ob mittlerweile weitere eingegangen sind. – Eine Anmerkung, Herr Brandl.

Herr Abg. Brandl: Geschäftsordnungsmäßig: Da wir jetzt auch viel über KPMG hören und wir davon ausgehen, dass die KPMG-Kollegen da sind, die laut Landesregierung hier die Hauptschuld an dieser Blamage tragen, würden wir gerne gerade wissen, wer die sind. Vielleicht könnten Sie sich kurz vorstellen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Nach meiner Information ist KPMG heute nicht vertreten. Da es um die Verantwortung der Ministerpräsidentin geht, haben wir halt eben – – –

(Herr Abg. Haller: Zur Geschäftsordnung!)

– Ich habe eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr Haller, bitte schön.

Herr Abg. Haller: Ich möchte an dieser Stelle einmal die Frage stellen, warum jetzt die KPMG hier sein sollte. Der Antragsgegenstand gibt es unserer Ansicht nach nicht her.

(Herr Abg. Brandl: Das war kein Vorwurf!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Vergangenheit, wenn beantragt war, dass Vertreter der KPMG da sind, die immer da waren. Das ist mir einfach wichtig. Ihr habt das in der Vergangenheit immer beantragt, dann waren auch immer Vertreter da.

(Zuruf von der CDU)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Okay. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich denke, es ist nicht notwendig, darüber zu debattieren.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Warum seid ihr so dünnhäutig?)

Die Entscheidungen sind so getroffen worden.

(Zuruf des Herrn Abg. Schweitzer)

– Entschuldigung, meine Damen und Herren, ich bitte, doch Ruhe zu bewahren.

Bevor ich der Landesregierung noch einmal zu diesen beiden Fragen das Wort gebe, hat sich auch Herr Junge zur Geschäftsordnung gemeldet.

Herr Abg. Junge: Meine Damen und Herren, wenn KPMG nicht dabei ist und das Schreiben der KPMG oder die Schreiben Auslöser für diese Sitzung sind, dann frage ich mich, wo der Sinn dieser Sitzung sein soll; denn wir haben dann nur noch einen Austausch von bereits bekannten Argumenten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Da muss ich doch einmal sagen, wenn der Protagonist, einer der wesentlichen Protagonisten, der diese Sitzung ausgelöst hat, nicht da ist, dann denke ich, ist das hier eine reine Showveranstaltung und kostet uns ausschließlich Zeit. Deshalb wiederholen wir an dieser Stelle noch einmal unsere Forderung nach

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

einem Untersuchungsausschuss, in dem alle Beteiligten dabei sind. Da erwarte ich auch, dass die CDU dann hier ihren Widerstand aufgibt.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Junge, bitte keine allgemeinen Stellungnahmen, sondern zur Geschäftsordnung.

Herr Abg. Junge: Ja, Herr Haller hat auch allgemein gesprochen, nicht nur zur Geschäftsordnung.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, KPMG ist heute nicht anwesend, weil die Fragestellung so war, wie sie ist. Damit müssen wir jetzt darüber nicht weiter diskutieren. Ich lese Ihnen einmal vor, wen ich als Wortmeldung habe, und dann gebe ich das Wort noch einmal an die Landesregierung, damit wir sehen, dass hier viele Kollegen viele Fragen haben werden, dass es auch wirklich Sinn macht, uns zeitlich zu begrenzen und zu disziplinieren. Ich habe zunächst als Wortmeldung Frau Klöckner, Herrn Weiland, Herrn Alt. Ich würde dann so einen Block machen, dann danach Frau Beilstein, Frau Köpperling, Herr Baldauf, dann Herr Schweitzer, Herr Schreiner, Frau Becker, Herr Wink, Herr Noss, Herr Junge und Herr Köbler. Sie sehen also, allein wenn man nur mit den angedachten drei Minuten rechnet, haben wir schon eine Stunde nur Fragezeiten, geschweige denn die Antworten dazu. Sie sehen, das hat schon einen gewissen Sinn.

Jetzt gebe ich zunächst noch einmal das Wort an die Landesregierung mit der Bitte um die Beantwortung, ob es Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Landesregierung gab, und zur Kostensituation KPMG.

Frau Dreyer, Sie haben das Wort.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich glaube, es sind die Daten 24. Mai und 30. Juni gefallen, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe. Am 24. Mai gab es keine Meinungsverschiedenheiten, sondern das Kabinett war miteinander ganz klar der Auffassung, dass wir am 24. Mai die Kabinettsvorlage nicht verabschieden werden. Aufgrund der neuen Erkenntnisse war klar, wir haben noch nicht all das, was wir eigentlich brauchen, und wir verabschieden die Vorlage erst dann, wenn tatsächlich alle Dinge geklärt sind. Deshalb ist dann die Beschlussfassung erst eine Woche darauf, und zwar montags darauf, erfolgt. Montags ausnahmsweise deshalb, weil dienstags eine Ministerpräsidentenkonferenz war und diese Sitzung schon seit langer Zeit auf Montag vorgezogen war. Die Vorlage hat dann an diesem Tag einstimmig den Ministerrat passiert.

(Zuruf des Herrn Abg. Brandl)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Es gab noch eine Frage zu Daten im April, Meinungsverschiedenheiten im April.

Herr Abg. Brandl: Ende April. Ich hatte in meiner Frage das Datum Ende April genannt vor dem Hintergrund der von KPMG zu dem Zeitpunkt eingereichten roten Ampel, und ich hatte den 7. Juni und 14. Juni vor dem Hintergrund genannt, dass dort die externen Zweifel seitens der Medien schon durchaus massiv wurden.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Frau Ministerpräsidentin.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ende April hat sich der Ministerrat meines Wissens nicht mit der Problematik befasst.

(Zuruf des Herrn Abg. Brandl)

– Das ist ja in der Vorlage, die dann am Schluss dann verabschiedet worden ist. Das ist ja in dieser Vorlage drin. Dass es vorher zwischen den Ressorts unterschiedliche Haltungen gab, das ist häufig so. Es ist die Aufgabe aller Staatssekretäre und Ressorts, bis die Vorlage dann in einen Ministerrat kommt, diese Zweifel miteinander auszuräumen. Das ist der ganz normale Weg. Ich will es vielleicht noch einmal

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

sagen. Es gibt wenige Beschlüsse, bei denen es nicht auch Diskussionen zwischen den Ressorts gibt, und es ist die Aufgabe von Staatssekretären und Aufgabe von Ministern und Ministerinnen, dafür zu sorgen, dass am Ende, wenn das Kabinett eine Vorlage erhält, diese Zweifel natürlich ausgeräumt sind und man sich dann verständigt. Ansonsten wird offensiv ein Konflikt in den Ministerrat hineingetragen, und dann befasst man sich mit dieser Frage deutlich im Ministerrat.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Wenn ich die Beantwortung richtig sehe, gab es keine Meinungsverschiedenheiten.

Gut. Dann wäre die Frage zu den Kosten. Herr Minister, Sie signalisieren die Wortmeldung Kosten an KPMG.

(Herr Abg. Brandl: Der 14. Ist aber auch genannt!)

– Herr Brandl, ich habe die Fragen auch allgemein verstanden und nicht nur datenbezogen, und das gilt fürs Gleiche.

Herr Abg. Brandl: Aber ich habe vier konkrete Daten genannt, und am 14. Juni ist es dahin gehend relevant, als der Käufer beim finalen Beschluss des Kabinetts zum Hahn-Gesetz schon vier Tage in Verzug war.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Minister Lewentz, Sie haben das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Am 14. Juni war das nicht im Kabinett, sondern Sie fragen ja, weil damals der Käufer im Verzug war. Wir hatten – das hat Staatssekretär Stich ausgeführt – sehr glaubwürdige Hinweise der deutschen Rechtsanwaltskanzlei, dass der Transaktionsprozess läuft.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Es steht hier, am 14. Juni war tatsächlich in der Ministerratsbefassung der zweite Durchgang des Hahn-Gesetzes, und da war klar, dass der Käufer noch nicht bezahlt hatte. Ich habe das in meinem Eingangsstatement schon dargelegt, dass es heute natürlich etwas absurd klingt, wenn man sagt, wir haben darauf vertraut, dass das, was von Greenfort, von Frankfurt, als Versicherung praktisch uns vorgelegt worden ist, das nämlich das Ganze, der Geldtransfer, auf dem Weg ist, das wir dem vertraut haben. Wir haben allerdings diese Abwägung auch deshalb getroffen, weil wir gesagt haben, wir gehen am Ende überhaupt kein Risiko ein, Landesvermögen kann überhaupt nicht beschädigt werden, und deshalb haben wir uns entschieden, das Gesetz dann tatsächlich auch dem Landtag zuzuleiten.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Gut. – Die Frage der Kosten. Herr Minister Lewentz.

Herr Staatsminister Lewentz: Wir haben ja zur Sommerpause hin sehr detailliert den Verlauf der Kostenentwicklung bei KPMG in der Beantwortung einer Anfrage dargelegt. Ich kann Ihnen die weiteren Entwicklungen gern nachreichen. Bisher sind nach meiner Kenntnis an KPMG keine weiteren Rechnungen angewiesen worden, aber ich kann das gerne fortschreiben und Ihnen darstellen. Das würden wir dann mit aufnehmen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Also die Kosten für die weiteren Berater, so verstehe ich die Landesregierung, werden in der schriftlichen Beantwortung mit aufgenommen, weil sie jetzt im Augenblick aktuell nicht dezidiert genannt werden können.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich möchte gern noch etwas richtigstellen, was in der Öffentlichkeit aus meiner Sicht falsch kolportiert wird. Es gibt natürlich eine hohe Millionensumme, die an KPMG über viele, viele Jahre bezahlt worden ist. Deshalb ist es mir wichtig zu sagen, mit der Entscheidung, dass

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

der Hahn privatisiert wird, eigentlich vorher schon mit dem Interessenbekundungsverfahren, mit dem Markterkundungsverfahren, ist KPMG beauftragt worden, und all diese Schritte wären auch ohne SYT nötig gewesen. Das sind die Hauptkosten, die bislang im Zusammenhang mit KPMG angefallen sind. Dass dann in der Endphase des Veräußerungsprozesses der Verkauf an diesen speziellen Käufer nicht geklappt hat, das ist die Endphase des Verkaufs, aber alle anderen Kosten, Beratungskosten von KPMG, waren entstanden aufgrund der Vorverfahren, die notwendig waren im Laufe der Beihilfeproblematik, der Markterkundungsproblematik, der Interessenausschreibung, der Veräußerungsunterlagenerstellung usw. und so fort. Es ist also falsch, diese hohe Millionensumme zu nennen als KPMG, die sozusagen unnötig investiert worden ist. Das war lediglich die letzten Wochen und Monate, als ausschließlich noch mit SYT verhandelt worden ist.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Ich habe vorhin die Anzahl der Wortmeldungen bereits genannt. Ich fasse das in drei Blöcken zusammen. Noch einmal die Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns zeitlich und mit der Anzahl der Fragen auf drei entsprechend einstellen. Frau Klöckner und dann in der Folge Herr Kollege Weiland und dann Herr Kollege Alt. Frau Klöckner, Sie haben das Wort.

Frau Abg. Klöckner: Herzlichen Dank. Ich werde eine Frage stellen und dazu zur Einordnung Folgendes: Als am 7. Juni die Süddeutsche Zeitung über erste Zweifel am Hahn-Käufer berichtete, haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, sich in Ihrer eigenen Kabinettspressekonferenz zu dem Käufer geäußert. So sagten sie etwa im Trierischen Volksfreund, Sie zweifelten nicht an der Seriosität des Käufers, und Sie sagten – Zitat –: „Ich habe mich versichert, dass alle Sicherheiten eingeholt worden sind, die es gibt.“

Und in der Rhein-Zeitung sagten Sie – Zitat –: „Nach den Dingen, die wir haben überprüfen lassen, gab es für mich keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass das ein seriöser Partner ist.“

Und einen Monat später hörte sich das dann anders an: Das Innenministerium hätte den Prozess noch enger begleiten müssen sagten Sie damals in der BILD-Zeitung.

Meine Frage hierzu: Als Sie Anfang Juni die Aussage trafen, Sie hätten sich – Zitat – versichert, dass alle Sicherheiten eingeholt wurden, da stellt sich mir die Frage, und ich hätte die Antwort dann gern auch genau erläutert, wie genau hat dieses Versichern, Ihr persönliches Versichern, dass Sie zu einer so sicheren Aussage kommen konnten, bei Ihnen ausgesehen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Klöckner. – Herr Kollege Weiland.

Herr Abg. Dr. Weiland: Danke, Herr Vorsitzender. Ich habe zunächst einmal eine Verständnisfrage zum zeitlichen – – –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Wenn Sie so nett wären, etwas lauter zu reden wegen der Akustik.

Herr Abg. Dr. Weiland: Ja, okay. Ich bin halt so leise üblicherweise.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Sie können auch anders.

Herr Abg. Dr. Weiland: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zunächst einmal eine Verständnisfrage zum zeitlichen Ablauf. Am 18. Mai haben wir uns hier zusammen konstituiert. Am 18. Mai wurde die Ministerpräsidentin gewählt. Laut Auskunft des Innenministeriums wurde an diesem Tag die Ministerratsvorlage zur Vorbereitung der Sitzung am 24. Mai an die Amtschefs aller Ressorts verteilt.

Die erste Frage: Waren in dieser Ministerratsvorlage die Bedenken des Finanzministeriums enthalten und dargestellt?

Die zweite Frage: Warum wurde nach der Versendung der Ministerratsunterlagen überhaupt noch eine Verhandlungsrunde mit der SYT nicht nur anberaumt, sondern auch durchgeführt, nämlich am 19. Mai? Das ist die Gesprächsrunde in Frankfurt.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Zu dieser Gesprächsrunde in Frankfurt habe ich meine dritte Frage. Wer hat in Frankfurt die Entscheidung getroffen, dass nach dem Wechsel des Gesellschafters bei der SYT und nach der Empfehlung der KPMG, den Verkaufsprozess auszusetzen, um weitere Informationen beschaffen zu können, die letztendlich verantwortliche Entscheidung getroffen aufseiten des Verkäufers, dass der Verkaufsprozess wegen des Gesellschafterwechsels nicht ausgesetzt wird, sondern unverzüglich fortgesetzt wird?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Weiland. – Herr Alt.

Herr Abg. Dr. Alt: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. In jedem Verkaufsverfahren müssen ja vorab die Standards definiert werden, die dann zur Überprüfung der verschiedenen Erwerber oder Interessenten später angelegt werden. Der Minister hat vorhin auch kurz auf diese Standards abgehoben, zum Beispiel die Fragen: Welche Registerauszüge werden eingesehen? Welche Prüfungen soll das Beratungsunternehmen durchführen etc.?

Meine Frage dazu lautet: Wer hat im vorliegenden Fall die Standards gesetzt, auch innerhalb der Landesregierung, und gab es Konflikte in dieser Frage zwischen KPMG und der Landesregierung, oder bestand bei der Frage der Auswahl der Standards Einigkeit?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Alt. Dann übergebe ich an die Landesregierung zur Beantwortung dieser Fragen. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich würde gern einmal beginnen, weil Frau Klöckner mich direkt angesprochen hat mit der Frage. Ich möchte es auch einfach noch einmal darstellen. Ich will mich auch gar nicht auf Wortlaut jetzt festlegen. Es wird hier und da unterschiedlich zitiert. Aber ich bin ganz sicher, dass ich sinngemäß über all das Gleiche gesagt habe, dass ich nämlich zum damaligen Zeitpunkt davon ausgehen konnte, dass die Unterlagen, die vorgelegt worden sind, für mich zu dem Ergebnis geführt haben, dass wir es mit einem seriösen Investor zu tun haben.

Ich möchte auch begründen, warum ich das gesagt habe. Am 30. Mai war ja die Situation so, dass die aktuelle Integritätsprüfung abgeschlossen war und die am 19. Mai vereinbarten Voraussetzungen auch vorlagen, nämlich die Registerauskunft, Legal Opinion, Bankbestätigung, IDD und wiederholte Absichtserklärungen von Yangtze River Express.

Diese Unterlagen und die Bestätigung, dass sie tatsächlich vorliegen – sie lagen uns vor –, haben mich zu dem Ergebnis oder zu dieser Äußerung gebracht, dass ich davon ausgegangen bin – es war auch damals genau so –, dass ich davon überzeugt bin, alles ist nachgewiesen worden, was an Seriositätsunterlagen erforderlich ist, was auch im üblichen Geschäftsverkehr so erforderlich ist. Deshalb bin ich davon ausgegangen, dass wir es mit einem seriösen Investor zu tun haben.

Ich hatte damals keinen Anlass zu zweifeln. Ich sage das sehr, sehr klar. Das klingt vielleicht zum heutigen Zeitpunkt schräg, aber damals gab es keinen Anlass für mich, daran zu zweifeln.

Ich will auch noch einmal sagen, dass uns immer wieder so bestätigt worden ist, dass diese Dinge vorliegen – es lag uns auch vor –, und dass ich deshalb – ich kann anschließen an Herrn Alts Frage – keinen Zweifel hatte. Es gab meines Wissens keinen Dissens darüber, welche Anforderungen wir an die neue Gesellschafterstruktur zu halten haben.

Es war von Anfang an klar, die Standards sind die Kriterien, die ich genannt habe. Im Geschäftsleben ist das meines Wissens nach auch üblich. Diese Unterlagen lagen vor zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bzw. der Kabinettsbefassung mit diesem Thema.

Herr Lewentz würde noch einmal auf die Punkte eingehen, die Herr Dr. Weiland als Frage gestellt hat.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Minister Lewentz, Sie haben das Wort.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Staatsminister Lewentz: Die Ministerratsvorlage, die Sie angesprochen haben, Herr Dr. Weiland, die eine abgestimmte Vorlage ist, hat auch den Verlauf der Diskussion innerhalb der Landesregierung, also den Willensbildungsprozess dargestellt. Und ja, da war der Hinweis auf Vorschläge des Finanzministeriums schon enthalten.

Ich will zu dem 19. Mai – Staatssekretär Stich hat schon sehr umfangreich vorgetragen – aber auch diese konkrete Fragestellung noch einmal an ihn weitergeben, weil er dabei war.

Ich will Ihnen, Herr Dr. Alt, die Auskunft geben. Wie bekannt, ist uns die Vorgehensweise der IDD-Untersuchung von KPMG vorgeschlagen worden in einer Mail vom 12. August. Sie schreiben, dass sie folgende Handlungsempfehlungen ihrerseits unterbreiten und haben dann unter anderem so formuliert:

Angesichts der politischen Öffentlichkeitwirksamkeit des Verfahrens halten wir es vorliegend jedoch für sinnvoll, in der zweiten Verfahrensweise eine weitergehende Recherche zum Hintergrund der einzelnen Bieter durchzuführen, um etwaig bestehende, gegebenenfalls später über die Medien transportierte Compliance- oder Bonitätsrisiken so weit als möglich frühzeitig zu identifizieren. Aus Gründen der Gleichbehandlung müssten sich unseres Erachtens alle Bieter einer solchen Überprüfung stellen.

Sie gehen dann nochmal auf ihre Partnerorganisation KPMG Corporate Intelligence Service ein und sagen, umfassende Recherchen zu Geschäftsgebaren, Reputation, Integrität der Gesellschaft und dem Key Management, Recherche nach geschäftlichen, politischen oder kriminellen Verflechtungen und weitere Untersuchungen.

Klaus Stumpf, der Abteilungsleiter, hat Herrn Dr. Jennert geschrieben: Haben Sie vielen Dank für Ihre E-Mail. Entsprechend Ihrer Handlungsempfehlungen wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die IDD durchführen würden. Gerne erteile ich Ihnen den entsprechenden Auftrag. –

Ich würde gerne Herrn Staatssekretär Stich bitten, zum 19. Mai Ausführungen zu machen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Staatssekretär Stich, Sie haben das Wort.

Herr Staatssekretär Stich: 19. Mai. Herr Dr. Weiland, vielleicht auch noch einmal zu den Fragen der Verfahrensstandards, die angesetzt wurden. Das waren die Standards, die für das bisherige Verfahren galten. Sie wurden natürlich von KPMG so vorgeschlagen. Das heißt, die Frage, welche Dokumente der Käufer zur Bestätigung und zur Verifizierung der Firmenstruktur, aber auch zum Nachweis der Liquidität einreichen muss, waren Verfahrensvorgaben, die KPMG erarbeitet hat. KPMG hat uns das so vorgeschlagen. Wir haben die mitgetragen.

Am 19. Mai, nach Bekanntgabe der neuen Gesellschafterstruktur, war es dann so, dass das diskutiert worden ist und dass einvernehmlich am späteren Abend – da wurden mehrere Stunden darüber gesprochen, wie man vorgeht – gesagt wurde, man muss eben verifizieren, ob eine solche Gesellschafterstruktur überhaupt den gesetzten Verfahrensstandards entspricht. Das heißt, auch die muss eben die Daten, die die Ministerpräsidentin eben schon genannt hat, dann vorlegen. Sie muss entsprechend verifiziert werden.

Dementsprechend war es die Aufgabe der beiden Berater, im Weiteren diese Unterlagen beizubringen und auf der Grundlage dann festzustellen, dass auch die Verfahrensstandards für die Gesellschaftsstruktur gelten.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Danach hatte ich nicht gefragt!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich habe die Frage so verstanden, wer die Entscheidung getroffen hat, dass weiterverhandelt wurde. Wenn ich Herrn Stich jetzt richtig verstanden habe, hat er gesagt, das ist einvernehmlich so entschieden worden.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Staatssekretär Stich: Die Entscheidung ist einvernehmlich getroffen worden. Das war ein längerer Diskussionsprozess zwischen allen Seiten, wie man eben mit einer solchen Situation umgeht. Das war am Abend eine Überraschung, weil wir eben um 18:00 Uhr mit den Verhandlungen durch waren.

Dann kam die Erklärung, es gibt Änderungen in der Gesellschafterstruktur. Das wurde diskutiert. Ich war dabei. Es war ein zuständiger Abteilungsleiter und Referatsleiter vonseiten des Innenministeriums dabei. Es waren mehrere Vertreter von KPMG dabei. Man hat das gemeinsam so entschieden.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Das widerspricht der Darstellung der KPMG. Nur für das Protokoll!
Es kann hier jeder alles erzählen!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich habe hier gesehen, welche Fragen Herr Dr. Weiland gestellt hat. Wenn ich das nicht richtig weitergegeben habe, können Sie mich gerne korrigieren. Ich habe noch offen, ob die Bedenken des Finanzministeriums tatsächlich beachtet wurden. Ich habe für mich noch offen stehen, warum denn eine Verhandlungsrunde nach dem 18. Mai angesetzt worden ist, wo die Unterlagen versandt wurden. Wenn die Landesregierung diese beiden Punkte noch ansprechen kann.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Danke!)

Herr Staatsminister Lewentz: Ich wiederhole noch einmal, Herr Dr. Weiland, ich habe Ihre Fragestellung beantwortet. Sie haben gefragt, ob der Hinweis, dass es unterschiedliche Anregungen im Meinungsbildungsprozess gegeben hat, zum Beispiel Anregungen durch das Finanzministerium, in der Vorlage am 18. Mai enthalten war. Ich habe eben gesagt, ja, das war enthalten. Ich wiederhole das noch einmal. Das habe ich Ihnen eben gesagt.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Der Vorsitzende hat die Frage noch einmal gestellt!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Warum hat nach dem 18. Mai überhaupt noch eine Verhandlungsrunde angesetzt wurde, wo die Versendung bereits stattgefunden hat? Warum der 19. Mai überhaupt stattgefunden hat.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Darf ich die Frage noch einmal stellen?)

– Bitte, Herr Dr. Weiland.

Herr Abg. Dr. Weiland: Eine Frage von meinen drei Fragen ist noch nicht beantwortet. Wenn die Ministerratsvorlage am 18. Mai versendet wurde – das wurde hier auch bestätigt –, warum hat man dann nach Versendung der Ministerratsvorlage überhaupt am 19. Mai noch einmal eine Gesprächsrunde anberaumt, in der dann offensichtlich noch offene Fragen zu klären gewesen sind? Wenn die Ministerratsvorlage am 18. Mai verteilt wird, dann dürfte es doch gar keine offenen Fragen mehr geben. War der Wechsel der Gesellschafterstruktur bei der Versendung der Ministerratsvorlage schon bekannt, oder war er da noch nicht bekannt?

Das ist doch die Frage nach dem Zeitstrahl.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich denke, die Frage ist jetzt verstanden worden.

Herr Abg. Dr. Weiland: Es ist überhaupt kein böser Wille dahinter. Ich will es nur verstehen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Stich.

Herr Staatssekretär Stich: Es war so, dass wir vor dem 19. Mai davon ausgegangen sind, dass alle relevanten Vertragspunkte verhandelt sind und es am 19. nur noch über wenige Detailpunkte gehen sollte, die nicht mehr wirklich vertragsrelevant waren, sodass man gesagt hat, eigentlich ist der Stand für die Ministerratsvorlage abschließend besprochen.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Verhandelt wurden am 19. aus unserer Sicht nur noch absolute Nebenpunkte des Vertrages.

Der Wechsel der Gesellschafterstruktur war selbstverständlich am 18. nicht bekannt. Er war auch am 19. mittags noch nicht bekannt. Er wurde eigentlich erstmals bekanntgegeben, nachdem alles besprochen worden war am 19. abends. Nageln Sie mich nicht auf die Minute fest, aber zwischen 17:30 Uhr und 18:30 Uhr würde ich jetzt einmal aus heutiger Sicht einschätzen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Es liegen mir jetzt weitere Wortmeldungen vor. Der Vollständigkeit halber lese ich auch alle anderen noch einmal vor, damit Sie wissen, ob wir Sie registriert haben.

In dieser jetzigen Runde haben Frau Beilstein, Frau Köbberling und Herr Baldauf das Wort. Danach geht es weiter mit Herrn Schweitzer, Herrn Schreiner und Frau Becker, dann folgen Herr Wink, Herr Noss und Herr Junge, dann Herr Köbler, Herr Bollinger und Herr Schnieder. Anschließend habe ich noch einmal eine Wortmeldung von Frau Klöckner. Ich sehe noch eine weitere Wortmeldung von Frau Wieland. Wir werden das aber noch einmal zusammenfassen.

Nun erteile ich Frau Beilstein das Wort.

Frau Abg. Beilstein: Frau Ministerpräsidentin, in einer Regierungserklärung aus dem Oktober 2014 haben Sie sich im Zusammenhang mit dem Gutachten des Landesrechnungshofs zum Nürburgring geäußert. Sie sagten damals wörtlich:

„Meine Damen und Herren, ich lese dabei oft, dass ein Gradmesser für meine Glaubwürdigkeit sei, wie ich mit der Vergangenheit umgehe. (...) Solche Fehler wird es mit mir als Ministerpräsidentin nicht mehr geben. (...) Ich denke anders und handele auch anders. (...) Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich als Ministerpräsidentin davon leiten lasse.“

Jetzt haben Sie in Ihren ersten Ausführungen heute dargestellt, dass zunächst die Taskforce in der Staatskanzlei tätig war, und wortwörtlich gesagt: Wir sind dann später von Ausnahmen zum üblichen Ressortprinzip zurückgekehrt. Es habe dann nur noch eine Unterrichtung über wesentliche Dinge an Sie gegeben.

Ich möchte Sie fragen: Bei der Einbringung des Hahn-Gesetzes war der Käufer bereits vier Tage säumig. Waren Sie davon unterrichtet? Halten Sie das für eine wesentliche Information? Wenn ja, warum haben Sie das Parlament darüber nicht unterrichtet?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Beilstein. Frau Dr. Köbberling.

Frau Abg. Dr. Köbberling: Manchmal wird inzwischen hier im Raum so getan, als sei das Erzeugen von Zeitdruck per se etwas Schlechtes. Aber das ist nur dann ein Problem, wenn wichtige Dinge dadurch hinten herunterfallen.

Zu den zwei Dingen, die KPMG der Landesregierung vorwirft, die durch den Zeitdruck vernachlässigt worden wären, zählen a) das Einholen einer Bankbürgschaft, b) das Einschalten einer Wirtschaftsdektei. Vielleicht kann Herr Stich noch einmal erläutern, wieso diese beiden Dinge nicht getan wurden.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Köbberling. Herr Kollege Baldauf.

Herr Abg. Baldauf: Frau Ministerpräsidentin, ich habe mir erlaubt, einmal im Internet dieses Portal betreffend das Transparenzgesetz anzuschauen. Wenn ich die Vorschriften hier richtig lese, müssten Ministerratsbeschlüsse dort veröffentlicht werden.

Jetzt haben wir hier das Problem, dass es wohl um mündliche Berichte geht. Dann steht dort, dass man sie so transparent bringen muss, dass jeder, der das liest, auch versteht, was da eigentlich passiert ist. Das kann ich dieser Vorlage aber leider nicht entnehmen.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ich stelle heute auch fest, dass der Rechnungshof in dem Verfahren 420 Ordner anfordert und wir maximal – wenn überhaupt – bisher fünf Ordner gesehen haben. Deshalb würde ich Sie bitten, dass Sie uns die Ministerratsvorlagen, und zwar beginnend mit dem Erstentwurf bis hin zu dem Schluss, auch alle einmal zugänglich machen, dass wir genau sehen, wie sich das mit der Nachverfolgung entwickelt hat, von Anfang an bis Schluss.

So, wie der Zeitplan ist, ist es auch nicht so, dass es erst am 18. Mai irgendwo aus dem Orbit heraus diese Drucksache gab, sondern die gab es vorher schon.

Am 19. Mai kommt der Wechsel. Da müssen Sie doch etwas verändert haben, oder auch nicht, was ich nicht weiß. Deshalb würde ich Sie bitten, das würde der Transparenz auch für die Öffentlichkeit auf dieser Homepage sehr helfen, wenn Sie uns die alle einmal vorlegen würden. Dann wäre es wohl einfacher zu klären, was dort wie besprochen wurde.

Frau Ministerpräsidentin, Sie dürfen mir das jetzt nicht übelnehmen, aber Sie sind Juristin. Sie haben jetzt schön ausgeführt, Sie hätten sich explizit bei der EU-Kommission eingeklinkt, einen Brief geschrieben. Das ist lobenswert. Das haben Ihre Vorgänger nicht gemacht. Sie haben sich umfängliche Informationen geben lassen. Ich habe mir das mitgeschrieben. Sie hatten auch den Herrn Traupel von Anfang bis zum Ende daran beteiligt, nicht nur während des EU-Verfahrens, sondern in CC auch ansonsten. Die Mailverkehre sind uns vorgelegt worden, zumindest Teile.

Frau Ministerpräsidentin, wir hier sind nicht in der Bringschuld, jetzt als Staatsanwälte festzustellen, wann Sie wo mit wem wie geredet haben, sondern Sie müssen uns erklären, nach alledem, was Sie bisher erklärt haben – und Sie sind Juristin, da wissen wir, wie das geht –, was eigentlich war.

Jetzt kommt die Situation Ende Juni. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie den bösen Begriff, dass die Presse Sie immer falsch versteht, hier auch nutzen, das wird auch gar nicht gehen. Sie haben nämlich in einem eigenen Interview beim SWR, nachdem Sie selbst einmal die Hinterhofbilder aus Shanghai gesehen haben, Folgendes gesagt – das zitiere ich, dann kommt meine Frage dazu –:

Das Unternehmen, das gestern gezeigt worden ist, hat mit dem Verkaufsprozess gar nichts zu tun, und auch nichts mit dem Unternehmen zu tun, das unser Käufer ist. KPMG war vor Ort, KPMG hat auch die Überprüfungen übernommen. Es gab für uns keinen Anlass, daran zu zweifeln.

Es gibt allerdings jetzt einen Anlass, Fragen zu klären, weil wir tatsächlich im Zusammenhang mit dem Geldtransfer eine Situation haben, die nicht so verabredet war. Zuvor – Ende Juni, sehr früh, 10. Juni Stichtag – bis zum Vertragsabschluss hat es diese Zweifel nicht gegeben.

Frau Ministerpräsidentin, auf welcher konkreten Grundlage sind Sie denn selbst für sich, als Sie das gesagt haben, zu dieser Bewertung gekommen? Ich würde in diesem Zusammenhang von Ihnen auch gerne noch etwas wissen. Als das Finanzministerium Zweifel hatte, hat das Innenministerium mitgeteilt, dass der Verfassungsschutz mit involviert worden ist. Die Frage, ob er der Richtige wäre, ist jetzt einmal sekundär. Aber der Verfassungsschutz war zunächst nur für die Durchleuchtung der ursprünglichen Gesellschafter und möglichen Käufer angesetzt.

Haben Sie sich denn einmal darum gekümmert, ob der Verfassungsschutz auch den dann neu in die Gesellschaft eintretenden Gesellschafter überprüft hat? Inwiefern sind dort auch Überprüfungen aus Ihrer Sicht erfolgt? Haben Sie die erfragt, ob Geldwäscheprobleme entstehen können, wenn ein neuer einsteigt, weil sie den genauso durchleuchten müssen wie die alten?

Nach meiner Meinung war der Verfassungsschutz nicht beteiligt. Ich möchte von Ihnen wissen, inwiefern Sie das alles gewusst haben, wenn Sie so eine Aussage beim SWR treffen konnten.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Herr Baldauf. Ich gebe dann der Landesregierung zur Beantwortung der Fragen der Kolleginnen Beilstein und Dr. Köbberling und von Herrn Baldauf das Wort. Bitte schön, Frau Ministerpräsidentin.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich gehe erst einmal auf Frau Beilstein ein. Sie zitieren mich zu Recht aus dem Oktober 2014. Nach wie vor ist das für mich auch Maßstab meines Handelns.

Wir haben viele Dinge, die der Rechnungshof damals angemerkt und beklagt hat, in diesem Verfahren natürlich anders gemacht. Ich nenne beispielsweise das Stichwort Markterkundungsverfahren. Wir haben auch regelmäßig den Rechnungshof informiert. Wir haben die Dinge, die angemahnt worden sind, wirklich auch aufgegriffen.

Die Frage war, dass ich gesagt habe, solche Fehler wird es nicht mehr geben, genau. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal sehr deutlich sagen: Die Fehler, die am Nürburgring aufgetreten sind – ich möchte das hier auch noch einmal einordnen –, waren andere Dinge. Wir haben nicht ein paar 100 Millionen Euro wie am Nürburgring investiert. Darum ging es in dem Bericht, dass man bestimmte Dinge tut, von denen man am Ende gar nicht mehr genau weiß, wofür die Investitionen der Steuerzahler in solchen Dimensionen getätigt worden sind. Das ist am Hahn nicht erfolgt.

Am Hahn sind vielmehr Betriebsbeihilfen, Investitionsbeihilfen und Sicherheitskosten bezahlt worden. Sie waren immer bezogen auf den Betrieb des Flughafens. Es sind damit Arbeitsplätze gesichert worden.

Auch das Thema Umschuldung ist erfolgt, damit der Hahn überhaupt eine Möglichkeit hat, tatsächlich den Betrieb zu fahren. Das war die Motivation der Landesregierung. Das haben wir auch entsprechend durch das Parlament gebracht, gegen Ihre Stimmen. Das sage ich auch noch einmal deutlich.

Deshalb kann man es nicht vergleichen. Wenn heute dieser erste Verkauf nicht funktioniert hat, dann sind wir jetzt wieder im Veräußerungsverfahren. Ich sage auch hier sehr deutlich, es wird sich in dem Verfahren erweisen müssen: Gibt es für das Geschäftsmodell Hahn ein Marktmodell, oder gibt es das nicht? Damit haben wir umzugehen. Es ist nicht die Landesregierung, sondern es ist die Frage: Gibt es einen privaten Investor, der diesen Hahn für die Zukunft betreibt?

Ich habe in meinem Eingangsstatement schon etwas zu der Frage gesagt, warum wir das Gesetz eingebracht haben, obwohl wir wussten – wir wussten es –, dass der Käufer vier Tage säumig ist. Das bezog sich im Übrigen – das möchte ich auch noch einmal klarstellen – nicht auf den Verkauf des Hahns, sondern diese Säumigkeit des Käufers hat sich ausschließlich auf das Thema Housing bezogen. Ich habe Ihnen beim Eingangsstatement deutlich gemacht, dass wir davon ausgegangen sind und deshalb auch diese Entscheidung getroffen haben, weil wir geglaubt haben, dass die Zusicherung von Greenfort und anderen zutrifft, dass dieses Geld unterwegs sei, dass wir davon ausgehen können. Ansonsten hätten wir das Gesetz nicht eingebracht, das sage ich auch noch einmal klar. Dann hätten wir auch diese ganzen Debatten nicht.

Im Nachhinein ist man schlauer. Ausgelöst hat letztendlich die große öffentliche Debatte, dass wir das Gesetz eingebracht haben, obwohl wir uns eigentlich vorgenommen hatten, dass wir nicht einbringen, bevor sichergestellt ist, dass das Geld auch läuft.

Wir haben das getan, weil wir davon ausgegangen sind, dass wir auf der sicheren Seite sind. Wir haben das fehl eingeschätzt. Das kann man heute schon sagen. Daraus resultiert jetzt auch die ganze Diskussion.

Aber nochmals: Es ist klar, wir haben damals gesagt, wir gehen kein Risiko ein. Wir haben einen politischen Schaden. Aber wir haben gesagt, wir gehen kein Risiko ein für das Land. Das sind wir auch nicht. Das Land hat keinen Vermögensschaden davongetragen.

Wir haben letztendlich schlicht und ergreifend der Zusicherung geglaubt, dass das Geld fließen wird oder auch schon angewiesen ist.

Ich möchte gerne auf Herrn Baldauf eingehen. Ich glaube, das andere machen dann die Kollegen. Aber auch nur an dieser Stelle: Die Veröffentlichung im Rahmen des Transparenzgesetzes, auch was die

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ministerratsvorlage betrifft, ist ausgiebig diskutiert worden, meines Wissens bei der Gesetzesbehandlung. Was wird in Zukunft auf der Transparenzplattform sein oder nicht? Es gab viele umfangreiche Debatten dazu. Genau an diese Vereinbarung, nämlich wenn es um die Willensbildung der Landesregierung geht, halten wir uns auch, dass nämlich nicht die Vorlage an sich veröffentlicht ist, sondern dass wir dann die Beschlüsse entsprechend erläutern.

(Herr Abg. Haller: Genau!)

Diese Erläuterungen sind auch entsprechend auf der Transparenzplattform zu sehen.

Ihre andere Frage, die Sie noch einmal angesprochen haben, mit dem Verfassungsschutz wird Roger Lewentz beantworten. Ich betone noch einmal – ich glaube, ich habe es jetzt schon zimal gesagt –, dass ich mich bezogen habe auf die Kriterien, die im Geschäftsgebaren absolut üblich sind, nämlich das Thema Registerauskunft, Legal Opinion, natürlich auch die Bankbestätigung, die IDD und auch die Absichtserklärung von Yangtze River. Ich sage noch einmal, das ist die Grundlage, auf der wir die Entscheidung getroffen haben. Heute im Rückblick muss man sagen, das ist offensichtlich nicht ausreichend genug gewesen, damit KPMG und das Innenministerium erkannt haben, dass der Verkäufer uns betrügt. Aber das war damals die Grundlage, auf der wir gehandelt haben.

(Frau Abg. Klöckner: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Wir arbeiten das erst einmal ab. Dann verstehe ich Ihre Bedenken, dass Ihre Frage nicht beantwortet ist. Wir gehen das jetzt aber erst einmal durch. Vielleicht kommt das in den weiteren Wortmeldungen noch entsprechend vor. Herr Minister Lewentz.

Herr Staatsminister Lewentz: Das Thema Geldwäsche wurde natürlich diskutiert. Da der Geldfluss leider nicht erfolgte, ist das, glaube ich, obsolet. Aber natürlich wurde das diskutiert.

Auch nach dem Gesellschafterwechsel der Käufer wurde die Verfassungsschutzbehörde am 27. Mai gebeten, erneut die Überprüfung der neuen potenziellen Käufer in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Also wurde dem Verfassungsschutz auch die neue veränderte Situation vorgelegt.

Erkenntnisse, die den Verdacht nach einer Wirtschaftsspionage und den damit zusammenhängenden Erkenntnissen, die denkbar wären, erhärtet hätten, lagen nicht vor.

(Zuruf von der CDU)

– Am 27. Mai ist gebeten worden.

(Herr Abg. Brandl: Es lautet: Zum 30. Mai!)

– Das muss ich nachschauen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Das wird insoweit nachgeliefert. Wenn ich es richtig sehe, ist die Frage von Frau Köbberling mit dem Thema Wirtschaftsdetektei noch offen. Herr Staatssekretär Stich.

Herr Staatssekretär Stich: Wenn ich das richtig notiert habe, sind noch zwei Punkte offen. Einmal war die Frage, wie es aussieht mit der Bankbürgschaft. Das Zweite ist eben die Frage der Wirtschaftsdetektei.

Zu der Bankbürgschaft muss man sagen, dass wir nach den Verfahrensbedingungen, die seit Beginn des Bieterprozesses galten, auf eine Bankbürgschaft keinen Anspruch hatten. Da wurde festgelegt, welche Liquiditätsnachweise seitens der Bieter vorzulegen sind. Das waren die Verfahrensbedingungen, die KPMG so erstellt hat, die natürlich von uns mit getragen wurden. Diese sahen eine Bankbürgschaft nicht vor. Wir hatten darauf keinen Anspruch. Sie wurde von dem Bieter auch nicht angeboten.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Es war vielmehr so, dass von unserer Seite, vonseiten des Landes, einmal nachgefragt wird, ob eine Bankbürgschaft nicht auch noch eine Option wäre. Das ist da diskutiert worden. Aber es gab noch einmal den Hinweis, dass wir auf so eine Bankbürgschaft kein Anspruch haben. Deswegen wurde auch davon Abstand genommen.

Was die Frage der Wirtschaftsdetektei angeht, ist es so, dass man noch einmal sehen muss, um das Ganze zu verstehen, dass KPMG eine umfassende Überprüfung angeboten hat. Herr Minister Lewentz hat das eben schon einmal näher ausgeführt.

KPMG hat eben gerade auch im Rahmen des Angebots darauf hingewiesen, dass sie sagen, auch in diesen Fällen, selbst bei strafrechtlich relevantem Verhalten, scheint der Nutzen einer sogenannten Integrity Due Diligence darin zu liegen, dass nachweislich alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nach bestem Wissen und Gewissen ausgeschöpft wurden, um negative Entwicklungen im Rahmen des Transaktionsprozesses auszuschließen. So ist uns genau diese Überprüfung auch angekündigt worden. So haben wir diese Überprüfung auch zugeschlagen.

Ich darf jetzt einmal den entsprechenden Passus aus der Ministerratsvorlage verlesen. Es ist ein bisschen klein bei mir zu sehen, aber ich probiere, mein Bestes zu geben:

Der Käuferhintergrund wurde im Rahmen des Verkaufsprozesses einer Sorgfaltsprüfung mittels einer sogenannten Company Due Diligence Questionnaire untersucht. Es wurden keine Auffälligkeiten im Zusammenhang mit der Prüfung festgestellt. Zudem liegt ein Rechtsgutachten einer renommierten chinesischen Anwaltskanzlei seitens des Käufers vor, das bestätigt, dass erstens die Gesellschaft ordnungsgemäß errichtet wurde, ordnungsgemäß besteht und berechtigt ist, den Anteilskaufvertrag zu schließen und zweitens – das wird durch 2i dargestellt – die aufgezeigte Struktur der Anteilseigner im Einklang mit dem chinesischen Recht steht und die Befähigung der handelnden Personen vollständig und ordnungsgemäß ist.

Das Ministerium der Finanzen hat Ende April angeregt, über die erfolgte Prüfung hinaus eine Wirtschaftsdetektei mit weiteren Recherchen zu beauftragen. Auch vor dem Hintergrund, dass eine Beteiligung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes keine Erkenntnisse ergab, erscheint ein weiterer relevanter Erkenntnisgewinn durch eine Wirtschaftsdetektei über die im Rahmen der genannten gesondert beauftragten Prüfung durch KPMG hinaus nicht zu erwarten.

Das zeigt noch einmal, dass es ein ganz normaler Abstimmungsprozess war, der hier auch über einen längeren Zeitraum gegangen ist, wie das bei Ministerratsvorlagen üblich ist, gerade hier zwischen dem Verkaufministerium und dem Beteiligungministerium. Auf Arbeitsebene wurden eben einfach Vorentwürfe mit entsprechenden Ergänzungen kommentiert. Das Ganze hat man dann im Endeffekt auch noch einmal ergänzt und hat dann irgendwann eine einvernehmliche Fassung gehabt, nachdem das sehr umfangreich auch zwischen den Ministerien natürlich ausgetauscht worden ist.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Wenn ich Frau Beilstein mit ihrer Reaktion richtig deute, findet sie, dass ihre Frage noch nicht richtig beantwortet ist. Wenn Sie bitte wiederholen möchten, was Sie glauben, was nicht beantwortet worden ist. Dann entscheiden wir, ob das noch offen ist. Frau Beilstein.

Frau Abg. Beilstein: Ich hatte danach gefragt, ob Sie über die wesentlichen Dinge, wie zum Beispiel diese Säumigkeit, unterrichtet waren. Sie haben gesagt: Wir wussten darüber Bescheid. – Ich gehe davon aus, das inkludiert auch Sie.

Meine weitere Frage war, warum Sie das Parlament bei der Einbringung nicht davon unterrichtet haben. Sie haben zwar gesagt, Sie waren in gutem Glauben, dass doch noch alles in Ordnung kommt, aber das beantwortet nicht meine Frage, warum Sie das Parlament nicht über diesen Fakt unterrichtet haben, damit sich die Parlamentarier auch eine eigene Meinung bilden können.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Frau Ministerpräsidentin, Sie ergänzen.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich habe das so gesagt. Natürlich, wir wussten das. Wir, natürlich auch ich, wussten das mit der Säumigkeit. Wir haben uns auch darüber unterhalten, weil das gerade ein Punkt war, warum wir uns gefragt haben, leiten wir den Gesetzentwurf zu oder leiten wir ihn nicht zu. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, der Innenminister hat das Gesetz eingebracht. Wir haben es damals nicht für richtig gehalten, es da schon deutlich zu machen, weil wir zum damaligen Zeitpunkt von einer anderen Situation ausgegangen sind, nämlich von der Situation, dass wir ein gutes Vertragsverhältnis haben und dass wir seriös miteinander zusammenarbeiten und dass deshalb die Säumigkeit an dem Punkt noch keine Rolle spielt.

Für uns war zum damaligen Zeitpunkt nicht erkennbar, dass sich das nach hinten ganz anders auflöst. Deshalb war tatsächlich mit dem Käufer, der jetzt so viele Monate verhandelt hatte und viel Geld in die Hand genommen hatte – das haben wir damals so entschieden –, die Situation so, dass wir davon ausgegangen sind, dass sich das mit der Housing und mit der Bezahlung auflöst, zumal der Vertragspartner unbedingt die Housing erwerben wollte und deutlich gemacht hat, dass er dieses Geld sehr schnell überweisen würde. Das war der Grund, nicht mehr und nicht weniger.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank, Frau Ministerpräsidentin.

Wir fahren jetzt mit den Wortmeldungen vor. Ich lese sie noch einmal vor: Schweitzer, Schreiner und Becker. Danach kommen Herr Wink, Herr Noss und Herr Junge. Dann kommen Herr Köbler, Herr Bollinger und Herr Schnieder, dann noch einmal Frau Klöckner, Frau Wieland und Herr Haller, dann Herr Alt, Herr Baldauf und Herr Brandl. Insoweit haben wir noch einiges vor uns. Ich erteile Herrn Kollegen Schweitzer das Wort.

Herr Abg. Schweitzer: Herr Vorsitzender, vielen Dank.

Ich möchte gerne an eine Frage anschließen, die Herr Kollege Dr. Weiland gestellt hat. Sie bezog sich auf das Treffen am 19. Mai, den Verlauf des Treffens, die Ergebnisse dieses Treffens und die Beschreibung der Ergebnisse dieses Treffens in dem jetzt öffentlich gewordenen KPMG-Schreiben.

Er hat über einen Zwischenruf, wie ich finde, völlig zu Recht, festgestellt, dass die Aussage von KPMG in einem offenen Widerspruch steht zu dem, was die Regierung nicht nur heute, aber eben auch heute ausgeführt hat.

Ich stelle in diesem Zusammenhang die Frage, ob es vielleicht für das Rund hier und die Öffentlichkeit erleuchtend sein könnte, wenn durch die Landesregierung geschildert wird, wie ein Treffen auch in Anwesenheit von KPMG und Vertretern der Landesregierung am 23. Mai verlaufen ist, und ob die Frage, die am 19. Mai eine Rolle gespielt hat, auch am 23. Mai eine Rolle gespielt hat.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben auf dieses Treffen am 23. Mai in einer Nebenbemerkung hingewiesen. Mich würde interessieren, ob sich die Landesregierung dazu noch näher äußern könnte.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Schweitzer. Herr Kollege Schreiner, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Schreiner: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerpräsidentin, ich habe zwei Fragen, die sich auf Aussagen beziehen, die Sie gegenüber dem Parlament gemacht haben. Sie haben uns zum einen in Ihrer Regierungserklärung am 1. Juni 2016 erklärt: „Marktkennntnis, Geschäftsmodell und Branchenvernetzung des Investors sollen Vorteile insbesondere bei der Verkehrsentwicklung mit sich bringen. Die vom Bieter im Verfahren vorgelegten Planungen weisen in diese Richtung.“

Es geht jetzt nicht um Legal Opinion. Es geht nicht um Registerauszüge. Es geht um Marktkennntnis, Geschäftsmodell und Branchenvernetzung. Sie haben am 1. Juni 2016 in Ihrer Regierungserklärung erklärt, dass dies gut wäre für den Hahn.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Vor diesem Hintergrund interessiert mich, ob Sie eigentlich den Businessplan der SYT gelesen haben, oder, anders gefragt, aufgrund welcher Erkenntnisse Sie sich gegenüber dem Parlament damals so weit festgelegt haben.

Vier Wochen später – ein zweites Zitat, mit dem ich Sie gerne noch einmal hinterfragen möchte – legen Sie sich gegenüber dem Parlament wiederum sehr weit fest, Frau Ministerpräsidentin. In der Sondersitzung des Landtages am 7. Juli erklären Sie: „Heute ist klar (...), dass der zum Zuge kommende Bieter wohl kriminelle Absichten hatte und die Beratungsfirma und die Verantwortlichen im Innenministerium getäuscht worden sind.“

Einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Koblenz konnten wir allerdings dann entnehmen, dass die Strafanzeige des Innenstaatssekretärs – er war früher auch einmal Richter – nicht genügend Informationen enthalten hat, um ein Ermittlungsverfahren gegen den chinesischen Geschäftspartner zu eröffnen. Deshalb lautet meine Frage zu dieser zweiten, sehr weitgehenden Festlegung von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, gegenüber uns, dem Parlament: Aufgrund welcher konkreten Erkenntnisse sind Sie eigentlich so sicher, Opfer eines Betrugs geworden zu sein?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Schreiner. Frau Kollegin Becker.

Frau Abg. Becker: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Staatssekretär Stich hat sich heute im Laufe seiner Ausführungen zu der Frage der Integritätsprüfung geäußert. Dazu hätte ich eine Nachfrage aus unserer Sicht: Welche Möglichkeiten der Integritätsprüfung wurden nach der Veränderung der Gesellschafterstruktur bei SYT vonseiten der KPMG vorgeschlagen?

Daraus resultierend lautet die zweite Frage: Nach welchen Kriterien hat sich die Landesregierung dann für die gewählte Form der Integritätsprüfung entschieden?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Becker. Von der Landesregierung hat zur Beantwortung Frau Staatssekretärin Schmitt das Wort.

Frau Staatssekretärin Schmitt: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auf die Frage von Herrn Schweitzer eingehen. Zunächst noch einmal zur zeitlichen Schiene im Rahmen unserer Beteiligung: Wir haben am 18. Mai die Regierungsverantwortung übernommen. Zu diesem Zeitpunkt waren wesentliche Verhandlungen über die Auswahl der Bieter und die Ausgestaltung des Kaufvertrages nahezu abgeschlossen, dies im Verantwortungsbereich des Innenministeriums.

Am Vormittag des 23. Mai tagte erstmals die Staatssekretärskonferenz. In dieser Konferenz habe ich diverse Nachfragen zur Ministerratsvorlage gestellt, insbesondere aufgrund meines beruflichen Hintergrunds, zur vorgesehenen Abwicklung und zur Absicherung der Kaufpreiszahlung.

Herr Kollege Staatssekretär Stich informierte, dass die Kaufpreiszahlung auf ein Notaranderkonto vorgesehen sei und somit eine Bürgschaft nicht erforderlich ist. Das Notaranderkonto ist in dieser Form die noch höhere Absicherung. Von daher war das eine plausible Antwort.

Im Rahmen dieser Fragestellungen bot Herr Stich an, ein Treffen mit den verantwortlichen Vertretern der KPMG kurzfristig zu arrangieren. Dieses Gespräch fand dann am Abend des 23. Mai als Informationsgespräch gerade für Vertreter unseres Hauses statt, um noch entsprechende Informationen zu liefern. Es nahmen jedoch auch Kollegen aus dem Finanzministerium, dem Justizministerium und von der Arbeitsebene teil.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Die Fragen von Kollegen Schreiner und Frau Becker wären dann noch offen. Frau Ministerpräsidentin.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich beantworte die Frage von Herrn Schreiner. Vielleicht noch einmal vorab: Ich glaube, ich habe es deutlich gesagt, dass ich als Ministerpräsidentin nicht im operativen

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Geschäft war. Das heißt, Verhandlungsunterlagen waren mir nicht zugänglich. Der Businessplan lag mir nicht vor.

Allerdings füge ich hinzu, dass die umfangreiche Ministerratsvorlage, mit der sich das Kabinett dann beschäftigt hat, mindestens fünf oder sechs Seiten – ich kann es nicht mehr genau beziffern – über die Kernelemente des Businessplanes enthalten hat. Auf dieser Grundlage haben wir miteinander über die Vorstellungen des Investors diskutiert. Die Frage, die oft im Raum bzw. in der Zeitung stand und im letzten Parlament eine Rolle gespielt hat, dass dort eine Erweiterung der Fracht in Dimensionen, die aus Sicht der CDU vollkommen unglaubwürdig waren, angedacht worden ist: Auch diese Frage haben wir diskutiert.

Wir wissen, dass es am Hahn schon einmal fast 300.000 t Fracht gegeben hat. Für uns war dieser Plan zwar sehr ambitioniert, auf viele Jahre hin zu entwickeln, aber der Plan hat wohl auch auf der Vision – oder, besser gesagt, der Absicht – basiert, dass man neben Yangtze River auch andere Frachtunternehmen an den Hahn bringt.

Insofern entsprach das, was ich dann im Plenum geäußert habe, dem, was wir im Ministerrat besprochen haben, und natürlich auch dem Wissen, was im Kabinett da war, dieser Businessplan. Alles andere ist im Moment gar nicht das Problem. Das Problem ist, dass der Käufer nicht bezahlt hat. Ich sage das jetzt noch einmal ganz deutlich.

(Zuruf des Herrn Abg. Schreiner)

Ich frage auch noch einmal sehr klar: Worüber spricht man eigentlich wann, zu welchem Zeitpunkt?

Der Kauf ist gescheitert, weil der Käufer – kommen wir zur nächsten Frage – nicht ehrlich mit uns umgegangen ist, und nicht, weil ein mögliches Konzept nicht aufgegangen ist oder Ähnliches.

Es war klar für uns – ich habe diese Äußerung gemacht –, dass KPMG und das Innenministerium getäuscht worden sind. Das war deshalb klar, weil Herr Staatssekretär Stich in China gewesen war und sich selbst dann bei der Bank vergewissert hat. Dort hat er sofort die Auskunft bekommen, dass der Beleg eine Täuschung, eine Fälschung ist.

Darüber hinaus – das kann vielleicht Herr Stich oder Herr Lewentz dann noch einmal sagen – ist auch das Auswärtige Amt mit einbezogen worden. Auch dort gab es danach den Hinweis oder die mündliche bzw. schriftliche Bestätigung, dass es sich um eine Täuschung handelt. Deshalb konnten wir ab dem Zeitpunkt, als sich dieser Verdacht verstärkt hat, eigentlich ziemlich sicher davon ausgehen, dass es sich um eine Täuschung handelt.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Herr Stich noch zur Ergänzung, auch zum Thema der Integritätsprüfung.

Herr Staatssekretär Stich: Frau Abgeordnete Becker, zu den Kriterien der Integritätsprüfung: Es war so, dass die Firma KPMG die Integritätsprüfung selbst angeregt hat. Vor dem Hintergrund der Käuferstruktur, die weitgehend unbekannt ist, hat man gesagt, da muss man jetzt natürlich zusätzliche Kriterien einführen. Die hat dann sehr dezidiert in einer E-Mail vom August, die meines Wissens auch veröffentlicht ist, vorgeschlagen, was als weitere Prüfung angesetzt werden soll. In der E-Mail wurde sehr dezidiert beschrieben, welche Kriterien in welchem Umfang geprüft werden sollen. Das ist schon eine erweiterte Stufe der Integritätsprüfung. Genau so, wie KPMG das angeboten hatte, mit allen Kriterien, wurde das dann so durch die Fachabteilung des Innenministeriums beauftragt.

Das heißt, wir haben uns da umfänglich dem Vorschlag von KPMG in allen Nuancen angeschlossen und das so beauftragt, uneingeschränkt, wie uns das Ganze angeboten worden ist.

Zur Frage, was dann nach dem Gesellschafterwechsel stattgefunden hat: Die Kriterien – das hatte ich vorhin in meinem Eingangsstatement schon gesagt – galten uneingeschränkt fort. Das heißt, das, was

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

von vornherein in diesem Auftrag vom August festgelegt worden ist, galt dann auch für die neue Gesellschafterstruktur. Das heißt, die Integrity Due Diligence mit den Kriterien wurde dann auch für diese neuen Gesellschafter so durchgeführt. Deswegen – das haben wir auch immer gesagt – wurden im Verfahren keinerlei Abstriche gemacht. Das war selbstverständlich, dass man dieses Niveau natürlich nicht verlassen würde.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Herr Lewentz, noch eine Ergänzung?

Herr Staatsminister Lewentz: Zu der Frage, wie die Qualität der Banknachweise war: Herr Staatssekretär Stich hat es selbst gesagt, er ist zu der Bank hingegangen, und man hat dort schon bei Inaugenscheinnahme ihm gegenüber gesagt, die sind nicht richtig. Wir haben mittlerweile schriftlich vom Auswärtigen Amt mitgeteilt bekommen, dass auch den deutschen Dienststellen – dem Generalkonsulat, glaube ich – gegenüber von den Banken gesagt wurde, die Unterlagen sind falsch.

Es ist doch eindeutig, wenn man zweimal gesagt bekommt, die Unterlagen sind falsch, kann es sich entweder um ein Versehen handeln – das glaube ich nicht – oder um Betrug.

Zu den Fragen am 23. Mai, Frau Kollegin Schmitt ist darauf eingegangen: Ich weiß von Herrn Dr. Wis-sing, dass er gegenüber KPMG ausdrücklich noch einmal nachgefragt hat – liebe Frau Kollegin Schmitt, vielleicht können Sie das noch einmal bestätigen – und KPMG gesagt hat, es liegt überhaupt nichts vor.

Frau Staatssekretärin Schmitt: Herr Vorsitzender, ich möchte gerne noch einmal ergänzen: Die am 23. Mai aufgeworfenen Fragen wurden seitens der KPMG als absolut unproblematisch dargestellt. Es wurden keinerlei Warnhinweise gegeben, auch nicht andeutungsweise.

(Herr Abg. Schweitzer: Das ist ja interessant!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Schweitzer, eine Verständnisfrage dazu? – Wenn Sie gestatten, würden wir die Verständnisfrage zulassen. Herr Schweitzer.

Herr Abg. Schweitzer: Wenn Sie „Verständnis“ auch auf die Frage, ob ich es richtig verstanden habe, beziehen, möchte ich gerne eine Verständnisfrage stellen: Habe ich richtig verstanden, dass in dem Schreiben von KPMG über den Verlauf der Sitzung und des Treffens am 19. Mai ein Eindruck entstand und es am 23. Mai – wenige Tage später – eine Zusammenkunft im Wirtschaftsministerium mit Vertretern der Landesregierung – also weiteren Vertretern der Landesregierung – gab, die Frage der Seriosität und womöglich auch der Unterbrechung von Verkaufsverhandlungen eine Rolle gespielt hat und KPMG sich so geäußert hat, wie Sie, Frau Staatssekretärin, es eben dargestellt haben, nämlich mit dem Hinweis, das ist alles in Ordnung?

(Herr Abg. Baldauf: Da gibt es das Schreiben vom 26.!)

Frau Staatssekretärin Schmitt: Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Schweitzer möchte ich anfügen, dass es keinerlei geäußerte Bedenken gab. Der Bereich einer Vertragsaussetzung der Verhandlung war keinerlei Thema.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Damit sind wir am Ende dieser Fragerunde angekommen. Wir gehen dann in die nächste Runde: Herr Wink, Herr Noss und Herr Junge. Herr Wink, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Wink: Danke, Herr Vorsitzender. Ich würde meinen Punkt zurückziehen. Ich hatte dieselbe Frage wie Herr Schweizer. Frau Staatssekretärin Schmitt hat das schon ausführlich beantwortet.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Danke schön. Herr Kollege Noss.

Herr Abg. Noss: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte eines vorweg sagen: Was wir heute hier anstellen, ist eine retrospektive Betrachtung von Dingen, die schon eine Zeit lang zurückliegen, und dies

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

natürlich beseelt von Erkenntnissen, die wir zwischenzeitlich gewonnen haben, die zum damaligen Zeitpunkt allerdings in keinsten Weise so absehbar waren. Von daher gesehen ist einiges von dem, was heute diskutiert wird, einfach in dieser Form nicht richtig.

Ich möchte zunächst Folgendes fragen. Wichtig für mich und wohl für alle ist die Sitzung vom 19. Mai gewesen, in der doch maßgeblich Dinge diskutiert wurden, insbesondere bedingt durch den – – –

Herr Vorsitzender Abg. Hüttner: Etwas lauter bitte.

Herr Abg. Noss: Ach so, Entschuldigung. Insbesondere durch den Wechsel in der Gesellschafterstruktur. Wann gab es von der KPMG den Hinweis, dass diese Struktur ebenfalls so ist, dass man mit ihr ein Geschäft abschließen kann? Das war die erste Frage.

Zweitens, war zum damaligen Zeitpunkt zu irgendeinem Termin ein Zeitdruck dadurch entstanden, dass innerhalb der nächsten drei oder vier Wochen die Insolvenz des Hahns drohte, weil keine Liquidität mehr vorhanden wäre und das halt diese Dinge bringen müsste?

Eine weitere Frage: Herr Brandl stellte vorhin in den Raum – bewusst oder unbewusst –, dass es nicht in Ordnung ist, wenn zu diesem Punkt im Ministerrat diskutiert worden wäre. Er fragte nach Diskussionen. Meine Frage lautet: Ist es üblich, im Ministerrat über Dinge zu diskutieren? Ist dies nicht der Fall, wäre es von besonderer Bedeutung, wenn über diesen Fall diskutiert worden wäre.

Drittens, Frau Beilstein hat ebenfalls zum wiederholten Mal seitens der Opposition den Versuch unternommen, eine Parallelität zwischen Nürburgring und Hahn darzustellen. Die Frage lautet: Bestand zu irgendeinem Zeitpunkt die Gefahr, dass Gelder des Landes beim bisherigen Vorgehen in Gefahr geraten?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Noss. Herr Kollege Junge.

Herr Abg. Junge: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Einige Fragen, die ich mir notiert hatte, sind bereits beantwortet, allerdings, so glaube ich, etwas oberflächlich.

Im Schreiben der KPMG – und wir reden immer nur über dieses Schreiben – wurde gesagt: „Ebenfalls aufgrund dieser von der Landesregierung selbst gesetzten zeitlichen Restriktionen verzichtet das Land in der Folge aus eigenem Antrieb bewusst auf eine Bankbürgschaft (...)“

Herr Staatssekretär Stich hat von der Bankbürgschaft bereits gesprochen. Er sprach davon, dass man keinen Anspruch darauf habe. Das hätte ich gerne erklärt, wieso man keinen Anspruch auf eine Bankbürgschaft hat.

Die Frage ist also: Ist die Aussage von KPMG korrekt, dass und warum die Landesregierung aus eigenem Antrieb bewusst auf eine solche Bankbürgschaft verzichtet hat, und dann natürlich auch, warum?

Ich schließe an, in dem Schreiben der KPMG heißt es weiter: „Herr Staatssekretär Stich informierte Sie, Frau Ministerpräsidentin, auskunftsgemäß am Vormittag des 24. Mai 2016 im Rahmen eines längeren persönlichen Gesprächs ausführlich über diesen Sachstand“ – gemeint ist die Empfehlung zur vorübergehenden Aussetzung der Verhandlungen mit SYT – „und die neue Gesellschafterstruktur der SYT. Entsprechend der Vorgabe der Staatskanzlei legte das MdI noch am selben Tag den 31. Mai 2016 als Beurkundungstermin fest, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch eine Reihe von Dokumenten fehlten“, aus Sicht der KPMG.

Die Frage ist also aus unserer Sicht: Warum wurde der Empfehlung, Verhandlungen auszusetzen, bis Unklarheiten beseitigt werden, nicht Folge geleistet? Warum wurde trotz fehlender Dokumente ein überhasteter Beurkundungstermin festgelegt, obwohl auf Bankbürgschaft angeblich kein Anspruch bestand,

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

die Empfehlung von Beauftragung einer Wirtschaftsdetektei ausgeschlagen wurde und bei Beurkundungstermin wichtige Dokumente fehlten?

Ich glaube, das ist die Kernfrage, warum es so schnell und überhastet gemacht und durch das Parlament gepeitscht wurde, obwohl Sicherungsmaßnahmen möglich gewesen wären, sie aber nicht eingefordert worden sind. Diese Frage hätte ich gerne beantwortet.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, glaube ich, wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem die Fragen anfangen, sich zu wiederholen.

(Frau Abg. Klöckner: Nee, nee, nee!)

– An dem die Fragen anfangen, sich zu wiederholen, nicht, dass es keine anderen mehr gibt.

Ich habe für mich sehr wohl sehr deutlich vernommen, dass zu Beginn der Äußerungen gesagt worden ist, es gab keinen Zeitdruck im Zusammenhang mit der Liquiditätssicherung, also im Sinne von Insolvenzgefahr. Das ist sowohl eben von Herrn Noss als auch ansatzweise jetzt von Herrn Junge angesprochen worden.

Ich bitte deswegen die Kollegen wirklich, neue Fragen stellen oder gegebenenfalls tiefer gehende, wenn sie nicht beantwortet sind.

(Herr Abg. Junge: Wir verdichten es!)

Doppelte Fragen brauchen wir nicht zu stellen, weil sie bereits beantwortet sind.

Ich denke, die Landesregierung hat die Fragen notiert. Ich übergebe das Wort jetzt an die Landesregierung.

Herr Dr. Weiland, Sie haben sich noch einmal zu Wort gemeldet, glaube ich.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Nein, ich habe mich nicht zu Wort gemeldet!)

Herr Minister Lewentz.

(Zuruf des Herrn Abg. Dr. Weiland)

Herr Staatsminister Lewentz: Täglich, Herr Kollege Weiland, täglich.

(Zurufe aus dem Hause)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Minister Lewentz hat das Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Staatsminister Lewentz: Herr Kollege Noss, zum 19. Mai selbst hat Staatssekretär Stich umfangreich ausgeführt, wie dieser Tag verlaufen ist. Es ist auch geschildert worden, welche Unterlagen dann noch erbeten oder angefordert wurden. Sie lagen bis zum 30. Mai dann auch alle vor. Ich muss sie nicht noch einmal wiederholen. Sie sind alle genannt worden.

Es ist als Notartermin der 31. Mai vereinbart worden. Hätten die Unterlagen nicht vorgelegen, wäre er wieder abgesagt worden. Da aber zum Notartermin auch die Vertragspartner und auch die aus China anreisen mussten, ist es richtig und wichtig, dass Termine vereinbart werden, um ein Visum einzuholen und einen Flug zu buchen. Deswegen ist der 31. Mai vereinbart worden. Wie gesagt, hätten die Unterlagen nicht vollständig vorgelegen – und das ist uns am 30. Mai bestätigt worden –, wäre der 31. Mai abgesagt worden.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Zur Frage von Herrn Noss, ob Geld hätte fließen können oder man operativ Einfluss auf die Geschäfte am Hahn hätte nehmen können, bevor der Vertrag nicht vollständig von beiden Seiten erfüllt worden wäre, kann ich mit einem ausdrücklichen Nein beantworten. Es wäre kein Geld an SYT geflossen. Das hat der Vertrag überhaupt nicht vorgesehen.

Das Einzige an finanziellen Aspekten, die zur Verfügung gestellt worden wären, wären die Investitionsbeihilfen, die Betriebsbeihilfen und die Sicherheitskosten. Dazu habe ich im Parlament und in den Ausschüssen schon umfangreich informiert. Es gab also überhaupt keine Situation, dass dort zum Nachteil des Landes durch SYT hätte gehandelt werden können, SYT sich hätte bereichern können oder andere Dinge mehr.

Herr Junge, noch einmal: Die Bankbürgschaft war in dem angelegten Verfahren nicht vorgesehen, aber Kollegin Schmitt hat in ihrer beruflichen Erfahrung noch einmal darauf hingewiesen: Das Notaranderkonto ist die höhere Sicherheitsstufe. Das war vereinbart. Es war ein Notaranderkonto vereinbart. Das heißt, all die Dinge, die Herr Noss gefragt hat, hätten erst – – –

(Zuruf des Herrn Abg. Baldauf –
Zurufe aus dem Hause)

– Das kommt gleich in der Ausführung dazu. Ich habe das als Hinweis auf das Notaranderkonto verstanden.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Für mich ist jetzt im Augenblick noch offen, oder vielleicht war ich auch nicht aufmerksam genug – – –

Frau Ministerpräsidentin, Sie hatten sich zu Wort gemeldet.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich wollte eigentlich noch etwas zum Herrn Junge sagen. Es ist ein Missverständnis, das Herr Stich mich am 24. Mai über die Aussetzung informiert hat. Herr Stich hat mich am 24. Mai umfassend zu der Problematik der Gesellschafterveränderung, der Veränderung in der Gesellschafterstruktur, informiert.

Im Übrigen ist es natürlich vollkommen klar, dass ich nach dem 19. Mai die Information hatte, dass sich die Gesellschafterstruktur verändert und die Staatssekretäre, Herr Staatssekretär Stich und andere, schon auf den Gedanken gekommen sind, dass man am Montag die Staatssekretärsrunde und am Dienstag das Kabinett eigentlich nicht damit befassen kann.

Wenn ich mich richtig erinnere, gab es eine umfängliche Debatte am Montag in der Staatssekretärsrunde, aber nicht mit dem Ziel der Verabschiedung. Es bestand die einhellige Meinung, dass wir keine Ministerratsvorlage verabschieden, wenn nicht alle Unterlagen beigebracht sind. Dazu zählte auch – das ist der wichtige Punkt – der Liquiditätsnachweis. Das war letztendlich auch der Punkt, warum das Thema Bürgschaft, das nach unserer Erinnerung eigentlich von uns, nämlich der Staatssekretärin, eingebracht worden ist, nicht erforderlich war: weil ein Liquiditätsnachweis der Nachweis ist, ob Geld vorhanden ist oder nicht, und dann die Einzahlung auf das Notaranderkonto vor Übertragung des Eigentums eine Absicherung war, die eigentlich doppelt besser als nur eine Bürgschaft ist.

(Zurufe der Herren Abg. Baldauf und Bollinger)

Deshalb war diese Entscheidung so, wie sie getroffen worden ist.

Ein letzter Punkt noch zur Richtigstellung, der Termin, noch einmal zur Klarstellung: Es gab nie seitens der Staatskanzlei eine Terminvorgabe, ich wiederhole das, auch nicht den 31. Die Vorstellung ist absurd, dass Regierung so funktioniert, dass eine Ministerpräsidentin oder ein Chef der Staatskanzlei anderen Ressorts in deren Eigenverantwortung vorschreibt, wann welche Termine zu sein haben.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Im Übrigen fand der Termin auch nicht am 31., sondern am 2. Juni statt. Das ergänze ich jetzt einfach noch einmal.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Herr Staatssekretär Stich hat sich noch zur Ergänzung gemeldet.

Herr Staatssekretär Stich: Ich möchte darauf hinweisen, dass gerade KPMG uns noch einmal am Freitag, den 27. – das heißt, in sehr spätem Stadium –, darauf hingewiesen hat, dass dieser Kontoauszug der chinesischen Großbank entsprechend der üblichen Verfahrensvorgabe gemäß Ausschreibung als ausreichend zu erachten ist. Das heißt, da war es noch einmal ein ganz klarer Hinweis, – – –

(Herr Abg. Baldauf: Gemäß Ausschreibung mit Haftungsausschluss!
Das muss man alles dazusagen!)

– Gemäß Ausschreibung.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Stich, sind Sie fertig mit ihren Äußerungen dazu? – Dann fahren wir in der Rednerliste fort, die sich in der Zwischenzeit noch fleißig erweitert hat. Ich lese es einmal vor: Herr Köbler, Herr Bollinger und Herr Schnieder. Herr Köbler, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Köbler: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. In der Begründung der CDU-Fraktion zur heutigen Sitzung geht es vor allem um die Klärung des Vorwurfs, dass aus politischen Gründen die Landesregierung bzw. die Ministerpräsidentin selbst Zeitdruck auf den Veräußerungsprozess ausgeübt habe.

Das ist schon sehr bemerkenswert, da die CDU in der Vergangenheit den Vorwurf erhoben hat, der Verkaufsprozess wäre aus politischen Gründen verlangsamt worden.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Vor der Wahl ist er verlangsamt worden!)

Wahrscheinlich liegt die Wahrheit wie so oft in der Mitte.

Ich habe jetzt gelernt, dass die Landesregierung ausgeführt hat, dass es hier keine politischen Vorgaben seitens der Landesregierung bzw. der Ministerpräsidentin gab, es aber natürlich aus ökonomischen Gründen einen gewissen Zeitplan geben musste. Das ergibt sich aus dem Gebot – das wir in den Haushaltsgrundsätzen niedergelegt haben – des wirtschaftlichen Umgangs der Landesregierung mit Steuergeldern und natürlich in diesem Zusammenhang der Liquiditätssituation der FFHG und daraus, dass das im Haushalt zur Verfügung gestellte Gesellschafterdarlehen nur als Notreserve da war, um eine Transaktion erfolgreich abzuschließen, und es deswegen geboten ist, den Prozess so zu gestalten, dass dieses Gesellschafterdarlehen, das letztlich aus Steuergeldern besteht, die im Haushalt zur Verfügung stehen, möglichst nicht – oder wenn überhaupt, dann nur in Teilen – in Anspruch genommen werden kann.

Ich habe auch vernommen, dass bei dem Thema Hahnveräußerungsgesetz die Ministerpräsidentin noch einmal ausgeführt hat, dass man sich zum damaligen Zeitpunkt – zum Zeitpunkt der Zuleitung – auf die Zusagen der entsprechenden Kanzlei des potenziellen Käufers verlassen hat und es nach heutiger rückschauender Sicht eventuell geboten gewesen wäre, noch einen Moment zu warten. Mich würde interessieren, wie genau diese Zusage aussah und wie sie begründet war. Mich interessiert natürlich auch – wir sind immer noch mitten im Veräußerungsprozess –, wie denn der aktuelle Sachstand ist und ob die Landesregierung weitere Sicherungsmaßnahmen als Lehre aus der ersten Runde eingezogen hat und welche das sind.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Köbler. Herr Bollinger.

Herr Abg. Bollinger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, ich möchte meinen Fragen kurz voranstellen, dass eine Bankbürgschaft natürlich eine deutlich höhere Sicherheit als ein reiner Liquiditätsnachweis gibt.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Zu meinen Fragen: Erstens, wurde die deutsch-chinesische Auslandshandelskammer im Rahmen des Verkaufsverfahrens konsultiert? Wurde das Außenministerium konsultiert, bevor man den Verdacht bekommen hat, dass der Bieter betrügerisch sei? Wenn nicht, warum nicht?

Zweitens, bei mir ist der Eindruck entstanden, dass es sich bei der von der KPMG angebotenen Sonderrecherche um eine reine Desk Research gehandelt hat, ebenso bei den Untersuchungen des Verfassungsschutzes, also um Datenbankrecherchen, im Gegensatz zu Vor-Ort-Recherchen. Ist das so, und wenn ja, warum wurden keine Vor-Ort-Recherchen rechtzeitig durchgeführt, wie sie dann viel zu spät durch Herrn Stich erfolgt sind – dazu hat die RHEINPFALZ einen sehr schönen Artikel geschrieben – und wie sie eine Wirtschaftsdetektei wahrscheinlich auch durchgeführt hätte?

Danke sehr.

(Zuruf des Herrn Abg. Schweitzer)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Schnieder.

Herr Abg. Schnieder: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben sich gegenüber dem Trierischen Volksfreund – –

(Unruhe im Hause)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Akustik lässt es leider nicht zu, dass wir mit vielen Zwischenrufen agieren. Herr Schnieder hat das Wort.

Herr Abg. Schnieder: Ja, die Herren Kollegen! – Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben sich gegenüber dem Trierischen Volksfreund zur Chinareise Ihres Innenstaatssekretärs geäußert. Wörtlich sagten Sie damals, nachzulesen im Trierischen Volksfreund vom 06.07.:

Wir werden in aller Ruhe auswerten, was die Ergebnisse der Untersuchung sind, und dann besprechen, wie es weitergeht.

Inzwischen wissen wir, dass Sie bereits mit dem früheren SPD-Staatssekretär Englert über den Verkauf der Housing-Grundstücke verhandelten, während Staatssekretär Stich noch in China war. Das ist das Interview im Trierischen Volksfreund mit Herrn Staatssekretär a. D. Englert vom 08.07.

Wie passt dies zu Ihrer Aussage, man werde in aller Ruhe auswerten und besprechen? Spricht nicht auch das gerade für den enormen Zeitdruck, unter dem Sie standen?

Ich habe eine weitere Frage. Über die Kleine Anfrage des Kollegen Martin Brandl haben wir erfahren, dass die SYT Ihnen am 21. Juli mitgeteilt hat, dass man auf den Erwerb gemäß der unterzeichneten Verträge bestehe und weiter gewillt sei zu zahlen. Frau Ministerpräsidentin, inwiefern könnte der Vertrag mit der SYT wieder aufleben, wenn diese dann doch bezahlt, und wie verhält sich das dann mit Blick auf das laufende Bieterverfahren? – Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Ich übergebe nun das Wort an die Landesregierung zur Beantwortung der Fragen. Herr Minister Lewentz hat das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Herr Dr. Bollinger, der Verfassungsschutz ist ein Inlandsnachrichtendienst, der unter anderem auch für Wirtschaftsspionage zuständig ist. Der Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland ist der BND. Dementsprechend hätte der Verfassungsschutz nicht in Shanghai recherchieren können.

(Zuruf des Herrn Abg. Dr. Bollinger)

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ich habe Ihnen eben schon einmal gesagt, wir haben den Vorschlag von KPMG, also die Handlungsempfehlungen für eine weitergehende Recherche, vollumfänglich angenommen. Sie haben dabei auch auf ihren KPMG Corporate Intelligence Service verwiesen,

(Zuruf des Herrn Abg. Dr. Bollinger)

und haben gesagt, was notwendig ist: umfassende Recherche zu Geschäftsgebaren, Reputation und Integrität der Gesellschaft und im Key Management Recherchen nach geschäftlichen, politischen oder kriminellen Verflechtungen, logischerweise soweit verfügbar und rechtlich zulässig. Wir sind vollumfänglich dem Vorschlag von KPMG gefolgt.

Ich möchte Ihnen noch einmal die Antwort des Hauses an Herrn Dr. Jennert vorlesen:

Haben Sie vielen Dank für Ihre E-Mail. Entsprechend Ihrer Handlungsempfehlung wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die IDD durchführen würden. Gerne erteile ich Ihnen den entsprechenden Auftrag.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Es sind noch weitere Fragen von den Kollegen offen geblieben. Herr Kollege Schnieder zum Beispiel fragte, ob der Vertrag mit der SYT wieder aufleben kann, und Herr Kollege Köbler fragte nach aktuellen Sachstandssicherungsmaßnahmen. Es antwortet nun Herr Staatssekretär Stich.

Herr Staatssekretär Stich: Ich komme zunächst zu der ersten Frage nach Greenfort. Mit Greenfort hatten wir in der Phase um den 14. herum sehr engen Kontakt, weil Greenfort, der Chef der Kanzlei, uns selbst mehrfach telefonisch angekündigt hatte, dass nach seinem Kontakt mit den Gesellschaftern und insbesondere mit dem Bevollmächtigten der Gesellschaft man alles tue, um schnellstmöglich einen Kaufpreistransfer in die Wege zu leiten. Das wurde uns in der Zeit mehrfach telefonisch mitgeteilt, und zwar von Greenfort unmittelbar, also nicht von irgendwelchen chinesischen Mitarbeitern, sondern von der deutschen Anwaltskanzlei der Gesellschaft. Das Ganze wurde uns dann dezidiert am 14. Juni auch noch einmal schriftlich bestätigt, dass die Gesellschaft alles tun werde, um sehr kurzfristig eine Kaufpreiszahlung sicherzustellen. In dem Anwaltsschreiben wurde sogar konkret ein Datum spätestens 16. Juni genannt.

Weiterhin hatten Sie noch gefragt, ob der Vertrag wieder aufleben könne. Der Vertrag ist wegen arglistiger Täuschung von mir angefochten worden. Damit ist dieser Vertrag rückwirkend vernichtet worden.

(Herr Abg. Baldauf: Aus Ihrer Sicht!)

Wir haben das im Vorfeld mit KPMG Law erörtert und haben dann auf dieser Grundlage am Freitag den Vertrag angefochten, und nach der Bestätigung, die wir jetzt neben meinem Besuch auch noch einmal durch das Auswärtige Amt erhalten haben, haben wir keinen Anlass, davon auszugehen, dass diese Anfechtung ins Leere geht.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. – Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat das Wort.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich möchte der Vollständigkeit halber ergänzend zu Herrn Stich sagen, natürlich kann man nicht mit allerletzter Gewissheit ausschließen, dass SYT das Land in Regress zu nehmen versucht; aber einer möglichen Klage von SYT würden wir sehr gelassen entgegensehen. Also, insgesamt scheint uns diese Frage auch eher hypothetischer Natur zu sein, dass SYT noch bezahlen würde oder nicht; denn sie haben sich auch nicht gegen die Anfechtung gewehrt.

Herr Schnieder hat den Trierischen Volksfreund zitiert. Natürlich hat sich die Chinareise von Herrn Stich darauf bezogen, ob es Erkenntnisse darüber gibt, ob tatsächlich ein Betrüger am Werk ist, und genau das haben wir auch getan. Als Herr Stich das letztendlich bestätigt sah, haben wir uns darüber unterhalten, wie es im Verkaufsprozess jetzt eigentlich weitergeht. Das ist die eine Seite.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Das andere ist das Thema Englert. Ich möchte nicht, dass dies im Raum stehen bleibt. Ich habe nicht mit Herrn Englert gesprochen, und Herr Professor Dr. Barbaro wird jetzt noch zu der Housing zwei oder drei Sätze sagen, wie sich das entwickelt hat. Ich persönlich habe aber nicht mit Herrn Englert gesprochen, auch wenn das ebenso gesagt worden ist, aber vielleicht auch nicht so gemeint war. Ich weiß es nicht.

Herr Staatssekretär Prof. Dr. Barbaro: Was die Frage des Zusammenhangs zwischen dem Verkauf der Anteile und der Housing angeht, möchte ich vielleicht folgende Einordnung geben: Der Verkauf der sogenannten Housing-Fläche – dazu gehört auch der Campus – wurde seitens der FFHG gestartet, also nicht des Landes und auch nicht von KPMG, und zwar zu einem Zeitpunkt, als nach meiner Erinnerung der Anteilskaufvertrag, die Ausschreibung noch gar nicht veröffentlicht war. Das war vorher eine Sache des Aufsichtsrates und war auch völlig unabhängig vom Verkaufsverfahren, über das wir dann im Weiteren reden.

Dieses Ausschreibungsverfahren wurde aber nicht beendet, obwohl es Angebote gab und auch einen Höchstbietenden gab, der einen siebenstelligen Betrag geboten hatte, und zwar aus folgendem Grund: Im Rahmen der Gespräche mit der SYT zum Thema Flughafenanteile teilte diese mit, dass sie auch gern das kaufen möchte, was sozusagen nicht Teil der Ausschreibung des Flughafenanteilsverkaufs war, sondern der Ausschreibung der FFHG war. Da dies der ausdrückliche Wunsch war, wurde der eigentliche Verkaufsprozess, nämlich der FFHG und somit auch des Aufsichtsrates, insofern gestoppt und ein Vertrag mit der SYT geschlossen zum Kauf der Housing. Aber beide Dinge haben zunächst einmal formal nichts miteinander zu tun.

Als dann der Kaufpreis für die Housing nicht gezahlt worden ist und der Vertrag entsprechend angefochten worden ist, fiel sozusagen der Verkauf der Housing wieder zurück zur FFHG, und sie konnte am 30. Juni dann ganz regulär, welches ihr Auftrag war, das Ausschreibungsverfahren auch beenden.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Zu dem anderen Vertrag.

Herr Staatssekretär Prof. Dr. Barbaro: Es mag sein, dass die Anfechtung formal später erklärt worden ist; Fakt ist, dass eine Kaufpreiszahlung – so haben wir es doch eben gehört – für die Housing am 10. Juni hätte eingehen sollen und noch bis zum 28. Juni nicht eingegangen war. Insofern war es die Aufgabe des Aufsichtsrates der FFHG, darauf zu achten, dass die Geschäftsführung dann den Vertrag abschließt, um eine Bindungsfrist, die am 30. Juni auslief, was den Kaufpreis angeht, also die Bindung des Höchstbietenden, für die Housing auch zu realisieren. Das hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit der Geschäftsführung dann auch getan.

In der Tat hat außer mir und dem Geschäftsführer niemand mit Herrn Englert gesprochen, aber in der Tat saß ich dann mit ihm auch mehrere Stunden beim Notar, und wir haben den Kaufvertrag verhandelt. Da es aber etwas anderes ist als der Anteilskaufvertrag und wir auch handeln mussten, um den Betrag zu sichern, wurde das getan. Es hat aber mit dem anderen Vorgang nichts zu tun; insofern ergibt sich auch nicht die Frage nach dem Zusammenhang. – Danke schön.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal darauf hinweisen, dass bitte keine wiederholenden Fragen gestellt werden und dass wir uns bitte am Thema der Tagesordnung bewegen. Wir sollten nicht ausufern über den gesamten Komplex; denn dafür gibt es andere Instrumentarien. Das gilt für alle Kollegen gleichermaßen. Das ist eine Bitte an Sie, und wir sollten uns daran halten.

Herr Abg. Dr. Bollinger: Ich habe die Anmerkung, dass meine drei Fragen allesamt nicht beantwortet worden sind, die ich gerade gestellt habe, ob es reine Datenbankrecherchen waren, ob die deutsch-chinesische Auslandshandelskammer und das Außenministerium rechtzeitig involviert worden sind und ob eine vor-Ort-Recherche durchgeführt worden ist, wenn nein, warum nicht.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich habe die Beantwortung der Fragen sehr wohl verstanden, dass KPMG entsprechende Datenbankrecherchen durchgeführt hat.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Abg. Dr. Bollinger: Eine reine Datenbankrecherche.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Daraus ergibt sich automatisch die Aussage, und die Einschaltung der verschiedenen Kammern ist auch von verschiedenen Kollegen in der Beantwortung bereits gesagt worden.

Herr Abg. Dr. Bollinger: Das ist nicht gesagt worden. Nein!

Herr Vors. Abg. Hüttner: Doch, sie sind beteiligt worden, verspätet, so habe ich die Antwort verstanden.

Herr Abg. Dr. Bollinger: Ja, aber ich habe nach einer rechtzeitigen Beteiligung gefragt.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich übergebe nun das Wort an Frau Kollegin Klöckner.

Herr Abg. Dr. Bollinger: Gut.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Frau Klöckner, Sie haben das Wort.

Frau Abg. Klöckner: Herzlichen Dank. – Ich möchte es noch einmal einordnen: Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, mit dem wir es zu tun haben. Es gibt eine Beratungsgesellschaft, die erheblich Geld für die Beratung bekommt. Diese Beratungsgesellschaft hat einen Brief geschrieben, einen Brandbrief an den Auftraggeber, unter anderem an die Ministerpräsidentin. In diesem Brief wird etwas klargestellt, was KPMG so nicht stehen lassen will, nämlich das, was die Ministerpräsidentin in Interviews gesagt hat, und auch Herr Staatsminister Lewentz in öffentlichen Sitzungen und Interviews.

Das heißt, KPMG war es wichtig, in einem Brief darzustellen, dass die Vorgänge andere waren. Deshalb lautet meine Frage an Sie, Frau Ministerpräsidentin: Es gibt einen Brief von KPMG, der offensichtlich nicht entkräftet werden konnte durch den Antwortbrief. Dieser Antwortbrief ist uns zugeleitet worden, und die entscheidenden Stellen sind nicht entkräftet worden.

(Herr Abg. Schweitzer: Doch, die haben wir heute entkräftet!)

Das war der Brief des Ministers. Aber meine Frage geht an die Ministerpräsidentin, ich hätte gern die Antwort von ihr gehört.

Wie beurteilen Sie denn das weitere Zusammenarbeiten mit KPMG? – Wenn heute offensichtlich wird, dass KPMG einer anderen Meinung ist – in der Landesregierung spricht man dieser Tage immer von unterschiedlichen Wahrnehmungen –, wie kann man mit einem Beratungsunternehmen,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dessen Rat man schätzt und es sich deshalb auch etwas kosten lässt, noch vertrauensvoll zusammenarbeiten, wenn in den entscheidenden Beurteilungen und Wahrnehmungen man konträrer Meinung ist?

Des Weiteren möchte ich noch einmal etwas zitieren, und ich finde, dass wir unter der Überschrift „Zeitdruck“ unbedingt der Sache noch einmal detaillierter nachgehen müssen; denn aus Fehlern muss man lernen.

Die KPMG spricht in ihrem Schreiben davon, „dass ein erheblicher Verkaufs- und Zeitdruck“ geherrscht habe. – Das schreibt die KPMG sicherlich nicht einfach so.

Das Zitat geht weiter: „Diese Tatsache und die zunehmend angespannte Liquiditätssituation der Gesellschaft führten dazu, dass die Landesregierung zügig zu einem Abschluss kommen wollte und daher eigenständig extrem enge zeitliche Vorgaben gesetzt, wichtige Informationen nicht breit diskutiert und wichtige Empfehlungen und Warnhinweise ignoriert hat“, so KPMG schriftlich an Sie, Frau Ministerprä-

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

sidentin. Das ist Ihre Beratungsgesellschaft für den weiteren Verkauf. – Alles unterschiedliche Wahrnehmungen. Die Entscheidung darüber, ob und an wen die Anteile verkauft werden und ob es sich hierbei um einen geeigneten Käufer handelt, sei ausschließlich vom Land getroffen worden, so KPMG.

Aber heute wurde das alles negiert. Heute wurde von Ihnen – egal, von wem; es gibt primär diese Dreier-Aufteilung zwischen Herrn Lewentz, Frau Dreyer und Herrn Stich und noch weiteren Vertretern der Landesregierung – einhellig gesagt, die KPMG ist schuld.

(Herr Abg. Schweitzer: Nein!)

Entweder muss man sich dann von einem Beratungsunternehmen trennen, wenn das alles nicht stimmt, oder ich würde heute gern aus Ihrem Munde erfahren, dass diese Zeilen, die KPMG geschrieben hat, nicht der Wahrheit entsprechen, also damit eine Lüge oder eine unterschiedliche Wahrnehmung wären.

Ich habe eine letzte Frage dazu. Frau Ministerpräsidentin, anlässlich Ihrer Kabinettsumbildung im November 2014 machten Sie deutlich, dass ein Rücktritt bedeutet, politisch die Verantwortung zu übernehmen, und wörtlich sagten Sie damals: „Es gehört zum Wesen von Politik, dass auch abgesicherte, fundierte Entscheidungen sowie die beste Absicht nicht die politische Verantwortung nehmen. Durch die Rücktritte wird der Weg freigemacht, dass wir den Blick nach vorne richten können.“

Meine Frage an Sie lautet: Ist Ihr Blick heute versperrt, oder ist er nach vorne gerichtet? Heute sagen Sie auf die Frage, weshalb Herr Lewentz noch im Amt ist, Verantwortung zu übernehmen heißt für mich nicht, einen Minister zu entlassen. – Nun frage ich mich, welche der beiden Aussagen für Sie nun gilt bzw. unter welchen Umständen welche Aussage, die dann widersprüchlich ist, welche Bedeutung hat.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Als Nächstes erteile ich Frau Kollegin Wieland das Wort.

(Herr Abg. Schweitzer: Zwei Stunden nicht zugehört!)

Frau Abg. Wieland: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in Ihren Anfangsausführungen mehrmals das Wort „Standards“ genannt und haben gesagt, dass die Standards nicht abgeschwächt wurden im Laufe des Verfahrens. Darauf haben Sie Wert gelegt.

Die Standards gehören für mich zur Richtlinienkompetenz. Daher frage ich mich zunächst einmal: Waren die Standards mit Ihnen abgestimmt, und sind Sie heute noch der Meinung, dass es für den gesamten Prozess die richtigen Standards waren?

Ich habe eine zweite Frage. Wenn die Standards weiterhin so gültig sind, sind Sie sich sicher, dass sie auch wirklich eingehalten wurden in dem Sinne, wie sie auch KPMG vorgeschlagen hat?

Ich nenne noch einmal das Beispiel des Liquiditätsnachweises im Zusammenhang mit einem Notaranderkonto. Ein Liquiditätsnachweis ist im Prinzip ein Kontoauszug, der erst dann Sinn macht, wenn er im Zusammenhang mit dem Geldfluss auf ein Notaranderkonto steht. Es ist für mich schon eine Frage des Standards, weshalb Sie dann das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet haben, obwohl Sie doch noch aus der Situation mit dem Nürburgring wissen, was bestimmte Ausreden, bestimmte Versprechungen wert sind bzw. nicht wert sind. Das ist eine Frage des Standards.

Herr Abg. Haller: Ich hätte noch ein paar Fragen zu den Ausführungen von Herrn Staatssekretär Stich und möchte dabei noch einmal auf den 19. Mai zurückkommen, der doch ein wichtiges Datum ist. Herr Staatssekretär Stich, Sie haben es dargestellt: Die Verhandlungen waren eigentlich mehr oder weniger abgeschlossen, und um 18:00 Uhr kam plötzlich ein ziemlicher Hammer: Wir haben übrigens die Gesellschafterstruktur geändert. – Danach gab es Beratungen. Mich würde einmal interessieren, gab es von irgendeiner Seite auch die Überlegung, wir haben jetzt eigentlich Teile schon überprüft, und nun wurde dort eine Änderung vorgenommen? Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt den Gedanken, wir machen dieses große Verfahren nicht noch einmal, sondern wir setzen dort an, wo wir bereits waren?

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Weiterhin frage ich mich: Was hätte man denn tun können, rein hypothetisch, um das Verfahren zu beschleunigen, um schneller zu einem Ergebnis zu kommen? Dies interessiert mich vor allem vor dem Hintergrund, dass der Landesregierung noch vor ein paar Wochen vorgeworfen wurde, ihr verschleppt das Verfahren, und plötzlich dann lautet der Vorwurf, es wird Zeitdruck ausgeübt. – Mich würde einmal interessieren: Welche Schritte hätte man denn weglassen können, verändern können, um das Verfahren entsprechend zu beschleunigen?

Es besteht ein wesentlicher Widerspruch zwischen der Darstellung von KPMG und der Darstellung der Landesregierung. Zu dem Verfahren zur Auswahl potenzieller Käufer sagt die KPMG, wir haben der Landesregierung nie jemanden empfohlen; eigentlich hätte man das relativ frei entscheiden können.

Nun haben Sie vorhin in Ihren Ausführungen dargelegt, es gab verschiedene Gesprächsrunden, und wir waren bei den ersten Gesprächsrunden aber nie dabei, und dann hat uns die KPMG zu einem Treffen mit SYT eingeladen. – Wurden Sie denn zu anderen Runden mit anderen Bietern von KPMG nicht hinzugezogen?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Ich übergebe die Fragen zur Beantwortung an die Landesregierung. Frau Ministerpräsidentin Dreyer beginnt.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich möchte zu Beginn noch einmal deutlich machen, dass wir nicht alles negiert haben, Frau Klöckner. Ich arbeite mich an Ihren unterschiedlichen Fragen ab, zum einen zum Brandbrief und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Beratungsfirma.

Es ist richtig, ich habe mich in hohem Maße geärgert über diesen Brief, weil das, was KPMG darin schreibt, aus meiner Sicht so nicht richtig ist, und das sage ich auch ganz definitiv und klar. Ich sage umgekehrt aber auch, dass wir uns entschieden haben, das Verfahren auch weiterhin mit KPMG zu betreiben, und dies aus den unterschiedlichsten Gründen, und zwar zum einen, weil KPMG die immense Vorleistung erbracht hat – diese Vorleistung hat sie auch gut erbracht –, über den Datenraum diese ganze Kenntnis zu haben. Das bedeutet, ein neues Wirtschaftsprüfungsunternehmen hätte sich komplett neu in die Materie einfinden müssen, dies hätte viel Geld und viel Zeit gekostet, und deshalb haben wir uns entschieden, auch weiterhin mit KPMG zu arbeiten.

Das Zweite ist, es ist auch eine gewisse Verpflichtung für eine Regierung; denn wir haben auch eine Schadensminderungspflicht, wenn ich das an dieser Stelle einfach einmal deutlich machen darf. Diese Schadensminderungspflicht bedeutet eben auch, dass man sehr gut abwägen muss, an welcher Stelle man wiederum ein neues Unternehmen nutzt.

Der zweite Brief, aus dem Sie noch einmal zitiert haben, ist auch deswegen unwidersprochen geblieben, weil Herr Lewentz – und dies war unsere gemeinsame Entscheidung – dann das Gespräch mit KPMG gesucht hat. Es gab zwei Gespräche, und wir haben dort sehr deutlich gemacht, dass wir entweder nun anfangen, öffentlich gegeneinander vorzugehen, oder aber, dass wir dies gemeinsam sein lassen und dass wir diese Verfahren klären – die KPMG klärt ihre Ansprüche, wir klären unsere Ansprüche, wir haben auch dafür einen Anwalt – und dass wir auf der anderen Seite deutlich machen, dass wir dieses gegenseitige Arbeitsverhältnis wieder aufbauen wollen. Genauso haben wir das auch gemacht.

Ich darf daher auch noch einmal aus dem Brief zitieren. Auch KPMG sagt: Wir sind wie Sie der Meinung, dass der weiterlaufende Bieterprozess von höchster Priorität ist und jegliche Kommunikation darauf ausgerichtet sein muss, diesem nicht zu gefährden. – Dies war auch meine zutiefste Überzeugung – das möchte ich auch noch einmal deutlich machen –, weil es mir darauf ankam, dass es in der Region weitergeht und dass wir eine Antwort darauf bekommen, wie es eigentlich mit der Zukunft des Hahn bestellt ist. Dies muss einfach das übergeordnete Interesse sein vor dem Streit zwischen KPMG und dem Land, den wir ohne Frage haben, und dieser Streit wird auch noch entsprechende Folgen haben. Das ist klar, und es ist auch verabredet, dass man das an anderer Stelle miteinander verfolgen wird.

Frau Klöckner, das war auch der Grund dafür – obwohl ich wusste, wie brisant dieses Schreiben ist –, dass wir uns entschieden haben, es nicht zu veröffentlichen. Wir haben es nicht für ausgeschlossen

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

gehalten, dass dieser Brief irgendwann den Weg in die Öffentlichkeit findet und dass er auch eingesetzt werden würde, wie er eingesetzt wurde. Dennoch war uns die konstruktive Zusammenarbeit wichtiger mit Blick auf den Hahn, als diese Querelen in der Öffentlichkeit auszutragen. Wir wollten vernünftig miteinander umgehen und haben uns gesagt, im Notfall muss man sich die Ansprüche eben einklagen, oder wir vergleichen uns irgendwann. Aber klar ist, wir werden diesen Streit öffentlich nicht mehr weiter ausbreiten.

Der zweite Punkt ist, ich habe eindeutig in meiner Vorbemerkung deutlich gemacht, dass wir natürlich ein Interesse an einem zügigen Verfahren haben. Das heißt, das haben wir nicht negiert. Ich negiere nur, dass wir Zeitdruck gemacht hätten und dass es auf einen Tag, auf eine Woche oder einen Termin ankäme. Diese Unterstellung ist einfach völlig absurd. Aber es ist doch jedem klar, dass die Liquidität am Hahn begrenzt ist, dass wir zwar ein Gesellschafterdarlehen auch im Haushalt stehen haben, auf das wir zurückgreifen können, um die Sicherheit zu haben, dass wir ein Verkaufsverfahren sinnvoll abschließen können. Aber genauso klar war jedem, dass wir die verdammt Verpflichtung haben, für die Bürger und Bürgerinnen dafür zu sorgen, dass das Verfahren vernünftig zügig abgewickelt wird, um auch deutlich zu machen, es wird keine müde Mark mehr an Steuergeldern in diesem Verfahren ausgegeben, als notwendig ist. Deshalb war es tatsächlich so, wie ich es darstelle, und nicht anders. Wir negieren nicht, dass wir einen zeitlichen Rahmen hatten; ich negiere ausschließlich, dass es einen enormen Zeitdruck gab und wir permanent auf die Tube gedrückt haben und Terminvorgaben gemacht haben und auch Dinge nicht sorgfältig gemacht haben – das ist schließlich die Unterstellung dabei – aufgrund eines Zeitdrucks.

Der dritte Punkt ist, ich stehe zum Innenminister, und das sage ich auch noch einmal sehr deutlich. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass man Rücktritte nur dann rechtfertigen kann, wenn sie tatsächlich auch zu einer Veränderung der Situation beitragen. Ich sehe den Innenminister an seiner Stelle genau richtig, das Verfahren weiter zu begleiten und auch weiter akribisch zu verfolgen. Ich möchte auch noch einmal ganz deutlich sagen – ich glaube, nun schon zum dritten Mal aus meinem Mund –, es ist nicht die vergleichbare Situation. Damals ging es um einen großen Schaden. Wir hatten damals die Gemengelage Nürburgring, Hahn, alles war darin enthalten. Beim Nürburgring ging es um einen großen Schaden, auch finanziellen Schaden, für dieses Land. Wir sind beim Hahn in einer anderen Situation.

(Herr Abg. Schweitzer: So ist es!)

Deshalb finde ich, man muss auch ab und zu einmal über die Verhältnismäßigkeit der Diskussion sprechen.

(Herr Abg. Haller: Richtig! –
Frau Abg. Klöckner: Wie bitte? Über die Verhältnismäßigkeit der Situation?)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie bitte die Landesregierung weiter antworten.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich möchte gern noch zu Frau Wieland sagen, ich glaube, ich habe auch dargelegt, dass ich als Ministerpräsidentin die Richtlinienkompetenz habe und dass ich natürlich nicht die Standards abgestimmt habe. Das Innenressort hat das Verkaufsverfahren zu verantworten, und es liegt in der Ressortverantwortung des Innenministers. Deshalb ist vollkommen klar, dass er sich an verkehrübliche Standards gehalten hat, was er von sich aus tut, ohne mich dazu zu fragen. Es ist also Sache des Innenministers.

Wenn Sie gestatten, würde ich gern noch einmal Frau Staatssekretärin Schmitt das Wort geben zu der Frage nach den Punkten Liquiditätsnachweis, Bürgschaft, Notaranderkonto, damit wir diese Fragen auch abschließend gut beantwortet haben aus Ihrer Sicht.

Frau Staatssekretärin Schmitt: Ich möchte gern drei grundsätzliche Sätze zu dem Thema einer Bürgschaft erwähnen. Eine Bürgschaft kann in zweierlei Hinsicht zum Einsatz kommen. Sie kann einerseits

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

als Liquiditätsnachweis gelten, sie kann aber auch andererseits als Zahlungsabsicherungsinstrument gelten.

Was die Bürgschaft als Liquiditätsnachweis betrifft, ist dies eine Sache der Vertragsausgestaltung, der Voraussetzungen, die in der Federführung des Innenministeriums erfolgten. Meine Fragen in der Staatssekretärskonferenz bezogen sich auf die Bürgschaft als Zahlungsabsicherungsinstrument, und dort war die Vorgehensweise anvisiert über das Notaranderkonto, wodurch somit die höhere Absicherung erfolgt. Aber diese beiden unterschiedlichen Dinge muss man sich immer bei der Diskussion vor Augen halten.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Wenn ich es richtig verstanden habe, wollte Herr Staatssekretär Stich noch zu den Fragen von Herrn Haller antworten.

Herr Staatssekretär Stich: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Haller, zu der Frage nach dem Vorschlag eines Käufers und der Rollenverteilung zwischen der KPMG und der Landesverwaltung möchte ich sagen, wir hatten ein dreistufiges Bieterverfahren. Die erste Stufe war die Interessenbekundung, dann gab es die erweiterte Datenraumphase und als dritte Stufe die Angebotsphase. In der Stufe 1 und in der Stufe 2 hat KPMG das Verfahren vollständig eigenständig betrieben ohne Beteiligung des Landes. Das war ein Ergebnis von Vorwürfen aus Vorverfahren, wo man gesagt hat, wenn bei Gesellschaftsveräußerungen oder ähnlichen Verfahren ein Bieter gesucht wird, müsste dies in einem offenen, transparenten Bieterverfahren geschehen, und dabei sollte von vornherein ausgeschlossen werden, dass auch nur der Eindruck entsteht, dass seitens der Landesregierung Einfluss auf die Bieter genommen wird. Deswegen wurde es bewusst so gestaltet, dass in den ersten beiden Verfahrensstadien bis Ende November 2015 KPMG eigenständig das Verfahren betrieben hat und KPMG auch eigenständig die Bieter abgeschichtet hat. Das heißt, dort haben wir nicht hineingeredet, zu diesem Stadium kannten wir noch nicht einmal die Namen der Bieter, auch um sicherzugehen, dass niemals irgendwo das Gerücht aufkommt, dass seitens der Landesregierung aktiv Einfluss auf eine Bieterabschichtung genommen worden ist.

In der dritten Phase war es so, dass die beiden Anwaltskanzleien miteinander verhandelt haben. Einschließlich der Termine auf Arbeitsebene und der, an denen ich teilgenommen habe, waren es eine Handvoll Vertragsverhandlungen, an denen wir dabei waren. Wir wurden natürlich immer unterrichtet in anschließenden Telefonkonferenzen, das ist klar, über das, was die Anwälte miteinander verhandelt hatten. Aber anwesend waren wir als Landesverwaltung, als Landesregierung bei einer Handvoll Vertragsverhandlungen insgesamt. Vor diesem Hintergrund, denke ich, kann jeder die Aussage gewichten, dass dort kein Käufer vorgeschlagen worden ist. Noch einmal, das sind die Fakten, wie die drei Phasen der Vertragsverhandlungen des Bieterprozesses durchgeführt worden sind.

Die zweite Frage zum 19. Mai verstehe ich dahin gehend, dass Sie fragen, ob man irgendwann einmal überlegt hat, ob man von diesen Verfahrenstandards abrückt. – Nein, das einzige, was einmal diskutiert wurde, ist, ob man ihn zwingen kann, die ursprüngliche Struktur wieder herzustellen. Aber es war vollkommen klar – und das wurde auch niemals irgendwie anders diskutiert –, dass natürlich KPMG alles das, was bis dahin festgelegt war an Nachweisen, an Überprüfungen, genauso durchführen muss. Es gibt sogar auch noch eine ganz klare E-Mail, dass sich KPMG und das Innenministerium zum Ende dieser Woche einig sind, dass ein Vertrag natürlich nur dann unterzeichnet wird, wenn das vorliegt und die entsprechende Integrity Due Diligence auch mit einem entsprechend positiven Ergebnis abgeschlossen ist. Von daher gab es zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens auch nur ansatzweise die Idee, dass man irgendwie – ich sage einmal salopp – schlabbert, sondern es wurde immer ganz klar gesagt, wir wollen auf der Grundlage dieser Standards – –

Auch nur so erklärt sich dann die sehr enge Zeitfolge in den nächsten Tagen, wo diese Nachweise Stück für Stück beigebracht worden sind und wo Stück für Stück dem Innenministerium von den Beratern nachgewiesen worden ist, dass diese Nachweise auch entsprechend vorliegen. Darauf haben wir höchsten Wert gelegt, und das war auch immer Ansatzpunkt. Es ist niemals infrage gestellt worden, dass wir auf dieses Niveau verzichten.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herzlichen Dank. Frau Kollegin Klöckner, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie noch eine Verständnisfrage zur Aussage der Ministerpräsidentin.

Frau Abg. Klöckner: Frau Ministerpräsidentin, wir sitzen hier zusammen und haben uns zusammen vorbereitet. Ich will kurz wiederholen, was der Kollege von den Grünen gesagt hat.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Frau Kollegin Klöckner, stellen Sie eine Verständnisfrage, ansonsten haben wir eine Rednerliste.

Frau Abg. Klöckner: Ja, aber ich sage es noch einmal, weil ich es schon für wichtig halte. Das ist die Frage an die Ministerpräsidentin, was sie mit der Verhältnismäßigkeit einer Diskussion meint. Wir sitzen hier in einem Ausschuss, vier Ausschüsse sitzen zusammen. Das ist Parlamentarismus. Hätten die Presse und wir nicht so nachgehakt, hätten Sie den Vertrag vielleicht so durchgezogen oder wären sogar aufgelaufen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Zurufe von der SPD)

– Leute, ich weiß, es tut weh. Sie hätten ihn nicht durchziehen können, weil kein Geld kam. Aber Frau Ministerpräsidentin, was meinen Sie mit Verhältnismäßigkeit? Wollen Sie uns hier einschüchtern, wenn wir Nachfragen stellen?

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Bevor ich der Ministerpräsidenten die Frage gebe, weil sie gesagt hat, sie ist bereit, sie zu beantworten, möchte ich an der Stelle noch einmal etwas sagen. Wir haben eine Tagesordnung, die sagt eindeutig „Verantwortung der Ministerpräsidentin für den gescheiterten Verkauf...“. Wir fangen zum wiederholten Male an, nicht mehr über das Thema zu reden. Zum zweiten wiederholen wir Fragen ohne Ende.

(Frau Abg. Klöckner: Verhältnismäßigkeit hat die Ministerpräsidentin genannt!)

– Liebe Frau Kollegin Klöckner, lassen Sie mich bitte ausreden.

Das gilt allgemein. Die Ministerpräsidentin hat hier bewusst gesagt, dass sie diese Fragen von Ihnen beantworten wird.

Ich habe die Bitte an alle Kollegen, halten Sie sich jetzt an das Thema und halten Sie sich daran, dass wir nicht Fragen zum zweiten, dritten, vierten oder fünften Mal stellen, die, egal wer, bereits beantwortet hat. Ansonsten werde ich die Frage nicht mehr weiter an die Landesregierung geben.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Vielen herzlichen Dank. Frau Klöckner, ich würde niemals infrage stellen, dass sich ein Parlament ausgiebig, egal in welcher Form, mit diesen Fragen beschäftigt. Das ist Sache des Parlaments. Deshalb stelle ich in diesem Zusammenhang niemals die Frage der Verhältnismäßigkeit.

Ich habe sie im Zusammenhang mit Ihrer Frage gestellt, was den Rücktritt von Roger Lewentz betrifft. Ich finde – das ist mehrfach geäußert worden –, dass die zwei Vorgänge Nürburgring und Hahn mit der jetzigen Situation immer wieder ins Verhältnis gesetzt werden. Ich finde, das ist manchmal nicht adäquat. Darauf hat sich meine Äußerung bezogen.

Ich finde nicht, dass ein Vergleich verhältnismäßig ist, weil der Nürburgring etwas anderes war. Auch die Folgen für das Land waren etwas ganz anderes. Das kann man nicht mit der Situation vergleichen, in der wir jetzt sind, wo es darum geht, dass in der letzten Phase der Käufer leider nicht zum Käufer geworden ist.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Mein letzter. Punkt dazu: Wir würden nicht mit so vielen Mitgliedern der Landesregierung hier sitzen, wenn wir das nicht ernst nehmen würden. Wir würden nicht stundenlang wirklich jede Frage akribisch beantworten. Insofern ist es tatsächlich so, dass wir in keiner Weise die Verhältnismäßigkeit von irgendetwas, was das Parlament betrifft, infrage stellen, sondern ausschließlich diesen Vergleich. Das habe ich bezogen auf Roger Lewentz damit deutlich gemacht.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Ich habe jetzt die nächsten Wortmeldungen, und zwar von Herrn Kollegen Dr. Alt, Herrn Kollegen Baldauf und Herrn Kollegen Brandl. Herr Kollege Dr. Alt, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Dr. Alt: Ich möchte als erstes noch einmal darauf zu sprechen kommen, dass gesagt wurde, hier sei ein Gesetzgebungsvorhaben durchgepeitscht worden. Das sagte Herr Junge, der Fraktionsvorsitzender der AfD. Dazu möchte ich als Abgeordneter sagen, dass ich das für völlig abwegig halte, weil das Gesetzgebungsverfahren sogar ausgesetzt wurde. Ich hatte in der ersten Beratung nicht den Eindruck, irgendwie gepeitscht zu werden.

Ich habe noch eine kurze Frage, die sich auf den Briefwechsel bezieht, der mittlerweile veröffentlicht ist. In Punkten ist sie schon beantwortet worden, aber nicht in der Allgemeinheit, wie ich sie fragen möchte. Nach Aussage von KPMG war SYT das zuschlagfähige Angebot, auch das einzige zuschlagsfähige Angebot. Es ist als solches von der Beratungsgesellschaft identifiziert worden, die mit der Begleitung des Verkaufsprozess befasst war. Dennoch legt KPMG anscheinend im gleichen Brief Wert auf die Feststellung, dass die Auswahl natürlich Sache des Landes sei, insofern wurde keine Empfehlung abgegeben, o. k.

Diese Aussagen stehen natürlich ein bisschen in einem Spannungsverhältnis miteinander. Ich möchte nicht in dieses Spannungsverhältnis einsteigen, sondern vielmehr fragen, ob es von KPMG überhaupt zu irgendeinem Zeitpunkt einmal einen negativen Ratschlag, also ein Abraten davon gegeben hat, an die SYT zu verkaufen?

Herr Abg. Baldauf: Frau Ministerpräsidentin, als ich das vorhin mit den Ministerratsvorlagen angesprochen habe, ging es mir nicht darum, dass Sie die auf die Homepage stellen. Ich hätte sie gern für uns. Ich hätte die Bitte, dass Sie uns zu sagen, dass Sie uns die zur Verfügung stellen, und zwar von Anfang an, Erstentwurf bis zur endgültigen Fassung, mit in den Abläufen. Dann werden wir genau sehen, was wann und wie gelaufen ist. Das möchte ich noch einmal wiederholen. Ich habe eine Bitte geäußert, die, glaube ich, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD nichts zu beantworten hat. Das wird uns schon die Frau Ministerpräsidentin sagen.

Ich hätte eine Frage an Sie, Frau Dreyer. Jetzt reden wir dauernd hin und her. Wir haben – Frau Kollegin Klöckner gerade noch mal – aus dem Brief der KPMG zitiert. Ich möchte zu der Textstelle, Seite 2, etwas von Ihnen wissen. Ich zitiere: „Entgegen dieser ausdrücklichen Empfehlung von KPMG entschied Herr Staatssekretär Stich für die Landesregierung, nach kurzer Unterbrechung, die Verkaufsverhandlungen mit dem Ziel eines möglichst kurzfristig umsetzbaren Vertragsschlusses fortzuführen. Er begründete dies insbesondere mit den fehlenden Handlungsalternativen und dem Hinweis auf den von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, bereits zuvor zum Ausdruck gebrachten Zeitdruck.“ Ich will von Ihnen wissen: Lügt KPMG?

Als Drittes würde ich gerne von Ihnen wissen, woher Sie den Haftungsausschluss aus dem Disclaimer kennen, bei dem sich eindeutig ergibt, dass KPMG überhaupt keine Aussagen zur Vollständigkeit, Richtigkeit und Ergiebigkeit seiner Quellen macht. Hätten Sie eine Bürgschaft gefordert? Ich bin Frau Kollegin Schmidt dankbar, dass sie das klargestellt hat, sodass Sie, glaube ich, Herr Schweizer, das auch verstanden haben.

(Frau Abg. Klöckner: Das weiß man nicht!)

– Ja, das weiß man nicht. Das ist richtig, zumal die Liquiditätsnachweise beim Nürburgrings so gelaufen sind, dass man Geld in die Schweiz transferiert hat.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Kollege Baldauf, nicht über den Nürburgring reden, sondern bleiben sie bei dem Thema.

Herr Abg. Baldauf: Das muss man nur einmal gesagt haben.

(Herr Abg. Schweitzer: Mein Gott, seid ihr angenervt! Was ist los mit euch?)

Herr Vors. Ag. Hüttner: Herr Kollege Baldauf hat für seine dritte Frage das Wort. Herr Baldauf, formulieren Sie bitte.

Herr Abg. Baldauf: Sachlichkeit ist bei manchen ein untauglicher Versuch.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, die dritte Frage: Nachdem wir jetzt den Ablauf aus Sicht des Herrn Staatssekretärs vom 19. Mai geschildert bekommen haben, so wie ich das jetzt verstanden habe, und der Kollege Haller nachgefragt hat kam irgendwann am späten Abend plötzlich aus dem Sack ein neuer Gesellschafter herausgesprungen. Ich würde gern von Ihnen wissen, ob Sie die Verhandlung an diesem Punkt, wenn ihnen ihr Wirtschaftsprüfer sagt, unterbrechen sie das bitte, wir checken das und gehen dann in die weiteren Schritte, bzw. ob sie diesem Vorschlag von KPMG an diesem Abend gefolgt wären oder nicht?

(Zuruf des Herrn Abg. Schweitzer)

Herr Abg. Brandl: Herr Schweitzer, wenn ich auf 180 wäre, würden Sie das merken. Wir sind ganz entspannt und tragen unsere Fragen vor.

Mittlerweile sind die Aussagen der KPMG dort in diesem Brief unbestritten, wo es um den 24.Mai geht. Sie haben selbst gesagt, Staatssekretär Stich hat Sie umfassend informiert. Es hat dann noch sechs Tage gedauert, bis der Ministerrat den entsprechenden Beschluss gefasst hat. Wir haben heute hier gehört, dass es Diskussionen und Nachfragen gab und dass die Bemerkungen des Finanzministeriums in die Vorlage eingearbeitet wurden. Wir wissen heute, dass Sie zum Zeitpunkt des 30. keinerlei schriftliche Bestätigungen in Bezug auf die Ampel von KPMG vorliegen hatten. Die kamen nämlich mehr als zwei Wochen später. Es war die Situation, fünf Tage vorher sprang der Investor aus dem Sack, wie es Herr Kollege Baldauf formuliert, es gab Diskussionen, Nachfragen und Zweifel auch von der FDP. Die Kollegin hat ausgeführt, dass sie Fragen hatte.

(Herr Abg. Dr. Braun: Echt?)

– Ja, die Kollegin hatte das so dargestellt.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Kommen Sie bitte zur Frage.

Herr Abg. Brandl: Jetzt komme ich zur Frage. Es ist wichtig, das vor dem Hintergrund dieser Zeit zu verstehen, d.h., am 24. Mai ist für mich wichtig zu wissen, Frau Ministerpräsidentin, ob Sie mit dem Staatssekretär die Frage diskutiert haben, ob dieser kurze Zeitraum von fünf oder sechs Tagen bis zur abschließenden Sitzung ausreichend war, um einen völlig unbekanntem Gesellschafter ausreichend und gründlich zu überprüfen. Haben Sie sich angesichts der Vorgeschichte nicht gefragt, ob man diesen Verkaufsprozess anhält oder zumindest ein oder zwei Tage draufsattelt, wenn man den Ablauf sieht, dann sind im Wochentakt bzw. jede Woche, als das Kabinett getagt hatte, Entscheidungen getroffen worden, am 24., am 30., am 7., am 14., um tatsächlich einen Puffer einzubauen?

Selbst am 14., als der Käufer drei Tage säumig war, wurden noch weitere Entscheidungen getroffen. Das war im Kontext dieser Zweifel und dieser Dinge, die wir heute wissen, dass sie zum damaligen Zeitpunkt schon bekannt waren.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Deshalb hätte ich die Bitte, dass Sie sich noch einmal zurückversetzen in dieses am 24. Mai stattgefundene Gespräch. Hier bestätigen Sie der KPMG die Aussagen ausdrücklich. Haben Sie damals abgewogen und diskutiert, ob es wirklich ausreicht, innerhalb von fünf Tagen einen solchen neuen unbekanntem Käufer vor dem Hintergrund dieser Zweifel grünes Licht zu geben?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das wiederholt gesagt. In jeder der letzten Fragen waren Themen enthalten, die wirklich schon auskömmliche beantwortet sind.

(Zuruf des Herrn Abg. Baldauf)

Das war vor allen Dingen hier und heute.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Unterschiedliche Wahrnehmung!)

– Das mag sein, dass wir eine unterschiedliche Wahrnehmung haben. Deswegen sitzen wir auch heute hier. Ich übergebe das Wort an die Landesregierung, um die Fragen zu beantworten, die wirklich noch nicht auskömmlich beantwortet sind. Hier sind wirklich von jedem Kollegen Fragen gestellt worden, die bereits beantwortet sind. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat sich zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich möchte nur zwei Fragen beantworten. Im Übrigen werden Herr Lewentz und Herr Stich antworten.

Ich sage zu der Frage von Herrn Baldauf, was die Weitergabe an das Parlament bezüglich der Ministerratsvorlage betrifft, das ist der Kernbereich der Landesregierung. Deshalb werde ich das heute nicht beantworten. Ich weiß nicht, ob wir das machen und wollen. Wir werden das besprechen und dann bekommen Sie Antwort. Ich stelle noch einmal fest, eine Landesregierung muss auch in der Lage sein zu regieren und Entscheidungen vorzubereiten. Deshalb werden wir überprüfen, ob wir einen solchen Schritt gehen oder nicht.

Das Zweite ist, ich will noch einmal deutlich sagen, dass Herr Stick mich am 24. über den Gesellschaftswechsel informiert hat. Damit das klar im Raum ist, sage ich Folgendes: Wir sind in der Koalition vor dem Kabinett schon in der Vorbesprechung zu dem Ergebnis gekommen – das war im Übrigen der Vorschlag aus der Staatssekretärskonferenz –, dass diese Ministerratsvorlage nicht am 24. entschieden wird, sondern dass wir schieben. Wir haben nicht gesagt, wir schieben bis irgendwann, sondern wir schieben so lange, bis die Fragen geklärt sind. Wir waren uns alle einig darin – das war die Bedingung von allen Koalitionen am Ende -, dass diese bestimmten, definierten Kriterien erfüllt sein müssen. Wenn sie erfüllt sind, dann wird sich der Ministerrat damit befassen und einen Beschluss fassen. Vielleicht so viel zu ihrer Frage.

Den Rest werden Herr Lewentz und Herr Stich übernehmen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Frau Ministerpräsidentin, die persönliche Frage, ob Sie persönlich eine Bürgschaft erbeten hätten, hat Herr Baldauf noch gefragt.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Ich glaube nicht, dass ich Fragen mit hätte, möchte usw. beantworten muss. Die Fragen von Herrn Baldauf – deshalb bin ich jetzt bewusst nicht darauf eingegangen außer bei der einen – beginnen alle mit hätten sie, wenn gewesen wäre, was hätten sie getan. Das spielt aus meiner Sicht wirklich gar keine Rolle.

Herr Staatsminister Lewentz: Ich möchte auf die Fragestellung von Herrn Dr. Alt eingehen. Mir ist überhaupt keine Empfehlung bekannt, die KPMG ausgesprochen hatte, mit SYT nicht abzuschließen.

Ich will noch einmal das aufgreifen, was Sie in dem Schreiben vom 21. Juli, Seite 1, letzte Zeile als einzig zuschlagfähiges Kaufangebot beschrieben haben. Das ist die Wortwahl von KPMG. Sie verweisen auf einen langen Entwicklungsprozess, bis es zu dieser Meinung gekommen ist. KPMG war bei der

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Vertragsunterzeichnung dabei. Herr Staatssekretär Stich hat das ausgeführt. Bei der öffentlichen Vorstellung war ich auch anwesend, was man ab und zu in Fernsehbildern wieder in Erinnerung gerufen bekommt. Sie haben mir an keiner Stelle bösgläubig gemacht oder wie man es nennen will.

Frau Schmitt hat eben ausgeführt und Herr Kollege Wissing hat das mir gegenüber gesagt, er hat ausdrücklich die KPMG gefragt, gibt es Hinweise und Dinge – ich sage es mit meinen Worten –, die negativ sind, die er zum 23. Mai gern erfahren hätte. Es wurde ausdrücklich von KPMG gesagt, da gibt es nichts. Von daher ist es, glaube ich, richtig, SYT zum damaligen Zeitpunkt als einziges zuschlagfähiges Kaufangebot von KPMG gewichtet zu bekommen. Herr Stich wird zu den weiteren Punkten ausführen.

Herr Staatssekretär Stich: Zu den Fragen von Herrn Abgeordneten Baldauf: Ist das richtig, was KPMG sagt? Sie haben die Ministerpräsidentin gefragt, wären sie dem gefolgt, wenn eine Unterbrechung gewollt wäre. Zum Ersten sage ich, die Ministerpräsidentin war nicht dabei. Dementsprechend kann sie auch nicht sagen, ob das richtig ist, was dort gesagt worden ist.

Aber ich kann sagen, dass diese Äußerung von mir so nicht getätigt worden ist, dass auch diese Äußerung, so wie sie im Gespräch wiedergegeben worden ist, aus meiner Sicht nicht getätigt worden ist. Das geht nicht nur mir so. Ich war nicht allein bei dem Gespräch. Ich hatte das vorhin schon erwähnt. Wir waren zu dritt. Auch der zuständige Abteilungsleiter und der zuständige Referatsleiter waren dabei. Auch die können sich nicht erinnern, dass entsprechendes gesagt worden ist. Von daher, denke ich, ist das an der Stelle klargestellt.

Wenn Sie jetzt sagen, wären sie einer Unterbrechung gefolgt, muss man schlicht und einfach sagen, Sie haben zu Recht gesagt, eine Unterbrechung zu prüfen. Genau das haben wir gemacht. Genau das ist an dem Abend erfolgt. Das ist nicht in dem Sinn unterbrochen worden, sondern es ist der Auftrag gegeben worden, bitte überprüft die neuen Strukturen. Das war der Auftrag an dem Abend, als man auseinandergegangen ist, das zu überprüfen. Da wurde kein Termin willkürlich festgelegt oder so. Es wurde den Beratern aufgegeben zu überprüfen, ob diese neuen Strukturen gesund und valide sind. Nichts anderes haben wir gemacht. Dementsprechend muss man dem folgen oder nicht. Vielmehr war es der Auftrag dieses Abends. Das ist von den Beratern auch in den nächsten Tagen gemacht worden. Als das, was Sie eben gesagt haben, von den Beratern bestätigt worden ist, dass diese Prüfung mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen worden ist, wusste man auch, dass man einen Termin zur Vertragsunterzeichnung festlegen kann.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank. Herr Baldauf hat mir eben zugeflüstert, dass seine Frage bezüglich KPMG und Lüge nicht beantwortet sei. Diese Frage ist nun mehrfach hier erörtert worden. Wir haben uns darauf verständigt, dass es über den Schriftverkehr unterschiedliche Wahrnehmungen gibt. Herr Baldauf, von daher erachte ich diese Frage als beantwortet.

Herr Schweitzer hat das vorhin schon als Verständnisfrage mit formuliert. Ich habe jetzt zwei Redner im Block. Ich habe noch insgesamt etwa zehn Wortmeldungen. Jetzt kommen Frau Brück und Frau Dr. Köbberling. Bitte stellen Sie neue Fragen, damit wir weiterkommen.

Frau Abg. Brück: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte eine neue Fragen stellen, weil die Frau Ministerpräsidentin zu Beginn ihrer Eingangsrede deutlich gemacht hat, dass sich die Ministerpräsidenten und die Landesregierung in der Verantwortung sehen, die Vertragsverhandlungen jetzt zu einem hoffentlich guten Ende zu führen, auch zu einem guten Ende für den Flughafen und die Region. In diesem Sinne sind zahlreichere Interessenten da, wie wir den Berichten und Aussagen entnehmen konnten, als das im Juni noch der Fall gewesen ist. So kann man es sagen.

Mit den Interessenten sollen durch die Frau Ministerpräsidentin und Herrn Minister Lewentz Willkommensgespräche geführt werden. Meine Frage geht dahin, welche Aufgabe diese Willkommensgespräche haben. Können Sie, ohne dass jetzt Dinge aus dem aktuellen Verkaufsprozess erzählt werden, die man als Interna nicht sagen darf, schon einer Einschätzung geben oder haben Sie einen Eindruck von der Wahrnehmung des Flughafens durch die Interessenten gewonnen, wie es weitergehen könnte?

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Frau Abg. Dr. Köbberling: Ich möchte noch ein paar Fragen im Zusammenhang mit der angeblich fehlenden Transparenz im Gesetzgebungsverfahren stellen. Ist es nicht so, dass das Datum 10. Juni, an dem der Preis für die Housing eigentlich hätte fließen sollen, im Kaufvertrag stand, der im Leseraum allen Abgeordneten zur Verfügung stand, und dass deshalb am 23. Juni, als die erste Lesung stattfand, jeder Abgeordnete dieses Datum hätte kennen und danach hätte fragen können?

(Zuruf des Herrn Abg. Baldauf)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Ich übergebe das Wort an die Landesregierung. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Frage von Frau Kollegin Brück in die Zukunft gerichtet ist. Ich bitte, dass kurz anzusprechen, weil auch die Öffentlichkeit da ist und das interessiert. Sonst hätte ich die Frage nicht zugelassen. Es gibt noch die Frage von Frau Dr. Köbberling. Wer von der Landesregierung beantwortet sie? – Herr Minister Lewentz.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Wahrsager!)

Herr Staatsminister Lewentz: Herr Kollege Dr. Weiland hat mich gerade als der Wahrsager bezeichnet.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Das richtet sich in die Zukunft!)

Das finde ich eigentlich nicht so ganz schön.

Frau Brück, wir hatten eine Demonstration. Herr Kollege Licht und Sie waren dort. Wir haben erleben dürfen, dass die Ministerpräsidentin, ich glaube als einzige politische Repräsentantin, im Sommer vor Ort gewesen ist. Wir haben jedes Mal – das will ich Ihnen ausdrücklich bestätigen – betont, wie wichtig es uns ist, den Flughafen in eine gute Zukunft zu führen. Dafür tun wir alles. Wir hoffen, dass wir dies gemeinsam erreichen können.

Es gibt eine von Ihnen beschriebene Anzahl an Interessenten. Zum jetzigen Zeitpunkt muss man sagen, es sind Interessensbekundungen. Zu einem offenen Stichtag, 1. September sind uns Gebote vorgelegt worden, die jetzt bewertet werden. Das haben wir schon öffentlich dargestellt. Deswegen kann ich dazu nicht mehr sagen. Es freut mich. Es sah vor der Sommerpause so aus, als ob nur die zwei verbliebenen Bieter vielleicht die weiteren Interessenten hätten darstellen können. Das Portfolio hat sich deutlich erweitert.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, die Frage von Frau Dr. Köbberling?

Herr Staatsminister Lewentz: Ist damit einhergegangen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Gut. Wir fahren fort in der Rednerliste, Herr Dr. Braun, Frau Demuth und Herr Henter.

Herr Abg. Dr. Braun: Mich würden andere Fragen noch mehr interessieren, beispielsweise Weise seit wann die CDU den Brief hat und warum der so spät in den Medien auftauchte. Aber das kann die Regierung jetzt nicht beantworten.

Ich bedanke mich zuerst, dass die Aufklärung hier so umfassend ist und dass wir einen Punkt erreicht haben, wo klar ist, dass Vorwürfe, die die CDU erhebt, völlig haltlos sind.

Ich habe allerdings noch eine Frage zur Verantwortung. Wie sind die einzelnen Ministerien eingebunden worden? Es geht um die Verantwortung innerhalb der Regierung. Wenn ich das richtig verstanden habe, sind bei der Runde mit den Staatssekretären nicht nur ein Ministerium, sondern vier Ministerien dabei gewesen. Also waren alle Ministerien mit eingebunden. Ich glaube nicht, dass man eine Verantwortung direkt an der Spitze festmachen kann. Wann sind die Ministerien im Verkaufsverfahren eingebunden worden?

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Ich nehme an – ich gebe den Hinweis noch, dass das die ganze Zeit der Fall war – bzw. ich glaube nicht, dass das irgendwie eine Zuspitzung erfahren hat und die Ministerien nicht mehr eingebunden waren. Deswegen stelle ich noch einmal die Frage. Der Hinweis, dass KPMG keine weiteren Warnungen ausgestellt hat, wurde aktiv noch einmal erfragt. Es wurde wohl erfragt, hat die KPMG im Moment, wenn sich die Bieterstruktur oder Gesellschafterstruktur beim Bieter ändert, ein klares Halt gegeben. Das würde ich gern noch einmal wissen, ob das erfolgt ist. Ist das von der Landesregierung aktiv gefragt worden?

Frau Abg. Demuth: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Stich, auch ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Bei Ihrem Vortrag am Anfang der Sitzung ergaben sich für mich einige Rückfragen. Sie sagten, die Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens war vor den Sommerferien nicht zwingend geboten. Mir stellt sich natürlich die Frage – Sie haben sicher Kenntnis davon –, wann die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens zwingend geboten ist. Vielleicht können Sie Auskunft darüber geben, wann das der Fall ist, damit wir uns perspektivisch schon heute darauf einstellen können.

Zum Zweiten möchte ich auch auf diesen Termin 19. Mai eingehen. Das scheint ein sehr herausragendes Datum in diesem Zeitablauf zu sein. Sie sagten uns, dazu sind viele Fragen gekommen. Auch mir stellt sich eine Frage. Sie sagten, das war ein nettes Zusammentreffen, man habe lange zusammen gegessen und abends habe man entschieden. Es gab schon einige Rückfragen. Sie hatten anfangs vorgelesen. Gab es schon Rückfragen, dass die KPMG an dem Tag – so sagt es der KPMG-Brief – Sie eindeutig gewarnt haben soll? Da haben wir schon mehr. KPMG sagt, dass es eine Sitzungsunterbrechung gab. Meine Frage: Gab es die Sitzungsunterbrechung? Auf wessen Antrag gab es sie? Was ist in der Sitzungsunterbrechung seitens der Landesregierung geschehen? Haben Sie oder Ihr Abteilungsleiter telefoniert, vielleicht schriftlich mit irgendjemand anderem in der Landesregierung kommuniziert? Warum gab es diese Sitzungsunterbrechung? Ist das vielleicht aufgrund der Zweifel, die KPMG geäußert hat, geschehen? Wie ging es danach weiter? Was war das Ergebnis der Taten von Ihnen in der Sitzungsunterbrechung nach der Sitzungsunterbrechung?

(Herr Abg. Schweitzer: Wer hat danach als erster den Raum wieder betreten?)

Herr Abg. Henter: Ich möchte auf denselben Sachverhalt Bezug nehmen, weil er meines Erachtens noch nicht zu 100 % beantwortet ist. Deshalb zitiere ich noch einmal aus dem Brief von KPMG: „Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen. KPMG empfahl Herrn Staatssekretär Stich in einem gesonderten Gespräch ausdrücklich, die Verhandlungen mit SYT angesichts dieses ungewöhnlichen Vorgangs und der sich daraus ergebenden Fragen (...) bis auf weiteres auszusetzen. Entgegen dieser ausdrücklichen Empfehlung von KPMG entschied Herr Staatssekretär Stich für die Landesregierung nach kurzer Unterbrechung, die Verhandlungen mit dem Ziel eines möglichst kurzfristig (...) fortzuführen“

Meine Frage: Herr Staatssekretär, ist diese Darstellung von KPMG zutreffend, dass die Empfehlung kam auszusetzen und dass Sie entschieden haben, fortzusetzen, ja oder nein?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendwie drehen wir uns im Kreis. Jetzt haben wir nicht nur den Hinweis, dass ich sage, lassen Sie uns die Frage nicht wiederholen. Jetzt werden direkt hintereinander die gleichen Fragen gestellt.

(Frau Abg. Klöckner: Wenn sie nicht beantwortet werden!)

Die Frage, wann ein Gesetz zeitlich notwendig ist, hat mit der Verantwortung der Ministerpräsidenten zum Verkauf von SYT nichts zu tun. Ich übergebe an die Landesregierung, die notwendigen Fragen und offenen Punkte zu beantworten. Vielleicht kann Herr Stich etwas konkretisieren. Ich sage noch einmal, es ist eine doppelte Frage.

Herr Staatssekretär Stich: Die Frage, ob ein Gesetzgebungsverfahren geboten ist, bezog sich nicht auf eine rechtliche Gebotenheit – das wollte ich vorhin noch einmal verdeutlichen –, weil es keinen

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Grund gab – das war im Endeffekt das, was angesprochen war –, ein Gesetzgebungsverfahren „durchzupfeitschen“, weil vielleicht die Liquidität schon so knapp gewesen wäre oder Ähnliches, sondern es war der Punkt, dass wir die Idee hatten, wenn wir das vor der Sommerpause hinbekämen, wäre sichergestellt, dass man ein Gesellschafterdarlehen nicht mehr antasten muss. Aber das war auch kein zwingender Grund, weswegen ich gesagt hatte, das Gesetzgebungsverfahren war zu dem Zeitpunkt nicht geboten. Es gab einfach keine äußeren Umstände, die es aus unserer Sicht hätten zwingend erscheinen lassen, dass man das Gesetzgebungsverfahren zu diesem Zeitpunkt konkret startet. Das hatte nichts mit rechtlichen Gesichtspunkten, wann ein Gesetzgebungsverfahren geboten ist oder nicht, zu tun. Ich glaube, dahin ging die Frage.

Zu der Frage der Sitzungsunterbrechung, die Herr Henter auch gestellt hat, und zu der Frage zum Hinweis des Aussetzens, war es so – das hatte ich schon in der Einleitung dargestellt –, dass, nachdem diese Nebenpunkte verhandelt waren, aus unserer Sicht die Verhandlung schon herum war. Dann kam der Hinweis: Achtung, es gibt Änderungen in der Gesellschafterstruktur.

In dem Moment haben wir gesagt, darüber müssen wir beraten. Wir alle, auch die Vertreter der Landesseite, haben uns, gefragt, ob wir einfach so weiter verhandeln sollen, weil dieser Hinweis am Abend so abrupt kam – das werden Sie sehen, wenn Sie in einer solchen Situation sind – und Sie einen solchen Hinweis eigentlich am Anfang eines Tages erwarten, was ganz klar ist; denn man denkt, wenn eine solche Information kommt, dass man eine solche sofort haben möchte.

Wir haben erst einmal mit KPMG zusammengesessen, während sich auf der Gegenseite die Vertreter von SYT befanden. Wir haben uns dann im Prinzip in kleinen Gruppen unterhalten. Die SYT-Anwälte haben mit Shanghai telefoniert. Am Ende gab es die gemeinsame Entscheidung, wir überprüfen die neue Struktur, das, was kommen muss. Das hat nichts mit aussetzen oder nicht aussetzen zu tun; denn im Endeffekt – ich denke, da gibt es Konsens – war es Ziel der Gespräche, das, was dargestellt worden ist und was es angeblich geben soll, muss verifiziert, nachgewiesen und geprüft werden. Genau dieser Auftrag ging am Ende des Abends an die beiden Berater. Ich glaube, das ist niemals irgendwo streitig gestellt worden, dass das so kam. Genau das wurde in den Folgetagen von den Beratern auch gemacht.

Ich glaube, damit ist jetzt alles wirklich beantwortet.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Das Wort hat jetzt Frau Ministerpräsidentin Dreyer für die Einbindung der verschiedenen Ministerien.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Herr Braun hatte noch nach der Verantwortung innerhalb der Regierung gefragt. Das Finanzministerium war als Beteiligungsministerium in den Verkauf mit einbezogen, alle anderen Ressorts waren im Rahmen der ganz normalen Befassung beteiligt, wie das üblich ist, wenn es im Ministerrat behandelt wird.

Vielleicht noch etwas Ergänzendes: Nach meinem Wissen ist es nicht zwingend, dass ein Gesetz überhaupt eingebracht wird. Die Regierung, die Koalition, hatte sich aber entschieden, dieses Gesetz einzubringen, auch mit Blick auf die Transparenz.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank.

Ich habe noch sechs Wortmeldungen: Herr Schreiner, Herr Lohr, Herr Gensch, Herr Weiland, Herr Bollinger, Herr Baldauf und noch Herr Brandl. Dann schließe ich die Rednerliste, weil ich denke, es dreht sich immer wieder um die gleichen Fragen. Dann halten wir das so fest

Ich gebe das Wort an Herrn Schreiner.

Herr Abg. Schreiner: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Frau Ministerpräsidentin, ich habe vorhin von Ihnen erfahren, dass das Land eine Kanzlei eingeschaltet hat, um die Interessen gegenüber KPMG zu vertreten. Um welche Kanzlei handelt es sich, und welche Kosten entstehen dadurch?

Sie haben eine Ehrenerklärung für den Innenminister abgegeben: Der SPD-Landesvorsitzende sei in seinem Amt als Innenminister genau richtig. Geben Sie die gleiche Ehrenerklärung auch für den Herrn Innenstaatssekretär ab, dass er in seiner Position genau richtig sei?

Es geht mir noch einmal um die operative Einbindung der Staatskanzlei. Sie haben in Ihrer Rede Anfang Juli hier im Parlament großen Wert darauf gelegt, dass Sie und die Staatskanzlei nur das Beihilfverfahren begleitet hätten – erfolgreich. Alles andere hätten Innenministerium und Finanzministerium gemacht – weniger erfolgreich.

Wörtlich haben Sie dazu in der Plenarsitzung am 7. Juli gesagt: „(...) für die Begleitung des Beihilfverfahrens habe ich damals auch ein Beihilfeteam in der Staatskanzlei errichtet sowie eine Taskforce unter Federführung des Innen- und des Finanzministeriums eingerichtet.“ – das hatten Sie vorhin in Ihrem Eingangsstatement noch einmal wiederholt – Weiter zitierten Sie: „(...) Es gab keine Taskforce in der Staatskanzlei, es gab ein Beihilfeteam. Dieses Beihilfeteam hat seine Arbeit erfolgreich beendet.“ Frau Ministerpräsidentin, das war der Moment, als Sie auf die Ressortverantwortung des Innenministeriums abgehoben haben, dass es im Rahmen der Ressortverantwortung dafür verantwortlich sei, und Herrn Staatsminister Lewentz und Herrn Staatssekretär Stich die Gesichtszüge entglitten sind.

Frau Ministerpräsidentin, wir glauben Ihnen, dass das Beihilfeteam seine Arbeit beendet hat, aber Ihr Beihilfeexperte – jetzt komme ich zu meiner Frage –, Herr Dr. Traupel, hat augenscheinlich seine Arbeit nicht beendet. Auch nachdem das Beihilfverfahren erfolgreich abgeschlossen zu sein scheint, begleitet er das Verfahren eng. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Durchführung einer Integrity Due Diligence bei einer Besprechung in der Staatskanzlei – hört, hört – erörtert wurde. Handlungsempfehlungen der KPMG diesbezüglich sind ausdrücklich an Herrn Dr. Traupel gerichtet. Halten Sie vor diesem Hintergrund an Ihrer Aussage vom Juli fest, dass die Staatskanzlei nicht in das Verkaufsverfahren einbezogen war?

Es gibt weitere Beispiele: Am 15. Juli gab es ein Treffen mit Vertretern der EU-Kommission in Brüssel in der Landesvertretung: gegenseitige Informationen, Stand des Verkaufsverfahrens. Hieran hat nach Information der Landesregierung auch Herr Dr. Traupel teilgenommen. Die Landesvertretung ist Ihnen direkt unterstellt, Frau Ministerpräsidentin. Sie ist Teil der Staatskanzlei. Halten Sie vor diesem Hintergrund an der Aussage vom 7. Juli fest, dass die Staatskanzlei in das Verkaufsverfahren nicht einbezogen ist?

Ist es nicht vielmehr so, dass es nach wie vor eine operative Einbindung der Staatskanzlei in das Verkaufsverfahren gibt. Dieses Wegschieben: Wir haben das Beihilfverfahren mit unserem Beihilfeteam gemacht – erfolgreich; alles danach ist im Innen- und im Finanzministerium gelaufen, das ist Ressortverantwortung, das war weniger erfolgreich, ist vor dem Hintergrund der Einbindung Ihrer engsten Mitarbeiter aus der Staatskanzlei kritisch zu hinterfragen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Lohr, bitte.

Herr Abg. Lohr: Ich ziehe zurück.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Gensch, bitte.

Herr Abg. Dr. Gensch: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, meine Frage bezieht sich auf den Due Diligence Bericht von KPMG. In diesem Bericht wurden am 20. April 2016 der Landesregierung von KPMG Hintergrundinformationen zur Firma SYT zur Verfügung gestellt. Unter anderem ist dies die Adresse der Firma SYT, angegeben mit Zimmernummer 1716 in der Pingxingguan Road 138 in Shanghai. Die Frage vor diesem

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Hintergrund lautet: Welche Konsequenzen hat die Landesregierung aus der Tatsache gezogen, dass die angegebene Firmenadresse lediglich aus einem Zimmer besteht? Welche Überprüfung hat die Landesregierung aufgrund dieser Adressangabe angeordnet?

Ganz persönlich würde mich noch interessieren: Welche Erfahrungen hat die Landesregierung in der Vergangenheit mit Unternehmern gesammelt, die als Geschäftsadresse lediglich ein Zimmer angegeben haben? Bestehen derzeit seitens der Landesregierung Geschäftskontakte mit Unternehmen, die als Geschäftsadresse lediglich ein Zimmer angegeben haben?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Der Minister hat bereits zugesagt, dass die Beantwortung zu dem Thema Kosten nachgeliefert wird, weil er die Zahlen nicht benennen konnte.

Die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei ist mehrfach schriftlich benannt worden, von daher muss sie hier jetzt nicht mehr benannt werden. Der Minister kann sie aber beantworten.

Zu der Situation, ob Herr Stich in einer politischen Verantwortung steht: Er hat nichts mit der Verantwortung zu tun, die im Rahmen der Tagesordnung behandelt wird. Von daher muss die Ministerpräsidentin diese Frage auch nicht beantworten.

Herr Gensch, die letzte Frage von Ihnen über andere Unternehmen, die nur eine Zimmer-Adresse haben, ist ebenfalls nicht zielführend im Sinne der aktuellen Fragestellung.

Ich übergebe das Wort an die Landesregierung zur Beantwortung der Fragen, die noch offen sind.
– Herr Minister Lewentz.

Herr Staatsminister Lewentz: Die Rechtsanwaltskanzlei, die damit beauftragt wurde, unsere Rechte zu prüfen und gegebenenfalls zu sichern, heißt HAVER&MAILÄNDER. Ich habe in einem Gespräch mit den Vertretern von KPMG genau dies angekündigt. Ich habe gesagt, wir haben ein gemeinsames Interesse, den Kaufprozess, den Privatisierungsprozess zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Aber ich sagte Ihnen auch, dass wir uns rechtsanwaltschaftlich beraten lassen. Wir prüfen, ob wir am Schluss Rechte gegen KPMG geltend machen werden.

Wir sollten uns aber vereinbaren, dass jetzt im Vordergrund steht, neben dem, was ich für unser Haus, für die Landesregierung angekündigt habe, dass wir den Verkaufsprozess erfolgreich gemeinsam gestalten wollen. Das war auch die übereinstimmende Meinung bei KPMG, die sich ihre Rechtsposition sicherlich auch anschauen wird.

Zu der Frage Due Diligence und 20. April gibt es eine entsprechende Kleine Anfrage von Ihnen, Herr Dr. Gensch. Sie ist vom 29. August. – Ist sie schon beantwortet? – Sie ist in der Beantwortung. Sie haben das parlamentarische Recht, dass wir zunächst einmal Ihre Kleine Anfrage beantworten.

(Herr Abg. Dr. Gensch: Wir haben ein Recht, dass Sie uns diese Fragen beantworten)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Die Frau Ministerpräsidentin hat das Wort.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Herr Hoch wird antworten.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Hoch antwortet für die Staatskanzlei auf die noch offene Frage von Herrn Schreiner.

Herr Staatssekretär Hoch: Herr Schreiner, Sie haben mehrfach versucht zu suggerieren, dass gesagt worden sei, die Staatskanzlei wäre gar nicht in das Verkaufsverfahren einbezogen gewesen. Sie wissen – es gibt eine Kleine Anfrage von Ihnen; es ist beantragt, sie für die nächste Sitzung in vertraulicher Sitzung zu beantworten – ob der Rolle von Herrn Dr. Traupel, der uns zur Zeit mit einem Arbeitskraftanteil aus dem Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen abgeordnet ist. Er kümmert sich für uns um die Kommissionskontakte und die Beihilfeverfahren.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Für uns war es oberstes Gebot, einen guten Kontakt zur Kommission zu haben, Europarecht einzuhalten und ein diskriminierungsfreies und transparentes Verfahren sicherzustellen. Das war Aufgabe von Herrn Dr. Traupel als Querschnittsthema für die ganze Landesregierung. Er war im Übrigen auch in andere Verfahren eingebunden. Ich nenne zum Beispiel das Thema Tierkörperbeseitigung. Das hat er mitverhandelt. Das war seine Rolle. Sie haben immer von uns gefordert, dass wir das verbessern. Das haben wir getan.

Zudem war KPMG Law mandatiert, sich um die Einhaltung der Beihilfevorschriften zu kümmern. Auch das ging an KPMG. Ihre Fraktionsvorsitzende hat genau diesen Vertrag vom Januar 2013 zitiert, den Herr Dr. Traupel mit unterschrieben hat. Darin wurde KPMG Law beauftragt, sich zusätzlich zu der Mandatierung der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft darum zu kümmern, dass dieses Verfahren beihilfekonform abläuft. Das war die Rolle von Herrn Dr. Traupel in der Staatskanzlei in diesem Verfahren.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank.

Wir kommen zur letzten Fragerunde. – Herr Weiland, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Dr. Weiland: Danke, Herr Vorsitzender.

Ich habe drei Fragen an Herrn Staatssekretär Stich.

(Herr Abg. Schreiner: Ich habe eine Nachfrage!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Weiland, Sie haben das Wort.

Herr Abg. Dr. Weiland: Ich habe drei konkrete Fragen an Herrn Staatssekretär Stich, die sich naturgemäß auf einen Sachverhalt beziehen, der heute schon Gegenstand von Fragen gewesen ist, die aber so noch nicht gestellt wurden und auch noch nicht beantwortet worden sind.

Sie beziehen sich auf das Gespräch am 19. Mai 2016 in Frankfurt. Herr Stich, erste Frage: Hat die KPMG Ihnen ausdrücklich empfohlen, die Verhandlungen mit SYT angesichts des ungewöhnlichen Vorgangs des Gesellschafterwechsels und der sich daraus ergebenden Fragen, die Selbstauskünfte für Überprüfung der Gesellschafter, Finanzierung des Kaufpreises, zumindest bis auf Weiteres auszusetzen?

Zweite Frage: Herr Staatssekretär Stich, haben Sie entgegen dieser ausdrücklichen Empfehlung von KPMG für die Landesregierung entschieden, die Verhandlungen mit dem Ziel eines möglichst kurzfristig umsetzbaren Vertragsabschlusses fortzuführen?

Dritte Frage: Herr Staatssekretär Stich, haben Sie dies begründet, insbesondere mit den fehlenden Handlungsalternativen und dem Hinweis auf den von Frau Ministerpräsidentin bereits zuvor zum Ausdruck gebrachten Zeitdruck?

Ich hätte gerne diese drei Fragen beantwortet. Es reicht ein Ja oder Nein.

Herr Abg. Dr. Bollinger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Ich darf zunächst noch einmal kurz eingehen auf etwas, was Herr Lewentz sagte; denn nicht die Landesregierung, sondern die AfD-Fraktion ist als erstes am Hahn gewesen, um sich dort vor Ort mit den Betroffenen zu unterhalten. Herr Junge war schon am 20. Juli dort

(Herr Abg. Schweitzer: Ja! Ja!)

– Jetzt lassen Sie mich doch einmal ausreden. Vielen Dank.

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Zweitens komme ich zu meiner Frage, und zwar an die Frau Ministerpräsidentin zusammenfassend. Wie wir jetzt festgestellt haben, haben Sie bei einer solch wichtigen Angelegenheit wie dem Hahn-Verkauf darauf verzichtet, eine Bankbürgschaft im Sinne einer Zahlungsabsicherung einzuholen. Sie haben versäumt, rechtzeitig sachlich kompetente Ansprechpartner vor Ort, wie die AHK und die Zuständigen des Außenministeriums, einzubinden, und Sie haben vorsätzlich darauf verzichtet, beispielsweise durch eine Wirtschaftsdetektei eine Vor-Ort-Recherche durchführen zu lassen. Sie haben sich auf eine reine Datenbank-Recherche beschränkt.

Es wäre möglich gewesen, all diese Sicherheiten einzuholen. Aus unserer Sicht wäre es erforderlich gewesen, sie einzuholen. Da nicht alle möglichen Sicherheiten aus unserer Sicht eingeholt worden sind, frage ich Sie: Wie können Sie sich vor die Öffentlichkeit stellen und sagen, dass Sie sich vergewissert haben, dass diejenigen, die die Verkaufsverhandlungen geführt haben, alles an Sicherheiten eingeholt haben, was möglich ist. Da sehe ich einen Widerspruch.

Vielen Dank.

Herr Abg. Baldauf: Auch wenn immer wieder von verschiedenen Wahrnehmungen gesprochen wird, ist eines klar: Dasjenige, was Sie bisher ausgeführt haben, entspricht nicht dem – Herr Kollege Weiland hat schon danach gefragt –, was KPMG ausführt.

Frau Ministerpräsidentin, ich würde Sie gerne ergänzend dazu etwas fragen. Es gab am 30. Mai eine Kabinettsitzung. Am 30. Mai wussten Sie, wussten alle, dass die Ampeln – lediglich mündlich versichert durch KPMG, weil der schriftliche Bericht erst später kam – auf Grün geschaltet waren. Warum haben Sie den schriftlichen Bericht nicht abgewartet? Was haben Sie für Fragen in diesem Zusammenhang an KPMG oder an diejenigen, die damit befasst waren, gestellt.

Herr Abg. Brandl: Ich hatte noch eine Nachfrage zum 24. Mai, zu dem Gespräch zwischen dem Herrn Staatssekretär und der Frau Ministerpräsidentin, ob es in diesem Gespräch weitere Vereinbarungen bezüglich der weiteren Vorgehensweise gab – es ist im Moment nur die Rede davon, dass Sie informiert wurden –, hat Herr Stichvorschläge gemacht, wie weiter vorgegangen werden soll, und war dies Bestandteil der Ministerratssitzung, die – so vielleicht auch noch einmal die Frage – wahrscheinlich im Anschluss stattfand. Das kann man an der Stelle dann auch klären.

Zweite Frage: Herr Stich, die Ministerpräsidentin hat Sie nach Shanghai geschickt. Inwiefern haben Sie im Nachhinein über Ihr Treffen in Shanghai mit Vertretern der SYT informiert bzw. wozu war das Treffen mit Vertretern von SYT am 5. Juli in Shanghai noch notwendig, und mit wem haben Sie von SYT am 5. Juli in Shanghai gesprochen?

(Herr Abg. Schreiner: Nachfragen der Kollegen!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Welche Nachfragen? Die Rednerliste ist geschlossen.

(Frau Abg. Kohnle-Gros: Aber eine Nachfrage geht noch!)

– Welche Nachfrage haben Sie?

Herr Abg. Schreiner: Herr Vorsitzender, Sie hatten im Rahmen Ihrer Sitzungsleitung darauf hingewiesen, dass die Landesregierung einzelne Fragen von mir nicht zu beantworten brauche, beispielsweise die Frage, ob eine Ehrenerklärung der Ministerpräsidentin gegenüber dem Innenstaatssekretär erfolgt. Die Landesregierung ist gleichwohl frei, auch wenn Sie der Auffassung sind, dass sie das nicht beantworten muss, diese Frage zu beantworten. Die Landesregierung kann alles beantworten, wenn sie das möchte.

Vor diesem Hintergrund meine Nachfrage an die Ministerpräsidentin: Sind Sie bereit, diese Ehrenerklärung abzugeben, oder haben wir demnächst mit der Entlassung von Herrn Stich zu rechnen?

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hüttner: Die Antwortmöglichkeit hatte ich vorhin gegeben. Sie ist nicht weiter verfolgt worden. Von daher ist eine Beantwortung im heutigen Verfahren nicht notwendig.

(Zuruf des Herrn Abg. Baldauf)

– Ich führe die Sitzung, Herr Baldauf. Aber das wissen Sie ja.

All das, was die letzten vier Fragenden angesprochen haben, auch der Aspekt, den Herr Bollinger angesprochen hat – wobei das mehr eine Stellungnahme war –, und auch die Frage an die Ministerpräsidentin, was alles getan worden ist, ist mehrfach beantwortet worden und muss aus meiner Sicht nicht mehr beantwortet werden, kann aber beantwortet werden. Ich übergebe das Wort an die Landesregierung. Zuerst spricht Herr Lewentz und dann Herr Stich.

– Herr Lewentz, Sie haben das Wort.

Herr Staatsminister Lewentz: Ich will auf die Frage von Herrn Baldauf eingehen. Der Komplex Ampelstellung ist im Parlament und in den Ausschüssen sehr ausführlich behandelt und dargestellt worden. Die Systematik der Ampel war lange gemeinsam besprochen worden und uns bekannt.

Nach dem 19. Mai gab es die Fragestellung, die Herr Kollege Stich ausführlich beschrieben hat, in Verbindung mit den Aufträgen, die abgearbeitet werden mussten. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Wären die bis zum 30./31. Mai nicht abgearbeitet worden, hätte es natürlich keine Befassung im Ministerrat und dementsprechend auch nicht den Notartermin gegeben.

Uns wurde von KPMG entlang der uns bekannten Ampelsystematik mündlich dargestellt, dass die vollständige Grünstellung bestätigt werden konnte. Das ist uns am 17. Juni schriftlich vorgelegt worden, aber wir konnten auf die Aussagen von KPMG vertrauen, weil wir den ganzen Vorgang sehr genau gekannt haben, dass alles vorgelegt worden ist und das Ergebnis „völlige Grünstellung“ richtig ist.

(Herr Abg. Baldauf: Das hat Ihnen gereicht, Frau Ministerpräsidentin?)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Die Landesregierung hat die Fragen beantwortet. Jetzt habe ich die Wortmeldung von Herrn Stich dazu. – Herr Stich, bitte.

(Herr Abg. Baldauf: Die Frage ist noch nicht beantwortet!)

– Ich habe die Wortmeldung der Landesregierung, zunächst Herr Lewentz und dann Herr Stich. Jetzt warten wir ab, was gesagt wird. Dann können wir gegebenenfalls darüber reden, ob noch etwas offen geblieben ist.

Herr Staatssekretär Stich: Es gab noch drei Fragen zum 19. Mai. Ich glaube, die habe ich heute nicht nur einmal, sondern mehrfach beantwortet.

(Zuruf des Herrn Abg. Baldauf)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ganz klar sagen, wir haben eine andere Wahrnehmung des Gesprächs als es in dem Schreiben der KPMG steht.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Die Fragen sind heute so, wie ich sie gestellt habe, noch nicht gestellt worden! Folglich kann der Herr Staatssekretär sie noch nicht beantwortet haben!
Ich bestehe darauf, dass die drei Fragen beantwortet werden!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Herr Weiland, Sie haben gefragt, ob ausdrücklich empfohlen wurde.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Ich kann die drei Fragen noch einmal vortragen!)

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

– Die hat Herr Stich sich und die habe ich mir auch notiert. Sie haben gefragt, ob von KPMG ausdrücklich empfohlen wurde auszusetzen.

(Zurufe von der CDU: Ja oder nein?)

„Eine unterschiedliche Wahrnehmung“ lautet die Antwort.

(Zurufe von der CDU: Ja oder nein?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Landesregierung antwortet, wie sie antwortet, dann können Sie parlamentarisch nachfragen, aber dann ist das jetzt die Antwort.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Wie heißt denn die Antwort?)

– Herr Stich hat soeben gesagt, es gebe dazu unterschiedliche Wahrnehmungen.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Nein! Ich hätte gern die Antworten von Herrn Staatssekretär Stich auf meine Fragen!)

Hat die Landesregierung zu den offenen Fragen noch weitere Beantwortungen?

(Herr Abg. Dr. Weiland: Das ist ja ungeheuerlich, was hier stattfindet!)

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen der Landesregierung mehr dazu. Die Rednerliste ist geschlossen.

(Zuruf von der CDU: Sie wollen gar keine Antworten! –
Zuruf von der CDU: So etwas von parteiisch!)

Herr Stich will noch einmal ergänzen. – Herr Stich, bitte.

Herr Staatssekretär Stich: Ich kann das gern noch einmal ausdrücklich sagen. Nach unserer Wahrnehmung war es nicht so, dass hier einseitig eine Empfehlung seitens der KPMG an die Landesregierung, an mich gegangen ist, Verhandlungen auszusetzen.

(Herr Abg. Dr. Weiland: Also keine Empfehlung?)

Es war so, dass man gemeinsam überlegt hat, wie man mit der Situation umgeht,

(Zuruf des Herrn Abg. Baldauf)

und dann gemeinsam entschieden hat, dass man diese Prüfung macht.

Herr Abg. Dr. Weiland: Haben Sie diese Entscheidung, die dann getroffen wurde, die laut KPMG Sie getroffen haben, alleine – – – Sie bestreiten jetzt, dass Sie sie alleine getroffen haben. Das ist keine unterschiedliche Wahrnehmung, sondern das ist der Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit. Mit „unterschiedlicher Wahrnehmung“ kann man das nicht wegretuschieren. Da muss man sich jetzt schon entscheiden.

Dann ist die dritte Frage, die Sie gar nicht beantwortet haben, ob Sie Ihre Entscheidung getroffen haben unter Hinweis auf den von der Ministerpräsidentin zuvor schon zum Ausdruck gebrachten Zeitdruck. Die dritte Frage haben Sie noch gar nicht beantwortet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

Herr Staatssekretär Stich: Da kann ich ganz klar sagen Nein. Ich hatte sogar in meinem Eingangstatement gesagt, dass es keinen Einfluss gab und es nirgendwo erklärt worden ist, dass wegen eines Zeitdrucks der Ministerpräsidentin ein Verfahren beschleunigt werden sollte. Dazu kann ich ganz klar Nein sagen, das war aus meiner Sicht nicht so.

Herr Abg. Dr. Weiland: Also haben Sie das nicht gesagt?

Herr Staatssekretär Stich: Das habe ich nicht gesagt.

Herr Abg. Dr. Weiland: Also ist die Darstellung der KPMG nicht wahr?

Herr Vors. Abg. Hüttner: Damit sind die Fragen beantwortet.

(Zuruf des Herrn Abg. Brandl)

– Welche Frage ist noch offen, Herr Brandl?

Herr Abg. Brandl: Ich hatte zwei Fragen gestellt, die noch gar nicht Thema waren. Die eine galt der Shanghai-Reise von Herrn Staatssekretär Stich. Die Ministerpräsidentin hatte ihn nach Shanghai geschickt. Die Frage war, was am 5. Juli bei diesem Treffen mit SYT besprochen wurde, wen er dort gesprochen hat und warum dieses Treffen mit SYT am 5. Juli notwendig war.

Die zweite Frage, die ich gestellt hatte, war die Frage, ob es am 24. Mai in dem Gespräch von Herrn Stich mit der Ministerpräsidentin entsprechende Vereinbarungen gab, weil die ganze Zeit nur von Unterrichtung und Information die Rede ist. Ich würde gerne wissen, ob aus dem Gespräch – ich sage einmal – Vereinbarungen entstanden sind, die dann – ich mutmaße, die Kabinettsitzung hat im Anschluss an dieses Gespräch stattgefunden – in die Entscheidungen mit eingeflossen sind.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank für den Hinweis. Die Landesregierung antwortet, zuerst Herr Minister Lewentz und dann die Frau Ministerpräsidentin. – Herr Lewentz, bitte.

Herr Staatsminister Lewentz: Ich habe Herrn Staatssekretär Stich gebetet, nach Shanghai zu fliegen. Sie wissen, dass wir die Situation hatten – ich habe die drei Fraktionsvorsitzenden darauf hin angeschrieben –, dass trotz mehrfachen Beteuerns seitens SYT und Greenfort, dass man an einer Geldtransaktion in China arbeite, wir dies nicht erkennen konnten. Ich habe dann darum gebeten, mir die entsprechenden Aktenzeichen der chinesischen Dienststellen, Banken und Briefbögen, damit man es identifizieren kann, zu übergeben. Das ist auch nicht erfolgt. Deswegen habe ich Herrn Staatssekretär Stich gebetet, vor Ort mit Unterstützung der deutschen Institutionen die entsprechenden chinesischen Behörden zu befragen, ob die Transaktion auf den Weg gebracht sei und es nachvollziehbare Erklärungen gebe, warum das Geld nicht von China nach Deutschland überwiesen werden kann.

Bei der Gelegenheit hat Herr Stich entschieden, die entsprechenden Bankunterlagen in den Filialen der angeblich ausstellenden Bank kontrollieren zu lassen. Diese Dinge sind damit verbunden gewesen, dass man dazu ein Gespräch mit SYT geführt hat. – Habe ich das richtig zusammengefasst?

(Herr Staatssekretär Stich: Genau das!)

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Minister. – Frau Ministerpräsidentin Dreyer, bitte.

(Zuruf des Herrn Staatssekretärs Stich)

– Herr Staatssekretär Stich, bitte.

Herr Staatssekretär Stich: Wir hatten – das war ursprünglich Kern des Besuchs – ein Gespräch mit dem Bevollmächtigten, Herrn Dr. Chou. Als Gesellschafter waren Herr Wang und Herr Zhou anwesend. Das Gespräch diente dazu, Klarheit darüber zu bekommen, ob sie jetzt den Genehmigungsprozess, so

6. Sitzung des Innenausschusses am 08.09.2016
6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.09.2016
7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 08.09.2016
6. Sitzung des Rechtsausschusses am 08.09.2016
– Gemeinsame öffentliche Sitzung –

wie das mehrfach von den Anwälten angekündigt war, tatsächlich angestoßen haben. Deswegen gab es, wie gesagt, am ersten Tag ein Gespräch mit den Gesellschaftern. Am zweiten Tag gab es ein Gespräch mit der chinesischen Außenhandelsbehörde, die für die Entscheidung über Geldtransfers zuständig ist.

Das erste Gespräch wurde über eine gewisse Zeit geführt. Als ich dann Informationen bekommen habe, dass hier möglicherweise eine Fälschung vorliegt, wurde das sehr abrupt abgebrochen.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

– Frau Ministerpräsidentin, Sie wollten die letzte Frage noch beantworten.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Das Gespräch mit Herrn Staatssekretär Stich am 24. Mai hatte zum Inhalt diese neuen Gegebenheiten, wie neue Gesellschafterstruktur usw. Das war ein Gespräch, in dem ich üblicherweise von den Staatssekretären über die Situation informiert werde. Selbstverständlich wird das, was dort besprochen wird, dann weiter erörtert. Wir hatten danach eine Kabinettsitzung mit einer vorhergehenden Vorbesprechung. Also haben wir in der Vorrunde und in der Koalition besprochen, wie wir weiter mit diesem Verfahren umgehen. Es war vollkommen klar, dass, solange die Kriterien nicht erfüllt sind, dieses Kabinett keinen Beschluss treffen wird. Das ist die Verabredung, die wir in der Koalition, im Kabinett getroffen haben, die wurde nicht im Gespräch mit Herrn Stich getroffen. Da werden die Varianten erörtert. Das ist der Weg, den wir dann gegangen sind.

Herr Vors. Abg. Hüttner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der Rednerliste, am Ende der Fragen.

(Herr Abg. Dr. Bollinger: Meine Fragen sind noch nicht beantwortet!)

– Die Fragen habe ich auch nicht zugelassen. Insoweit ist das erledigt.

Ich bedanke mich für die Diskussion und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Auf Bitten der Herren Abg. Brandl und Schreiner sagt Herr Staatsminister Lewentz zu, den Ausschüssen mitzuteilen, welche Kosten für die Beauftragung der KPMG und anderer Berater sowie Rechtsbeistände über die bereits mitgeteilten hinaus entstanden sind.

Auf Bitten des Herrn Abg. Baldauf sagt Herr Staatsminister Lewentz zu, die Ausschüsse darüber zu informieren, wann die Ergebnisse der Prüfung des Verfassungsschutzes bezüglich der neuen Gesellschafter der SYT vorlagen.

Herr Abg. Baldauf bittet die Landesregierung, dem Parlament sämtliche Ministerratsvorlagen nebst Vorversionen zum Verkaufsverfahren zugänglich zu machen.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer sagt zu, diese Bitte entsprechend zu prüfen.

Der Antrag – Vorlage 17/250 – hat seine Erledigung gefunden.

gez.: Schorr

Protokollführer

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Alt, Dr. Denis	SPD
Brück, Bettina	SPD
Fuhr, Alexander	SPD
Guth, Jens	SPD
Haller, Martin	SPD
Hüttner, Michael	SPD
Klinkel, Nina	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Oster, Benedikt	SPD
Ruland, Marc	SPD
Schäffner, Daniel	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Schwarz, Wolfgang	SPD
Schweitzer, Alexander	SPD
Sippel, Heiko	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Winter, Fredi	SPD
Baldauf, Christian	CDU
Beilstein, Anke	CDU
Bracht, Hans-Josef	CDU
Brandl, Martin	CDU
Demuth, Ellen	CDU
Gensch, Dr. Christoph	CDU
Gies, Horst	CDU
Henter, Bernhard	CDU
Klößner, Julia	CDU
Kohnle-Gros, Marlies	CDU
Lammert, Matthias	CDU
Schnieder, Gordon	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Seekatz, Ralf	CDU
Weiland, Dr. Adolf	CDU
Weiner, Thomas	CDU
Wieland, Gabriele	CDU
Bollinger, Dr. Jan	AfD
Friedmann, Heribert	AfD
Junge, Uwe	AfD
Lohr, Damian	AfD
Becker, Monika	FDP
Roth, Thomas	FDP
Wink, Steven	FDP
Blatzheim-Roegler, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Braun, Dr. Bernhard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Köbler, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schellhammer, Pia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Dreyer, Malu	Ministerpräsidentin
Ahnen, Doris	Ministerin der Finanzen
Lewentz, Roger	Minister des Innern und für Sport
Mertin, Herbert	Minister der Justiz
Barbaro, Prof. Dr. Salvatore	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Hoch, Clemens	Staatssekretär in der Staatskanzlei
Schmitt, Daniela	Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Stich, Randolph	Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Sport
Weinberg, Dr. Stephan	Staatssekretär im Ministerium der Finanzen

Rechnungshof:

Behnke, Klaus P.	Präsident
------------------	-----------

Landtagsverwaltung:

Follmann, Karin	Regierungsdirektorin
Mensing, Dr. Michael	Regierungsdirektor
Britzke, Brigitte	Ministerialrätin (Protokollführerin)
Schorr, Horst	Regierungsdirektor im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführer)
Berkhan, Claudia	Oberregierungsrätin im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführerin)
Geißler, Anja	Regierungsrätin im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführerin)
Belz, Angela	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)
Patzwaldt, Damaris	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)